



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

**Berufliche Bildung
in Bayern**

Unsere Themen

**VLB-Spitzengespräche
in Landtag
und Staatskanzlei**

**Der VLB auf der Nürn-
berger Bildungsmesse**

**Perspektiven für
Geringqualifizierte**

**Die Postdamer Studie
zur Lehrerbelastung**

**8. Bayerischer
Wirtschaftsschultag**

Europaorientierte Berufsausbildung



*in Bayern
und Frankreich*

**Fachtagung des VLB und
der Montgelas-Gesellschaft**



HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 5 42 48 6

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 06/03: 2003-05-05
für Heft 07/03: 2003-06-02
für Heft 08-09/03: 2003-07-07

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

- 3 Peter Thiel: Reflexionen über Fremdsprachkompetenzen

Bildungspolitik

- 4 Spitzengespräche im Landtag und in der Staatskanzlei
5 Peter Thiel: Bayerisch-französisches Symposium in München
10 Der VLB auf der Bildungsmesse 2003 in Nürnberg
14 Klemens M. Brosig: Perspektiven für Geringqualifizierte
15 Herbert Geiger: Spuren der Verbandstätigkeit

Die Lehrerseite

- 17 Peter Thiel: Die Potsdamer Studie zur Lehrerbelastung
19 Schulklima bestimmt Motivation und Leistung

Dienstrecht

- 20 Leitlinien zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung
21 Pressemitteilung des BBB zu den Kürzungsplänen der Staatsregierung

VLB-Initiativen

- 22 Schriftsätze von VLB und abl mit Landtag und Kultusministerium

Unterricht

- 26 Klemens M. Brosig: Laptop-Initiative der Stiftung Bildungspakt Bayern
27 Akademie will Rechtschreibreform

Schulentwicklung und Pädagogik

- 28 Michael Bäumler: Kultusministerin Hohlmeier besucht Berufsschule Weiden

VLB-Online

- 29 Margit Hofgärtner: So gelingt jeder Download

Aus dem Verbandsleben

Landesverband

- 30 B. Zeller/M. Ruf: Der Weg zum Erfolg – 8. Bay. Wirtschaftsschultag

Bezirks- und Kreisverbände

- 33 BV Mittelfranken, BV Unterfranken, KV Oberpfalz-Nord, BV Oberfranken

Referendare

- 36 Horst Lochner: VLB hat offenes Ohr für Referendare

Senioren

- 36 Berthold Schulter: Neues zur Versorgung
38 Gemeinsam Reisen mit Lothar Fischer

Personalien

- 40 Personalien

Termine

- 43 Termine

Letzte Seite

- 44 VLB-Plakat zur Werbung für das Lehramt an beruflichen Schulen

Titel: Oberer Reihe von links Christian Duc, Patrice Granier, Pierre Wolff, Hermann Sauerwein.
Unten: Podium zum Thema „Entwicklungstendenzen in Europa“.

Fotos: Peter Thiel

Reflexionen über Fremdsprachkompetenzen

PETER THIEL

Wie der sprichwörtliche rote Faden zog sich das Thema Fremdsprachkompetenz durch das bayerisch-französische Symposium, das der VLB kürzlich in Zusammenarbeit mit der Montgelas-Gesellschaft veranstaltete. In fast allen Redebeiträgen wurde die Bedeutung der Fremdsprachen beschworen und eine entsprechende Kommunikationsfähigkeit sozusagen als *Conditio sine qua non* für die Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen in der Aus- und Weiterbildung bewertet. Sog. Mobilitäten (ein Fachterminus für den Austausch) seien nur dann erfolgreich, wenn auch differenzierende Gespräche zwischen den Partnern möglich sind und zwar über das Beruflich-Fachliche hinaus, hieß es. Europatauglich werde man nicht, wenn man in anderen Ländern nur etwas über deren Verfahrenstechniken und Organisationsformen erfährt. Europatauglichkeit hängt auch ab von echter Begegnung, in der man die Andersartigkeit von Mentalität und Kultur erlebt.

In Sachen Fremdsprachen ging es in den letzten Jahren bei der beruflichen Bildung durchaus bergan. An der Berufsschule ist Englisch heute in vielen Fachbereichen etabliert. Dennoch reicht das Angebot nicht aus, der Entwicklung in der EU gerecht zu werden. Die überwiegende Zahl der Mobilitäten bayerischer Berufsschüler geht nämlich nach Frankreich, nicht nach England. Wenn junge Franzosen kein Deutsch und junge Deutsche kein Französisch können, weichen sie gemeinsam auf Englisch als Drittsprache aus. Doch genau dies stieß bei den Teilnehmern des Symposiums auf Widerspruch. Zu einem Schüleraustausch gehöre die Landessprache und werde sie noch so bescheiden eingesetzt. Nicht jeder wird diese Aussage akzeptieren, nachvollziehbar ist sie.

Unter den derzeitigen Ausbildungsbedingungen wird der Jugend im Beruf

die zweite Fremdsprache vorenthalten. Dem Gleichwertigkeitspostulat entspricht dies nicht, vor allem ist es nicht im Sinne der Chancengleichheit hinsichtlich des späteren Berufslebens. Deshalb sind Reflexionen über eine – wie immer geartete – Erweiterung der Fremdsprachkompetenz der Lehrlinge angebracht.

Während bei vollschulischer Ausbildung, wie in Frankreich vorherrschend, die Einführung einer zweiten Fremdsprache zumindest als Wahlfach denkbar erscheint, scheidet diese Möglichkeit im dualen System aus, weil schlichtweg die Unterrichtszeit fehlt. Wo auch wollte man beim derzeitigen Stundenmaß der Berufsschule noch Französisch oder Italienisch unterbringen? Für eine Verlängerung des Berufsschulanteils wäre der Dualpartner nach Lage der Dinge wohl kaum zu begeistern.

Dazu kommt als weiteres Handicap die Mentalität vieler Berufsschüler. Ohne diesen zu nahe treten und verallgemeinern zu wollen, muss man feststellen: ein großer Teil kommt aus kommunikationsschwachen Milieus, in denen Sprachpflege die Ausnahme ist. Hurra werden die meisten von ihnen vermutlich nicht rufen, wenn man ihnen in der Berufsschule mit der zweiten Fremdsprache kommt.

Sprache stammt von Sprechen und die Bereitschaft dazu ist wahrlich nicht überall vorhanden, vor allem dann nicht, wenn Schülerinnen und Schüler in der Klasse sind, die Fremdsprachkenntnisse aus den Vorläuferschulen mitbringen und somit anderen voraus sind. Dies zeigt sich bereits beim Englischunterricht. „In manchen Klassen ist es ein Spießrutenlauf, weil die Kerle den Mund einfach nicht aufmachen“, klagte eine Kollegin, wobei sie gleichzeitig auch von ganz gegenteiligen Erfahrungen zu berichten wußte.

Schlechte Aussichten also für den beim Symposium so nachdrücklich beschworenen Berufsschüleraustausch? Eigentlich nicht. Es ist wie im richtigen

Leben. Chancen haben bei den derzeitigen Verhältnissen nur diejenigen, die über den Zaun zu blicken vermögen, die etwas mehr in ihre Zukunft zu investieren bereit sind. Sie legen sich bei den momentan gewiss bescheidenen Sprachvorbereitungen zum Austausch ins Zeug und tun an der Partnerschule dann auch den Mund auf. Erfreulicher Weise sind das – die Partnerschaftsbeziehungen bayerischer Berufsschulen beweisen es – gar nicht so wenige.

Zur Einführung in die Fremdsprache als Vorbereitung zur Mobilität gibt es besondere Methoden, die mit dem klassischen Lernrahmen freilich nicht allzuviel zu tun haben. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die vom Deutsch-Französischen Sekretariat (DFS) empfohlene Tandem-Methode für Anfänger. Jeweils ein deutscher und ein französischer Schüler sitzen im Unterricht beieinander und bringen sich unter Anleitung der Lehrkraft und unter Einsatz von entsprechendem Material Grundlagen bei. Mit Examens- und Notendruck geht dabei freilich nichts. Das Verfahren bringt sozusagen den Stein ins Rollen, weiterbewegen muss ihn der Jugendliche dann selbst. Er wird es tun, wenn er durch den Austausch entsprechend motiviert und ihm die Notwendigkeit zum Weiterlernen klargeworden ist und wenn er ein klein wenig Sprachbegabung mitbringt.

Das Problem ist erkannt, wie das Symposium gezeigt hat. Die Notwendigkeit einer europäischen Kommunikationsmöglichkeit, sozusagen einer Drittsprache, beschäftigt die Fachleute nicht erst heute. Man kann die Jugend im Beruf diesbezüglich nicht ins Abseits stellen, dafür ist sie u.a. für die wirtschaftliche Entwicklung des „alten Kontinents“ zu bedeutsam. Konkrete Möglichkeiten zeichnen sich ab. Zur Zeit werden die Metall- und Elektrobefehle neu geordnet. Dabei muß einem größer gewordenen Theorieanteil Rechnung getragen werden. Unter dem Aspekt der Europatauglichkeit könnte man da auch die zweite Fremdsprache berücksichtigen.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass auch bei der anstehenden Novellierung des Berufsbildungsgesetzes die Weichen entsprechend gestellt werden. <

Spitzengespräche im Landtag und in der Staatskanzlei

Zentrales Thema eines Fachgespräches zwischen der VLB-Spitze und dem Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Hochschulen, Forschung und Kultur, Dr. Paul Wilhelm (CSU), war die Lehrerbildung.

„Ich habe viel gelernt in dem Gespräch“

Dabei ging es insbesondere um das von Dr. Wilhelm ins Gespräch gebrachte Splitting des Studienganges in zwei Teile, einen an der Hochschule und den anderen an der Fachhochschule. Der VLB machte deutlich, dass ein solches Modell für seinen Lehrernachwuchs nicht in Frage komme, da die jungen Leute i.d.R. genügend Praxisbezug durch Lehre oder Praktikum bereits erfahren haben, bevor sie das Studium antreten. „Die in der beruflichen Erstausbildung gemachten Erfahrungen in einem Berufsfeld sind durch keinerlei Fachhochschulveranstaltung zu ersetzen“, sagte VLB-Landesvorsitzer Hermann Sauerwein, bekräftigte aber, dass das Modell bei anderen Lehrergruppen durchaus seine Berechtigung haben könne.

Darüber hinaus gab er zu bedenken, dass die an der Hochschule vermittelten geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Bezüge für unser Lehramt unverzichtbar seien, weil es sich bei der Arbeit an den beruflichen Schulen nicht allein um Ausbildung handle, sondern um eine Bildungs- und Erziehungsarbeit, welche dem allgemeinen Bildungsgang gegenüber gleichwertig sei. Deshalb gehe es darum, die Ausbildung der Lehrer zu dieser Aufgabe in einem Guß zu gestalten.

Ein weiterer Gesprächspunkt war die verbesserungswürdige Auslastung der nordbayerischen Studienorte für das Lehramt an beruflichen Schulen. Man einigte sich darauf, für diese Orte künftig mehr zu werben.

Dr. Wilhelm zeigte sich den Argumenten des VLB gegenüber sehr auf-

Fototermin im Landtag, von links: Stellvertretender VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler, MdL Dr. Paul Wilhelm, der Vorsitzende des Landtagsausschusses „Hochschule, Forschung, Kultur“, VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein.



geschlossen und hält sie für konsequent. „Ich habe in dem Gespräch viel gelernt und sehe jetzt manches anders“, sagte er am Schluss der Runde.

„Mit mir nicht!“

Staatsminister Erwin Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, erteilte dem Splitting-Modell eine eindeutige Absage. „Mit mir nicht“, erklärte er, als ihm die VLB-Spitze in einem Fachgespräch die Problemlage vortrug. Für ihn komme nur ein einheitlicher Studiengang in Frage, stellte der Minister fest.

Bei der Bildung von Kompetenzzentren empfahl er behutsam vorzugehen. Eine gravierende Veränderung der Schullandschaft sei nicht nötig, meinte er. Der vom VLB favorisierten vertikalen Gliederung gegenüber brachte er viel Sympathie und Interesse zum Ausdruck. Vorbehalte wurden erkennbar, als es um die Stundenredu-

zierung für unsere Fachlehrer bei Einsatz im lernfeldorientierten Unterricht ging. Der VLB macht sich dafür stark, das Wochenstundenmaß für einen Lehrer des Gehobenen Dienstes um jeweils eine Stunde zu reduzieren, wenn dieser im Rahmen der Lernfelddidaktik 8 Unterrichtsstunden vor der gesamten Klasse erteilt. Wer als Fachlehrer seinen gesamten Unterricht also im Klassenverband gibt, würde – so die Vorstellung des VLB – um drei Stunden entlastet. Wie gesagt, eine Zustimmung des Ministers dazu war in dieser Gesprächsrunde nicht zu bekommen.

Im ihrem Bestreben, für BOS und FOS in Vorbereitung des kommenden Schuljahres mehr Planstellen zu schaffen, möchte Huber die Kultusministerin unterstützen. Auf dem Hintergrund der erfreulich stark prosperierenden beruflichen Oberstufe sei ein verbesserte Lehrerversorgung das Gebot der Stunde, meinte der Minister. *pth*

In der Bayerischen Staatskanzlei: Links VLB Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, Mitte Staatsminister Erwin Huber, rechts Ingrid Heckner und Hans Käfler, beide stellvertretende Vorsitzende des VLB.



Bayerisch-französisches Symposium in München:

Standortbestimmung im Zeichen der europäischen Integration

PETER THIEL

40 Jahre liegt sie zurück, die Unterzeichnung des legendären Elysée-Vertrages und vieles ist seitdem selbstverständlich geworden zwischen Deutschen und Franzosen. An die Tatsache aber, dass sich die beiden Völker im Laufe der Geschichte immer wieder blutig in die Haare geraten waren, erinnern heute bestenfalls noch Jubiläen oder Gedenkstätten. Im südbadischen Sasbach beispielsweise weist eine Tafel darauf hin, dass Deutsche und Franzosen seit Ludwig XIV. in achtzehn Kriegen gegeneinander gekämpft haben. Dabei waren rund fünfzehn Millionen Opfer gezählt worden. Dieser Sachverhalt und die jüngste Entwicklung rechtfertigen den Optimismus, dass der Mensch aus der Geschichte zu lernen vermag.

Trotz des 40-jährigen Miteinanders gibt es noch vielerlei offene Handlungsfelder zwischen Deutschen und Franzosen. Dazu gehört auch die berufliche Bildung.

In Kooperation mit der Montgelas-Gesellschaft

Zu diesem Schluss gelangten die Teilnehmer eines Symposiums, das der VLB Mitte März zusammen mit der „Montgelas-Gesellschaft zur Förderung der bayerisch-französischen Zusammenarbeit e.V.“ durchführte und das den Titel „Europaorientierte Berufsausbildung in Bayern und Frankreich“ trug. Die Schirmherrschaft hatten Kultusministerin Hohlmeier und der französische Erziehungsminister Luc Ferry übernommen. Die Veranstaltung fand im Kultusministerium statt, was ihre Bedeutung natürlich unterstrich. Es war die zweite Begegnung des VLB mit Vertretern der beruflichen Bildung aus den französischen Regionen Limousin und Midi-

Pyrénées. Bereits vor zwei Jahren hatte der Verband – auch damals in Kooperation mit der Montgelas-Gesellschaft – eine viertägige Informationsreise nach Toulouse und Limoges durchgeführt und dabei Kontakte geknüpft, Bildungsgänge studiert und Ausbildungseinrichtungen besichtigt. Die genannten französischen Regionen arbeiten seit Jahren wirtschaftlich und kulturell mit dem Freistaat zusammen.

In vier Podiumsrunden versuchte man, den eher allgemein formulierten Tagungstitel mit Leben zu füllen. Die Themen lauteten...

- Reform der beruflichen Aus- und Weiterbildung.
- Entwicklungstendenzen beruflicher Bildung in Europa; Konsequenzen für die Mitgliedsstaaten; Anerkennungsrichtlinien.
- Innovatives Schulmanagement.
- Schüleraustausch und weitere Möglichkeiten vertiefter Zusammenarbeit in der Berufsbildung.

Aus- und Weiterbildung am anderen Ort

Bei der Begrüßung wies VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein auf die Bedeutung des Elysée-Vertrages hin und betonte die Rolle Deutschlands und Frankreichs sozusagen als Nucleus der EU. Eine entscheidende Maßnahme zur Integration sei der Austausch junger Menschen im Beruf, wobei es bei den Mobilitäten nicht um Tourismus, sondern um „Aus- und Weiterbildung am anderen Ort“ gehe. Als Vertreter der Montgelas-Gesellschaft verwies deren geschäftsführender Vorsitzender Pierre Wolff (Hefttitel, dritter von links) auf die unterschiedlichen Wege, die Deutschland und Frankreich in der Berufsausbildung beschreiten. „Bei der Zusammenarbeit müssen wir uns künftig

noch stärker als bisher auf die Regionen konzentrieren“, erklärte er. Grußworte im Namen von Kultusministerin Hohlmeier sprach Mdgt. Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel. „Bei aller Anerkennung der Verschiedenheit europäischer Ausbildungssysteme, sie müssen kompatibel sein, stellte sie fest.

Minister Ferry will die berufliche Bildung aufwerten

Über eine Begrüßung weit hinaus gingen die Statements von Christian Duc (Hefttitel, erster von links) als Vertreter des französischen Erziehungsministers sowie von Patrice Granier (Hefttitel, zweiter von links), dem Leiter der Abteilung Bildungswesen im Limousin (siehe Titel). Auf dem Hintergrund der allgemeinen Bildungsstruktur seien die berufsbezogenen Abschlüsse „ein ganz wesentliches Element des französischen Bildungswesens“, erklärte Duc. Zunehmende Bedeutung erhalte die Anrechnung von Berufserfahrung, eine französische Besonderheit, die im Verlauf des Symposiums wiederholt zur Sprache kam.

Erziehungsminister Ferry wolle die berufliche Bildung aufwerten und fördern, hieß es. Lehrpläne und Methoden sollen „europäisch“ aktualisiert und der dualen Ausbildung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Unter dem Stichwort „Europäisierung“ forderte Granier die Intensivierung der Austauschprogramme, Fortschritte bei der Anerkennung der Abschlüsse und mehr Mobilität als bisher. „Die jungen Leute müssen verstärkt auf das soziale Leben in Europa vorbereitet werden“, erklärte er. Das Erlernen von Fremdsprachen sei dabei eine unabdingbare Notwendigkeit.

Europaorientierter Reformbedarf

Senatsrat Klaus Illerhaus (KMK), Günther Hohlweg (Siemens München), Jean-Marie Bonnet (Ausbildungsleiter bei Legrand, Limoges), Patrice Granier, Werner Lucha (Bayer. Kultusministerium), Christian Duc (Erziehungsministerium Paris), Jean Paul Gadaud (regionale Ausbildung in der Landwirtschaft, Limoges) sowie Martine Chopinaud (Akademie Li-



„Fremdsprachliche Zusatzqualifikationen sind in der Erstausbildung erforderlich.“
KMK-Vertreter Klaus Illerhaus.



„Gesellschaftspolitische Problembereiche müssen stärker in die Ausbildung des Agrarnachwuchses einfließen.“ Jean-Paul Gadaud, Limoges.



„Mehr duale Ausbildung bei kürzerer Dauer.“
Jean-Marie Bonnet, Ausbildungsleiter bei Legrand, Limoges.



„Die Leistungen der Auszubildenden in der Berufsschule sollten ins Berufsabschlusszeugnis einfließen.“ Siemens-Ausbildungsleiter Günther Hohlweg. Rechts MR Werner Lucha.



„Die Sprachausbildung verstärken und auch die Berufsschullehrer mit einbeziehen.“
Simon Bressolles, Akademie Toulouse.

moges) bestritten die erste Podiumsrunde, die Hermann Sauerwein moderierte.

Ziel der Reformbestrebungen sei die Verbesserung der Mobilität am Arbeitsmarkt, sagte Illerhaus. Um es zu erreichen, genügen Austauschprogramme allein nicht. U.a. müssen die Ausbildungsordnungen offener gestaltet werden. Nötig seien ferner verstärkte Initiativen auf regionaler Ebene, Ausbildungsverbünde sowie verstärkte Leistungsdifferenzierung. Da es beim Dolmetschen mit der Fachterminologie Schwierigkeiten geben könne, seien auch fremdsprachliche Zusatzqualifikationen in der Erstausbildung kein Fehler. Die Berufsschule benötige deshalb mehr Unterrichtszeit, eine Forderung, die MR Lucha bekräftigte: „Wenn wir mehr Zeit bekommen, werden wir die Chance nutzen“.

Dass der Lehrlings-Austausch auch ein Anliegen der Betriebe ist, stellte Siemens-Vertreter Hohlweg dar. Reformbedürftig sei auch, dass in Deutschland die Leistungen in der Berufsschule nicht ins Berufsabschlusszeugnis einfließen.

Zertifizierte Berufserfahrung

Aus französischer Sicht votierten Legrand-Ausbildungschef Bonnet und Patrice Granier für mehr duale Ausbildung (in kürzerer Zeit), da vielerorts in Frankreich der berufliche Nachwuchs fehle. „Legrand ist in 60 Ländern vertreten, dennoch reißen sich die jungen Leute nicht um Auslandsaufenthalte“, bedauerte er. Das

Handwerk müsse sich „besser verkaufen“, nachdem es vielfach für zweit-rangig gehalten werde. Zwar sei die Vorstellung von geschlechtertypischen Berufen auch in Frankreich überholt, dennoch streben viel zu wenig junge Frauen in technische Berufe.

Zweifellos ein Reformschritt in der beruflichen Bildung sei die zertifizierbare Berufserfahrung. Wer mindestens drei Jahre Berufserfahrung gesammelt hat, könne die erworbene Kompetenz durch ein Fachgremium feststellen lassen. „Das Verfahren ist ins Arbeitsrecht eingeflossen“, bekräftigte Martine Chopinaud, die als Verantwortliche für die Anerkennungsverfahren in Limoges.

Tragende Rolle in der Weiterbildung

Ebenso wie die Erstausbildung ist die Weiterbildung in Frankreich in regionale Netzwerke eingebunden. Dass die beruflichen Schulen dabei eine tragende Rolle spielen steht außer Frage. Anders in Deutschland: Hier gehen die Meinungen dazu auseinander, was auch in der Gesprächsrunde zum Ausdruck kam. Während Siemens-Mitarbeiter Hohlweg dem Engagement beruflicher Schulen in der Weiterbildung gegenüber Skepsis äußerte, zitierte HWK-Vertreter Ludwig Stock entsprechend positive Eindrücke. Divergente Auffassungen wurden auch über die inhaltliche Gestaltung der Weiterbildung deutlich: Die Industrie favorisiere eher kurzzeitig vermittelbare Module, meinte Hohlweg; das Handwerk möchte den großen Befähigungsnachweis nicht angetastet wissen, setzte Stock dagegen.

Aktuelle Problemfelder, u.a. Thema „Nahrungsmittelsicherheit“ müssen nach Auffassung von Jean-Paul Gadaud stärker in die Aus- und Weiterbildung des Agrarbereichs einfließen. Alles in allem sei die Landwirtschaft in Frankreich nicht so stark zurückgegangen wie in Deutschland. Die Austauschprogramme sollten auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung intensiviert werden, denn „immer mehr Jugendliche dieses Fachbereichs suchen Erfahrungen im Ausland“.



„Muss man wirklich vorrangig auf Englisch setzen?“ Mdgt Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel, daneben Ltd. MRin Ingeborg Kubosch und Jean-Louis Rouillan, Limoges.

Keine festen Zielvorgaben

Dr. Ingeborg Berggreen, Ltd. MRin Ingeborg Kubosch (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus), Simon Bressolles (Akademie Limoges), Serge Girouy (Akademie Toulouse) und wiederum Jean-Paul Gadaud diskutierten unter der Regie von Dietmar Leischner (VLB) über europäische Entwicklungstendenzen in der beruflichen Bildung.

Begonnen hatte es vor 40 Jahren mit den EWG-Beschlüssen „zur Durchführung der beruflichen Bildung“. Bis heute bestehen keine festen Zielvorgaben für den Bildungsbereich und es sei strittig, ob es solche geben muss, erklärte Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel und verwies auf bestehende Richtlinien (u.a. zur Erhöhung der Bildungsqualität oder zur Zertifizierung in der beruflichen Bildung). Was die Sprache betrifft sei die Frage erlaubt, ob man wirklich vorrangig auf Englisch setzen solle. Unter europäischen Gesichtspunkten werden die informellen Kompetenzen zunehmend Bedeutung erlangen, deren Evaluierung freilich problematisch seien.

Bei den Niveaustufen unterbewertet

Über die Bedeutung der Anerkennungsrichtlinien für reglementierte Berufe sprach Ltd. MRin Ingeborg Kubosch. In einem aktuellen Entwurf seien 15 bisher bestehende Einzelrichtlinien nun zusammengefasst. „Bei den europäischen Niveaustufen für die Erstausbildung und die Weiterbildung ist Deutschland unterbewer-



„Der europäische Bildungspass ist ein wichtiges Element beim Aufbau der Gemeinschaft.“ Serge Girouy, Akademie Toulouse.

tet“, sagte sie. Die Stufung sei stark an der Theorie ausgerichtet, die berufliche Bildung in Deutschland aber hochgradig praxisrelevant. Dies führe zu der Fehlbewertung.

Den schulischen Weg bevorzugt

Schulische und duale Erstausbildung laufen in Frankreich nebeneinander her. Deren Harmonisierung aber erweise sich als schwierig, meinte Jean-Louis Rouillan. Für den dominierenden schulischen Weg haben sich die Unternehmen bereits 1946 entschieden und man wolle die Strukturen auch nicht verändern, wohl aber die Methoden. Ein Achtel der Ausbildungszeit müsse nunmehr projektorientiert unterrichtet werden, wobei die Projekte mit den einschlägigen Unternehmen der Region abzustimmen seien. Besondere Aufmerksamkeit gelte der Teamarbeit, meinte Rouillan, „obwohl diese nicht gerade in der französischen Bildungstradition liegt“. Stark seien die Bestrebungen, die Anliegen des Staates in der Ausbildung zu vermitteln sowie in den Regionen den Unternehmergeist zu fördern.

Bildungspass und kompatible Abschlüsse

Von der französischen Öffentlichkeit nicht richtig bewertet sieht Serge Girouy die berufliche Schule und forderte deren Aufwertung. Den europäischen Bildungspass bezeichnete er als wichtiges Element beim Aufbau der Gemeinschaft und forderte einen einheitlichen europäischen Rahmen mit kompatiblen nationalen Abschlüssen.



„Auch im bayerischen Schulwesen wird dezentralisiert.“ ALP-Direktor Thomas Sachsenröder.



„Bei der Weiterbildung positive Erfahrung mit den beruflichen Schulen gemacht.“ Ludwig Stock, HWK München.



„Das Erlernen von Fremdsprachen ist ein lebenslanger Prozess.“ Norbert Biscons (Akademie Toulouse). Rechts Ingo Hermanns (DFS Saarbrücken).



„Die Anerkennung der Berufserfahrung ist ins Arbeitsrecht eingeflossen.“ Martine Chopinaud, Akademie Limoges.

Der Schulleiter muss kein Lehrer sein

Klemens Brosig (VLB), Jean-Louis Rouillan, Thomas Sachsenröder (Leiter der ALP Dillingen) und Simon Bressolles bearbeiteten den Aspekt „Innovatives Schulmanagement“. Moderator der Runde war Hans Käfler (VLB).

Gestalterisch und nicht hierarchisch begründet seien die Aufgaben der Schulleitung, erklärte Brosig. Schulmanagement sollte vom Umfeld möglichst wenig wahrgenommen werden. Ein französischer Schulleiter, so Jean-Louis Rouillan, wirke als Vertreter des Staates. Auf der Grundlage der Dezentralisierungsgesetze habe er die Schule demokratisch zu gestalten. Er sei u.a. verantwortlich gegenüber allen Bereichen der Region, also nicht nur für Unterricht und Pädagogik zuständig. „Wie ein Dirigent sein Orchester, so leitet der Direktor seine Schule“, sagte Rouillan und ergänzte: „Er ist einem Unternehmensleiter vergleichbar“, was die besonders große Bandbreite dieser Tätigkeit deutlich mache. Ein französischer Schulleiter müsse nicht zwingend aus dem Lehrerstand kommen, was durchaus Vorteile haben könne. Verstärkt bemühe man sich derzeit um Direktoren von „draußen“, denen allerdings ein Hochschulabschluss abverlangt werde.

Aus der Sicht der Dillinger Akademie beschrieb deren Leiter Thomas Sachsenröder den Schulleiter als Dienstvorgesetzten, Führungskraft, Gestalter und Entscheider. Darüber hinaus stellte er das Dillinger Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebot für Schulleitungen vor.

Auch in Bayern vollziehe sich eine beachtenswerte Dezentralisierung im Schulwesen, die im beruflichen Bereich mit der Mitwirkung bei der Personaleinstellung ihren Anfang fand.

Eine Vision nach Maß

„Wie soll meine Schule nach einer etwa 6-jährigen Entwicklung aussehen?“ fragte Moderator Käfler und forderte damit die Visionäre heraus:

- Hohes Ethos nach innen, Lehrer wie Schüler sollen gern zur Schule kommen.

- Allseitige Bereitschaft und Fähigkeit zu Kommunikation und Konfliktlösung.
- Teamarbeit, die nicht nur auf dem Papier steht und hohe Leistungsorientierung.
- Ordnung und Disziplin.
- Allseitige Fähigkeit und Bereitschaft zu Selbstorganisation und Selbstevaluation.
- Effektiver, von positiver Lernstimmung bestimmter Unterricht bei Einsatz moderner Lehrverfahren.
- Selbstverständnis als Dienstleistungsunternehmen, u.a. auch mit Weiterbildungsangeboten.
- Nicht Mangelverwaltung, sondern Verfügbarkeit über ein Stundenpotential für flexiblen Lehrereinsatz.
- Die Möglichkeit, als Schulleiter nicht nur Arbeit, sondern auch echte Verantwortung zu delegieren.
- Die bei allen Mitarbeitern vorhandene Fähigkeit, Fehler zu akzeptieren bei gleichzeitigem Bemühen, diese zu vermeiden.

Vorgetragen wurden diese Aspekte von Klemens Brosig, der damit insbesondere bei den französischen Gästen auf große Resonanz stieß.

Initiativen „unterhalb von Brüssel“

„Der Schüleraustausch in der Ausbildung“ war das Thema der vierten Podiumsrunde, bei der Serge Girouy, Klaus Illerhaus, Nobert Biscons (Akademie Toulouse), Patrice Granier und Ingo Hermanns (Leiter des Deutsch-Französischen Sekretariats, Saarbrücken) diskutierten. Es moderierte Pierre Wolff.

Drei Aspekte stehen für Girouy beim Austausch im Vordergrund, erstens die Sprache, zweitens klare Versicherungsrichtlinien und drittens eine geordnete Finanzierung. Der Austausch sei mehr als fachliches Lernen, bedeute u.a. Erfahrungen mit der Landes- und der Unternehmenskultur. Die jungen Leute sollten auf die Andersartigkeit des Gastlandes vorbereitet werden. Erwünscht seien auch regionale Mobilitäts-Initiativen, solche also „unterhalb von Brüssel“.

Zwei Fremdsprachen gefordert

Den Erwerb überfachlicher Kompetenzen bei den Mobilitäten stellte Senatsrat Illerhaus heraus. Die Austauschmaßnahmen sollten auch die Lehrer betreffen, meinte er, erläuterte eine Reihe konkreter Möglichkeiten der Begegnung und wies auf die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Praktikantenaufenthalte und Maßnahmen der Weiterbildung hin. „Leider ist die Phantasie begrenzt durch den Mangel an Mitteln“, sagte er.

Von der KMK werden auch in der beruflichen Bildung zwei Fremdsprachen für nötig erachtet, wohlwissend, dass dies im dualen System nicht so ohne weiteres umzusetzen ist. Ziel sei ein einfacher Einstieg in die Sprache bei gleichzeitiger Motivation zu privatem Weiterlernen. Es könne also nicht der klassische Lernrahmen gelten, ergänzte Biscons. Perfektionismus berge die Gefahr, das Sprachinteresse herabzusetzen. „Im Übrigen betrachtet der Europarat das Erlernen von Fremdsprachen als lebenslangen Prozess“, stellte er fest und bedauerte, dass Deutsch in Frankreich derzeit einen starken Rückgang erfahre. Paris wolle diesen Trend stoppen und Deutsch als zweite Fremdsprache für die Austauschprogramme fordern, nachdem in der Berufsausbildung generell nur eine vorgesehen sei.

Für Patrice Granier ist die Finanzierung nicht das Hauptthema bei den Mobilitäten, die im Limousin wegen des bereits genannten Nachwuchsmangels einen besonders hohen Stellenwert haben. Der Austausch sollte längerfristig sein und sich nicht nur auf Schüler und Lehrer beschränken. „Auch Direktoren und Verwaltungspersonal müssen da mitmachen“, sagte er.

„Unsere Programme sind Selbstläufer“

Das Förderkonzept des Deutsch-Französischen Sekretariats für den Austausch in der beruflichen Bildung (DFS) stellte dessen Leiter, Ingo Hermanns, vor. Die Saarbrücker Einrichtung blickt auf 23 Jahre bilaterale Erfahrung zurück. Das Programm enthält u.a. vorbereitende Sprachkurse, „die nach der Philosophie des Binoms

im Tandem-Verfahren ablaufen“. Zwei Lehrkräfte arbeiten dabei jeweils mit ca. 12 deutschen und 12 französischen Jugendlichen zusammen. „Diese Form des Lernens hat eine hohe Effektivität“, sagte Hermanns. Im letzten Jahr habe das DFS 120 Mobilitäten, darunter allein 20 in der Gastronomie, organisiert. „Unsere Programme sind Selbstläufer“, meinte er „Die Teilnehmer wechseln, die Struktur bleibt.“

Hut ab

Am Schluss des zweitägigen Symposiums standen nicht nur lobende und dankende Worte an die Veranstalter und an das Bayerische Staatsministe-



Einen guten Job gemacht. Zwei der Simultanübersetzer des Münchner Fremdspracheninstituts in ihrem „Gehäuse“.

rium für Unterricht und Kultus, den Hausherrn. Von französischer Seite artikuliert wurden auch Wünsche nach bayerischen Schulpartnern. VLB-akzente bot sich in dieser Frage als Kontaktstelle an, was nebenstehende Anzeige deutlich macht.

Besondere Anerkennung verdient das Team des Münchener Fremdspracheninstituts. Hut ab vor der perfekten Simultanübersetzung. Sie ermöglichte eine reibungslose Kommunikation und damit einen bis in kleinste Detail reichenden Erfahrungsaustausch.

Das Symposium stellte eine Fülle bildungspolitischer Aspekte dar, kam aber erwartungsgemäß über eine Bestandsaufnahme nicht hinaus. Weitere Treffen mit enger gefaßten Themen werden folgen müssen, wenn man mit der bilateralen Kooperation in der beruflichen Bildung vorankommen möchte. <

Die Vermittlung von

Europakompetenz

ist eine Forderung an die moderne Berufsausbildung. Dazu ist der internationale Schüleraustausch ein Schritt in die richtige Richtung. Wir fragen an:

Welche berufliche Schule sucht eine Partnerschule in Frankreich?

Aus dem Limousin, einer reizvollen Region in Mittelfrankreich, liegen uns mehrere Anfragen von Schulen unterschiedlicher Fachrichtungen vor, darunter

- kaufmännische und verwaltende Berufe
- Hotel- und Gaststättenberufe
- Textil- und Modeberufe
- Friseurberufe
- Dienstleistungsberufe im Bereich Haustechnik
- informationstechnische Berufe
- gestaltende Berufe wie Keramiker oder Raumausstatter
- Bauberufe, u.a. Straßenbau
- Kfz-Berufe
- Mechatroniker
- Elektriker/Elektroniker
- Sanitärberufe
- Gesundheits- und Sozialberufe
- landwirtschaftliche Berufe, u.a. Viehzucht

Die Schulen bilden auf den verschiedenen in Frankreich üblichen Niveaustufen aus (Erstausbildung und berufliches Abitur).

Ist Ihre künftige Partnerschule darunter?

VLB-akzente stellt gern den Kontakt her. Wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle oder an die Redaktion von „VLB akzente“, wenn Sie den Schüleraustausch in Angriff nehmen wollen.

Wir helfen Ihnen gerne weiter.

Der VLB präsentiert sich auf der Didacta 2003:

„Die ganze Welt der Bildung“

Als größte Fortbildungsveranstaltung für Lehrer, Erzieher, Aus- und Weiterbildner war sie uns in den Presseunterlagen des Veranstalters vorgestellt worden, die Bildungsmesse 2003, die Anfang April in Nürnberg unter dem Motto „Didacta – die ganze Welt der Bildung“ über die Bühne ging. Knapp 700 Aussteller präsentierten sich auf dem Messegelände der Noris fünf Tage lang und wandten sich dabei an die Fachbereiche Kindergarten, Schule, Hochschule, Ausbildung, Weiterbildung und Beratung.

Hinzu kam ein Rahmenprogramm mit rund 100 Veranstaltungen, darunter auch solche des VLB. Dieser war zusammen mit dem Bayerischen Philologenverband und dem Bayerischen Realschullehrerverband am Stand des Deutschen Beamtenbundes untergebracht und dort fanden auch die Informationsveranstaltungen des VLB statt.

Berufsbildungspolitik in Bayern

Mittelpunkt der VLB-Angebote war allerdings ein Podiumsgespräch größeren Umfangs im Messesaal „Brüssel“. Die von Alex Liebel (VLB) moderierte Runde trug das Thema „Berufsbildungspolitik in Bayern“. Es diskutierten Hermann Sauerwein (VLB), Mdtg. Hans Wilhelm Thomé (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus), Otto Dietrich Knapp (IHK Nürnberg) und Prof. Dr. Josef Aff (Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg).

In das auf eine Stunde angesetzte Gespräch stieg Moderator Liebel mit dem Themenbereich „Kompetenzzentren“ ein. Bedingt durch eine immer stärkere Spezialisierung in der Erstausbildung müssen die Angebote der Berufsschule konzentriert werden, stellte Mdtg. Thomé fest, hinterfragte aber gleichzeitig die Notwendigkeit dieser Spezialisierung und verwies auf die Schweiz, die auf eine breitere Grundbildung gesetzt habe. Der Sinn von Kompetenzzentren bestehe nicht

darin, abgelegene Regionen auszutrocknen. „Unsere Schullandschaft ist historisch gewachsen; solche Strukturen kann man nicht einfach wegwischen“, sagte Thomé.

VLB-Vorsitzender Sauerwein stellte fest, dass die heutige Schullandschaft aus den 80-er Jahre stamme. Gleichzeitig sei die Schülerzahl drastisch zurückgegangen. Man müsse also reagieren, meinte Sauerwein, warnte aber vor „Massenveranstaltungen“ bei der Zusammenlegung von Fachbereichen. Zu empfehlen seien Strukturveränderungen durch Zusammenführung von Erstausbildung und Weiterbildung. Eine solche vertikale Gliederung von Kompetenzzentren garantiere starke Synergieeffekte.

Spagat zwischen Konzentration und wohnortnaher Beschulung

„Die Kammern stehen zu der Idee von den Kompetenzzentren“, sagte Otto Dietrich Knapp, wies aber gleichzeitig auf den Spagat hin, der zwischen der Forderung nach Konzentration auf der einen Seite und nach wohnortnaher Beschulung auf der anderen bestehe. Trotz Rationalisierung müsse es möglich bleiben, auch einzügige Klassen zu führen. Mit der Einbeziehung von FOS und BOS in die Kompetenzzentren habe er keine Probleme, meinte Knapp. Von der Weiterbildung aber sollten die Schulen absehen und sich besser auf ihre Kernaufgaben – die der Erstausbildung – konzentrieren.

Bei aller Wertschätzung des dualen Systems, die Vollzeitschulen in der Erstausbildung werden zunehmen, prognostizierte Prof. Dr. Aff und verwies auf die Entwicklung in Österreich. Kompetenzzentren haben die Funktion regionaler Impulzzentren und müssen sich am Weiterbildungswettbewerb beteiligen. „Die Berufsschulen können das mit der Weiterbildung“, sagte Aff unter dem Beifall der Zuhörer.

Eine Art Zangenbewegung

Ein weiterer Gesprächspunkt war das Angebot an Ausbildungsplätzen, ein Thema, das für den Herbst nichts Gutes verheißt. Knapp befürchtet einen starken Angebots-Rückgang bei einer Zunahme der Schulabgänger. „Die Betriebe müssen über ihren Bedarf hinaus ausbilden“, sagte er, wies aber darauf hin, dass ein Mehr an Auffangmaßnahmen (z.B. durch das BVJ) nicht zu nicht zu umgehen sei. Auf eine bundesweit erkennbare schleichende Aushöhlung des dualen Systems wies Mdtg. Thomé hin, worauf man mit Berufsfachschulen werde reagieren müssen. Im Freistaat sei eine Art Zangenbewegung zu beobachten: Für die Leistungsschwachen fehlen die Ausbildungsplätze und die Arbeitsverwaltung reduziere die Fördermittel, so dass diese Jugendlichen beim Staat landen. Auf der anderen Seite – wiederum als Folge des Ausbildungsplatzmangels – die starke Nachfrage an der FOS. Der Ansturm auf die beruflichen Schulen erfolge also von zwei Seiten. Das mit 13% bezifferte Minus auf dem Ausbildungsstellenmarkt könne durch schulische Maßnahmen allein jedoch nicht ausgeglichen werden.

Mehr als 15 000 schulpflichtige junge Menschen werden bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz im Herbst in Bayern auf der Strecke bleiben, prognostizierte VLB-Vorsitzender Sauerwein. Das Alternativprogramm könne nur lauten: Mehr Berufsfachschulen bei gleichzeitiger Anrechnung durch die Wirtschaft. Vor der „Überstrapazierung der Anrechnung“ wiederum warnte IHK-Vertreter Knapp. Vielen jungen Menschen fehle die Ausbildungsreife, und das BVJ beispielsweise habe bei den Betrieben nicht den besten Ruf.

Hang zum Fundamentalismus

Trotz ständiger Veränderungen in der Wirtschaft gestalte man die Ausbildungsberufe immer spezieller, stellte Moderator Liebel fest und hinterfragte die Sinnfälligkeit dieses Vorgehens. Die Spezialisierung liege im allgemeinen Trend, erklärte Knapp. Dennoch sollte „mehr in die

Breite ausgebildet werden“, wozu die Berufsschule hervorragend in der Lage sei.

Für eine breiter angelegte Grundausbildung plädierte auch Prof. Aff. Neben Fertigkeiten und fachlichen Kenntnissen müsse die Berufsschule mehr Allgemeinbildung vermitteln. Die Eingliederung berufsschulisch gut Vorgebildeter in die Betriebe sei problemlos möglich. Den Deutschen bestätigte Aff einen gewissen Hang zum Fundamentalismus, was der derzeitige „Pilgerstrom nach Finnland“ belege. Die Erkenntnisse aus solchen Besuchen seien hierzulande schwer umsetzbar, weil völlig unterschiedliche Verhältnisse und nicht vergleichbare Infrastrukturen vorliegen. Signifikante Unterschiede: In Finnland werden pädagogische Probleme gleich „ganz unten“ erkannt und abgefangen. In Deutschland hingegen verschleppe man sie bis in die oberen Klassen, wo sie dann nicht mehr reparabel seien. Ferner genieße der finnische Lehrer eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz und es werde für die Bildung mehr Geld ausgegeben. „Warum wird in Deutschland das Abitur nahezu kampfflos den Gymnasien überlassen?“ fragte Aff schließlich und verwies auf Österreich und die Schweiz mit ihrer jeweils sehr erfolgreichen Berufsmatura.

Ein Wunsch zum Schluss

Ein Wunsch an die Politik gestand Moderator Liebel den Diskutanten am Schluss der Runde noch zu:

Dass am dualen System nicht gerüttel werde und jeder Berufsschullehrer eine fachliche Ausbildung mitbringe, wünschte sich Otto Dietrich Knapp. Dass die Wirtschaft genügend Ausbildungsplätze anbiete, lautete der Wunsch von Mdg. Thomé. Dass mehr Berufsfachschulen zur Verfügung gestellt werden und alle Ausbildungsfähigen eine echte Chance erhalten, wollte Hermann Sauerwein sichergestellt wissen. Dass die Ausbildung für das Lehramt für berufliche Schulen nicht an die Fachhochschule kommt und die Hochschule neue Impulse in der Lehrerbildung zu vermitteln vermag, wünschte sich Prof. Aff.

Ein Beruf mit Zukunft

Vom Messesaal „Brüssel“ zurück an den DBB-Stand. Dort eröffnete VLB-Vize Armin Ulbrich den Reigen der Gespräche mit dem Thema „Lehrer an beruflichen Schulen – ein Beruf mit Zukunft“. Ausgehend vom humanistischen Bildungsideal des 19. Jahrhunderts verwies Ulbrich insbesondere auf Kerschensteiner und seinen Denkansatz, bei dem der Lehrer an beruflichen Schulen eine entscheidende gesellschaftliche und erzieherische Aufgabe habe, die auch heute gelte. „Dieser Beruf ist keine Einbahnstraße“, sagte Ulbrich, „er ist vielmehr eine Chance für Begeisterungsfähige, berufliche Innovationen an die Jugend weiterzugeben. Das erfolgreich abgeschlossene Lehramtsstudium ermögliche auch den Einsatz in Bereichen über die beruflichen Schulen hinaus. Besonders gute Perspektiven gebe es für Lehrer in den Fachbereichen Elektro- und Informationstechnik, Metalltechnik und für Diplomhandelslehrer. Interessenten am beruflichen Lehramt empfahl Ulbrich, sich an die TU München, die Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg-Erlangen sowie an die Universitäten Bamberg und Bayreuth zu wenden.

Im Trommelwirbel untergegangen

„Die Anerkennung der Leistungen in der Berufsschule – unverzichtbarer Bestandteil der Abschlussprüfungen“ war das Thema einer Gesprächsrunde zwischen Hermann Sauerwein, Udo Göttemann (IHK Nürnberg) und Reinhart Reiser (HWK Nürnberg). Die Diskussion verlief streckenweise kontrovers. Sauerweins Gesprächspartner begegneten den Vorstellungen des VLB mit Zurückhaltung. Dieser fordert bekanntlich, bei der Fortschreibung des BBiB, die in der Berufsschule erbrachten Leistungen in das Berufsabschlusszeugnis zu übernehmen. Die Kammervertreter wollen darin keine Verbesserung erkennen. Punktuelle Prüfungen halten sie im Gegensatz zum VLB für geeigneter, da die Leistungsbewertung in der Schule subjektiv sei. Selbstverständlich müsse die Berufsschule in das Prü-

fungsgeschehen eingebunden werden, sagte Göttemann, aber das sei ja faktisch bereits der Fall. Eine Mappe mit drei Zeugnissen – darunter auch das der Berufsschule – halte er für eine differenziertere Aussage als ein einziges Abschlusszeugnis. Auch HWK-Vertreter Reiser sieht die Berufsschullehrer in die Kammerprüfungen eingebunden und bestätigte ihnen dort einen ausgesprochen starken Einfluss.

Plötzlich war Schluss mit Lustig. Auf halber Strecke sozusagen erfuhr die Diskussion eine abrupte Unterbrechung. Am Nachbarstand, dem der evangelischen Landeskirche, war ein Jugendorchester aufmarschiert und begann die verblüfften Messebesucher zu beglücken, zunächst mit deftiger Blasmusik, anschließend mit Schlagzeugrhythmen, die hinsichtlich der Lautstärke keine Wünsche offen ließen, so dass jegliche Kommunikation erstarb. Die Bildungsexperten am DBB-Stand fügten sich in ihr Schicksal, machten gute Miene zum Spiel und beendeten ihren Dialog.

Zwischen intrinsischer und extrinsischer Motivation

„Motivation der Auszubildenden – unverzichtbar für erfolgreichen Unterricht“ lautete das Thema, zu dem Prof. Dr. Andreas Krapp (Bundeswehr-Universität, München) referierte. Krapp eröffnete die Runde mit folgende Fragen:

- Was wissen wir über den Entwicklungsverlauf der Motivation während der Ausbildung?
- Welchen Einfluss hat sie auf das Lernen und den Lernerfolg?
- Wie entsteht Motivation und wie kann sie im Unterricht gefördert werden?

Zu Punkt eins gab es zwei plakative Antworten. Erstens: Während der Ausbildungszeit nimmt die Motivation laufend ab. Und zweitens: Im Betrieb ist sie um ein Vielfaches höher als in der Schule. In Versicherungsfachklassen beispielsweise habe man bei einer Untersuchung zu Beginn der Ausbildungszeit eine hohe Motivation festgestellt, erklärte Krapp. In Abhängigkeit von der Lehr-Lern-Umgebung, sei diese jedoch rasch gesunken.



Am Podium von links: Prof. Dr. Josef Aff, Hermann Sauerwein, Alex Liebel, Hans-Wilhelm Thomé und Otto Dietrich Knapp.

Das Interesse an der Schule lasse nach, das am Betrieb steige um ein Vielfaches. Alles in allem nehme die Erfolgsorientierung aber nur langsam ab. Alle Auszubildenden – das zeige die Untersuchung – entwickelten während der Lehre fachspezifische Interessen.

Kognitive Fähigkeiten, so der Referent, bewirken in stärkerem Maße Leistungsunterschiede als Motivationsfaktoren. Im Klartext also: Die Motivation allein reicht nicht aus zur Leistung. Oder: Der Lernerfolg hängt nicht allein ab von der Quantität der Motivation, sondern insbesondere von ihrer Qualität.

Bei der Erforschung der Leistungsmotivation unterscheide man zwischen erfolgsmotivierten und misserfolgsmotivierten Schülern, also zwischen intrinsischer und extrinsischer Motivation. Entgegen landläufiger Meinung gebe es kaum Differenzen in den erbrachten Leistungen, wohl aber deutliche Unterschiede in den längerfristigen Auswirkungen auf die Gesamtpersönlichkeit. Selbstvertrauen und Weiterbildungsbereitschaft beispielsweise hängen damit zusammen.

Die intrinsische Motivation wirke lernzielorientiert, der Lernzuwachs werde als persönliche Bereicherung wahrgenommen und das Wissen könne auch ausserhalb der Schule angewandt werden. Sie, die intrinsische Motivation, führe zu tieferem Wissen bei

langfristigem Behalten und persönlicher Identifikation. Die extrinsische Motivation hingegen sei leistungszielorientiert. Sie führe zu eher oberflächlichem Wissen und kurzzeitigem Behalten mit geringerem Bezug zum Lerninhalt. Gute Noten dienen der Demonstration eigener Überlegenheit.

Prof. Dr. Knapp bezeichnete die Interessen als entscheidende Voraussetzung für eine intrinsische Motivation. Sie haben bei Heranwachsenden wichtige Funktionen zur Herausbildung der eigenen Identität.

Die Erfüllung psychologischer Grundbedürfnisse, wie die Erfahrung von Kompetenz oder sozialer Eingebundenheit seien für die Motivationsentwicklung junger Menschen ganz entscheidend. Deshalb könne das Interesse am Unterricht nur gefördert werden, wenn

- der praktische Nutzen der Lerninhalte erkennbar sei,
- an Alltagserfahrungen angeknüpft werde,
- Teamarbeit mit Aufgaben und Projekten gefördert werde und
- die Schüler aktiv und eigenverantwortlich im Unterricht arbeiten können und dabei eine Erhöhung ihrer Kompetenz erleben.

Durch die frische und engagierte Art seiner Darstellung kam der Referent bei seinen Zuhörern ausgesprochen gut an. „Das war super“, sagte ei-

ner der „Zaungäste“ am Schluss der Runde und ein anderer konstatierte: „Der Stand war knüllevoll“.

Über Modus 21

„Modus 21 – eine Chance für mehr Eigenverantwortung beruflicher Schulen“, so lautete das Thema, das Hans Käfler und Hans-Jörg Bosch (beide VLB) am Messestand präsentierten und dies in Dialogform. Beide haben sie als Schulleiter einschlägige Erfahrungen mit dem Modellversuch. Die Fragen lauteten:

1. Was bedeutet Modus 21?
2. Wie kam es zu Modus 21? Welches sind die Ziele?
3. Welches sind die Arbeitsfelder?
4. Was ging an den beiden „Modus-Schulen“ an Schulentwicklung voraus?
5. Wo liegen in beiden Schulen die Arbeitsschwerpunkte bei Modus 21?

Die Antworten in Kurzform:

1. Modus 21 ist die Abkürzung für Modellunternehmen Schule im 21. Jahrhundert, ein Modellversuch der Staatsregierung.
2. Beim Innovationskongress „Schulen auf dem Weg“ in April 2000 fiel der Startschuss zu landesweiter Schulentwicklung. Seitdem gibt es diesbezüglich eine breite Bewegung mit vielfältigen Ansätzen zur Steigerung von Schulqualität und mit folgenden Erkenntnissen und Konsequenzen:
 - Für Schulentwicklung sind geeignete Rahmenbedingungen notwendig.
 - Die Schulen brauchen Freiräume für selbstdefinierte Aufgaben.
 - In Modus 21 soll erprobt werden, wie viel Eigenverantwortung für eine effektive Schulentwicklung erforderlich ist.
 - Die Erfahrungen werden dokumentiert und positive Ergebnisse auf ihre Übertragbarkeit geprüft.
3. Die Versuchs-Schwerpunkte sind: Qualität von Unterricht und Erziehung, Personalmanagement und Personalführung, Innere- und außerschulische Partnerschaften und Sachmittelverwaltung. Die Schulen

müssen sich für zwei Arbeitsfelder entscheiden, wobei der Aspekt Qualität von Unterricht und Erziehung obligatorisch ist.

4. An beiden Schulen gab es auch vor dem Modellversuch bereits eine große Vielfalt an Projekten im Rahmen der Schulentwicklung. In Passau, so Hans Käfler, habe man sich zur Bündelung dieser Projekte schon vor 3 Jahren entschieden, ein Qualitätsmanagementsystem einzuführen, in das auch die Modus-Projekte einfließen. Die Schwerpunkte an der FOS/BOS Fürth – so Schulleiter Bosch – liegen im Bereich neuer Unterrichtsmethoden, des fächerübergreifenden Unterrichts sowie des Einsatzes neuer Verfahren zur Prüfung von Teams. Die Zusammenarbeit mit externen Partners soll intensiviert werden.
5. An der BS I Passau war die Steigerung der Unterrichtsqualität von Anfang an Kernthema beim Qualitätsmanagement. Darüber hinaus versuchte man über Zielvereinbarungen mit der Schulaufsicht sowie durch die Stärkung der Fachbetreuer Dinge anzugehen, die ohne die Freiräume von Modus 21 nicht denkbar sind.

Fazit: Modus 21 gibt den Schulen die Möglichkeit, Maßnahmen zu ergreifen die bisher aufgrund von Vorschriften nicht möglich waren, erklärten beide Schulleiter übereinstimmend. Dies trage dazu bei, die schulische Arbeit zu verbessern und selbst auferlegte Scheuklappen abzulegen.

Individualität und Passgenauigkeit der Ausbildung

„Der Modellversuch AQUA – eine Chance zur Gewinnung qualifizierten Lehrenachwuchses?“ Mit dieser Frage setzten sich Heiko Pohlmann (VLB-Referent für Lehrerbildung), Prof. Andreas Schelten und Markus Müller (beide TU München) auseinander.

Das Kürzel AQUA stehe für „Adressatenbezogene Qualifizierung und Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs an beruflichen Schulen“.

Man wolle die etablierte Ausbildung im Vorbereitungsdienst jedoch

nicht mit dem Modellversuch AQUA vergleichen, meinte Pohlmann und Prof. Schelten verwies darauf, dass es für Vergleiche zu früh sei, da die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung noch nicht vorlägen. Der Modellversuch werde einmalig durchgeführt und ende 2003/2004. Kein Referendar habe beide Ausbildungsformen durchlaufen, erklärte Pohlmann, so dass ein absoluter Vergleich nicht möglich sei.

Zum besseren Verständnis wurde zunächst die herkömmliche Form der Ausbildung im Vorbereitungsdienst vorgestellt. Markus Müller charakterisierte dann die Besonderheiten von AQUA, während Prof. Schelten auf Aspekte der wissenschaftlichen Begleitung einging.

Die während der Veranstaltung immer größer werdende Zahl der Zuhörer und „Zaungäste“ erlebte eine Diskussion mit zahlreichen Wortmeldungen. Hinterfragt wurden dabei in erster Linie die Individualität und Passgenauigkeit der Ausbildung sowie der nicht unwesentliche „Wohlfühlfaktor“.

Der VLB habe sich gründlich mit der Thematik beschäftigt, meinte Pohlmann. „Dieses Modell wurde beim Passauer Berufsbildungskongress von der Vertreterversammlung bearbeitet und ist Grundlage für unsere Position in der Lehrerbildung“.

„Ein entsprechender Kostenvergleich steht noch aus“, sagte Prof. Schelten in seinem Schlusswort. Der finanzielle Aspekt werde entscheidenden Einfluss nehmen auf das weitere Vorgehen bei der Ausbildung unseres Lehrnachwuchses. Ob der Modellversuch eine Chance zur Gewinnung eines qualifizierten Lehrernachwuchses sei, könne erst an dessen Ende festgestellt werden.

Die ganze Diskussion wäre umsonst, sagte Pohlmann abschließend, wenn es nicht gelänge, genügend Studenten für das Studium des Lehramtes an beruflichen Schulen zu gewinnen. „Werben Sie bitte mit unserem neu gestalteten Plakat und dem neuen Flyer für das Lehramt“, forderte er die Zuhörer auf. Der Nachwuchsbedarf in den beruflichen Fachrichtungen Elek-

trotechnik, Metalltechnik sowie in den Wirtschaftswissenschaften sei groß und könne durch die gegenwärtig Studierenden nicht gedeckt werden.

Hilfe zur Selbsthilfe

„Schulpsychologen – eine notwendige Folge der veränderten Schülermentalität?“ Am Mikrophon war Klemens Brosig, einer der stellvertretenden Landesvorsitzenden.

„Nicht erst die schrecklichen Ereignisse von Freising und Erfurt haben den Ruf nach intensiverer schulischer Betreuung von Schülern und Lehrkräften lauter werden lassen“, stellte Brosig fest. Aber können wir Erziehung an unseren Schulen überhaupt nachholen? Haben wir Zeit und Möglichkeiten, Defizite unserer SchülerInnen aufzuarbeiten? Fakt sei, dass das Unterrichten schwieriger geworden ist und die gegenseitigen Ansprüche zwischen Schülern und Lehrern gestiegen sind. „Wer hilft uns u.a. bei der Bewältigung sozialer Interaktionen mit zunehmend antisozialen jungen Leuten?“ fragte Brosig.

Es habe den Anschein, die Schule verliere angesichts des Tagesgeschäftes mitunter den Blick für das Pädagogische. Selbstkritisch in den Spiegel zu schauen, erfordere Mut, bedeute Stellung zu beziehen, aber auch zu erkennen, wo die Grenzen liegen und wann Hilfe anzufordern sei.

Schulpsychologen unterstützen das schulische Zusammenleben, indem sie beraten und bei Lern- und Lehrproblemen helfend zur Seite stehen.

Ihre Aufgabe bestehe u.a. darin, Persönlichkeitsentwicklung, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden in der Schule zu fördern, aber auch die Sachkompetenz beim Lernen sowie die Ich- und Sozialkompetenz von Schülern, (mitunter auch von Lehrkräften) zu stärken. Durch die Einzelfallarbeit öffne sich der Blick für Mängel in den schulischen Rahmenbedingungen. Generalisierbares Wissen erlaube Rückschlüsse auf notwendige Schritte zur Schulentwicklung. Schulpsychologische Beratung verstehe sich als Hilfe zur Selbsthilfe: Ratsuchende werden darin unterstützt, Probleme in eigener Verantwortung zu bewältigen.

In ihrer Doppelqualifikation als Psychologen und Lehrer seien sie spezialisiert für bestimmte Schularten und mit der Schulpraxis bestens vertraut.

Sie kennen das System Schule aus dem Effeff, haben Kontakt zu Kollegium, Schulleitung und Schulverwaltung. „Weder sind sie einseitig der Schule verpflichtet, noch vertreten sie ausschließlich die Interessen von Schülern und Eltern“, sagte Brosig. Sie unterliegen der Schweigepflicht (§ 203 StGB) und sind somit zuverlässige Partner ihrer Klienten. „Der Ruf nach dem vermehrten Einsatz von Schulpsychologen ist also nicht Folge veränderter Mentalitäten auf Schüler- und Lehrerseite, sondern notwendige Selbstverständlichkeit im schulischen Alltag zur Professionalisierung der pädagogischen Arbeit“, erklärte Brosig.

Ein Wort zum Schluss

Für den VLB lag der Schwerpunkt in dieser Messewoche beim Mittwoch, der in den Messeunterlagen auch als „Tag der beruflichen Schulen“ vermerkt war. Am Mittwoch fand auch die eingangs beschriebene Podiumsrunde im Saal „Brüssel“ statt, die übrigens recht viele Zuhörer angelockt hatte. Auch mit seinen Veranstaltungen am Messestand kann der VLB zufrieden sein. Es gab viele „Zaungäste“; aber ebensoviel Interessierte, vor allem aber eine ganze Reihe von Einzelgesprächen. Freilich darf man dies angesichts der Gesamtdimension einer solchen Messe nicht überbewerten. Überall gab es schließlich etwas zu sehen, zu hören oder zu erleben und der gestreßte Messebesucher hat nur ein begrenztes Aufnahmevermögen.

Alles in allem war die Zahl der Besucher im Vergleich zu früheren Didacta-Veranstaltungen wohl rückläufig. Dies aber hängt gewiss nicht mit einem schwindenden Interesse der Öffentlichkeit an Schule und Bildung zusammen. Wer die Medien aufmerksam verfolgt, weiß nur zu gut, wie Themen aus diesen Bereichen gerade boomen.

*Peter Thiel unter Mitarbeit von
Klemens Brosig, Hans Käfler,
Heiko Pohlmann und Armin Ulbrich*

Tagungen der Bundesanstalt und der bfz Bildungsforschung in Nürnberg:

Einfache Arbeit im Wandel – Perspektiven für Geringqualifizierte

KLEMENS M. BROSIG

Die Zahl der Schulabgänger ohne Ausbildungsvertrag wird im kommenden Schuljahr dramatisch zunehmen. Viel wird zur Zeit über die Förderung sog. benachteiligter Jugendlicher geredet. Bei zwei Tagungen zu diesem Thema, eine bei der Bundesanstalt für Arbeit, die andere bei der bfz-Bildungsforschung, wurde folgender Sachverhalt dargestellt:

Die Wirtschaft kommt ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht mehr nach, Rückgang der Lehrstellenangebote im zweistelligen Bereich, steigende Abgängerzahlen an Haupt- und Realschulen und damit eine deutliche Zunahme der Jungarbeiter-Klassen, finanzieller Rückzug der Arbeitsverwaltung aus der sozialpädagogischen Einzelbetreuung an den Berufsschulen, keine Ausweitung der BVJs, es sind Horrormeldungen, die unsere berufliche Bildungslandschaft derzeit gestalten.

Fast ist man geneigt, das Motto des unterfränkischen Kabarettisten Barwasser, alias Erwin Pelzig auf seiner derzeitigen Tournee „Worte statt Taten“ all denen in den Mund zu legen, die in der gegenwärtigen sozialpolitischen Diskussion dieses Problem angehen.

Es ist richtig, sich Gedanken zu machen, wie wir denjenigen Jugendlichen helfen können, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation keinen Ausbildungsplatz bekommen, es ist auch richtig, nachzudenken, ob z.B. zweijährige Ausbildungsgänge geeignet sind, die Anzahl derer ohne Arbeit zu verringern.

Es wird gesprochen von neu zu schaffenden theorieentlasteten Berufen, die von eher praktisch begabten Schülern ausgefüllt werden können, von verlängerten Ausbildungszeiten, es wird geredet von marktbenachtei-

ligten Jugendlichen oder Jobchancen für Geringqualifizierte durch Professionalisierung einfacher Tätigkeiten.

Es reicht aber nicht, sich nur Gedanken darüber zu machen, wie neue Berufe geschaffen werden, wie diese Berufe mit – vielfach wieder überzogenen – Inhalten angereichert werden. Diese Berufe müssen auch von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

In der Theorie sind alle, von denen hier gesprochen wird, willig und fähig, Berufe anzunehmen, wenn sie nur angeboten und mit ordentlichen Inhalten versehen werden.

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz gibt es offensichtlich nur, weil sie nicht das richtige Arbeitsangebot durch Industrie und Handwerk zur Verfügung gestellt bekommen.

Aber ist das wirklich so? Haben wir nur durchwegs willige junge Menschen in unseren JA-Klassen, solche, die trotz aller Bemühungen keine Lehrstelle bekommen haben? Oder ist es nicht so, dass wir an unseren Berufsschulen viele Jugendliche auffangen, die „verkrachte“ Schulkarrieren hinter sich haben, die gravierende soziale familiäre Defizite aufweisen, die über ein nicht ausreichendes Basiswissen für eine Berufsausbildung verfügen, solche, die sprachlich dem Unterricht nur schlecht folgen können oder die sich dem Stress einer Ausbildung einfach nicht unterziehen wollen.

Wer fragt eigentlich diejenigen, die in ihrer täglichen Arbeit mit diesen jungen Menschen umzugehen haben? Die Berufsschule scheint wieder einmal von der aktiven Mitsprache ausgeschlossen zu werden. Oder schließt sie sich selbst aus, weil sie diese Klientel bislang im pädagogischen Dialog weitgehend vergessen hatte?

Wir brauchen eine neue Diskussion über die Berufsschulpflicht, wir müssen reden über Sinn und Nutzen und

über Organisation des Unterrichts in Jungarbeiter-Klassen, wir müssen aber auch verstärkt Strategien entwickeln, wie wir mit dieser Schülerklientel künftig umgehen, wie wir es besonders fördern und fordern können.

Wir werden uns mit diesen Jugendlichen in Zukunft intensiver pädagogisch und organisatorisch befassen müssen. Die Arbeitsverwaltung fühlt sich nicht mehr zuständig und nimmt uns die wenigen Hilfen in dieser Arbeit, nur um Kosten zu sparen. Wenn Vermittlung nicht funktioniert, muss es halt die Schule im Rahmen ihrer Schulpflicht richten. Andere Hilfen sind in Zeiten knapper Kassen nicht zu erwarten.

Wie können wir die sozialen Defizite in den Klassen ausgleichen, neue Schlüsselqualifikationen aufbauen, um diese jungen Menschen in eine Ausbildung oder wenigstens in einen Arbeitsvertrag zu bringen?

Vielen von uns macht diese Schülerklientel Unbehagen, viele KollegInnen fühlen sich nicht genügend für diese Schüler ausgebildet und vorbereitet. Viele fühlen sich im Stich gelassen von den Betrieben, die ihrer Verpflichtung, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, nicht mehr nachkommen, von der Arbeitsverwaltung, die die positive sozialpädagogische Arbeit in diesen Klassen nicht mehr finanziert, vom KM, das auch keine weitere Hilfestellungen anbietet, auch keine Ausweitung vollzeitschulischer Maßnahmen zulässt.

Es gibt viele Initiativen an den Berufsschulen im Lande, um das Problem der Jungarbeiter pädagogisch und kollegial verträglich in den Griff zu bekommen.

Wir werden eine intensive Diskussion darüber führen müssen, nicht nur, um diesen benachteiligten Jugendlichen zu helfen, nicht nur, um ihnen eine wahrscheinlich letzte Chance zu geben, schulische und soziale Defizite aufzuarbeiten, sondern auch, wie wir als Lehrkräfte mit diesen SchülerInnen umgehen, wie wir lernen müssen, dieses Schülerpotential als Teil unseres Schulsystems anzunehmen. Ausgrenzung und Konzentration in eigenen Jungarbeiter(kompeten-?)zentren ist in jedem Fall der falsche Weg.

Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird:

Spuren der Verbandstätigkeit

HERBERT GEIGER

Welch wundersame Wandlungen wortreicher, wissender Widerstand bewirkt, belegt ein Vorgang, der konträre Ansichten der Beteiligten in Leitartikeln und Leserbriefen darlegte, sich über geraume Zeit erstreckte und der jetzt durchaus erfreuliche Aspekte zeitigt, die möglicherweise eine fruchtbare Kooperation zum Nutzen der beruflichen Bildung in Zeiten des Umbruchs eröffnet. Denn am – vorläufigen – Endpunkt dieser Entwicklung steht ein gänzlich veränderter Kommentar von Werner Degen, dem Chefredakteur von „autoFachmann“ und „autoKaufmann“. Er vertritt nicht mehr nur die Sichtweise der betrieblichen Seite im dualen System, sondern bekundet deutlich das Interesse am Erhalt und der Fortentwicklung dieser bewährten Form der Berufsbildung.

Konsequenzen aus PISA, so hatte Werner Degen seinen Leitartikel in „autoFachmann“ 6/2003 betitelt. U.a. führte dort an: „Wir müssen unsere Lernkultur ändern. Das Lernkonzept der „Belehrung“ darf nicht länger im Mittelpunkt stehen. Es war schon gestern und ist erst recht heute ein Unterrichtsprinzip des auslaufenden Industriezeitalters. „Der Schlüssel zum Erfolg liegt nach der Familie in erster Linie beim Lehrer und seiner Ausbildung. Dazu müssen in Zukunft gehören:

- Betriebspraktika als fester Bestandteil der Weiterbildung.
- Ganztätige Präsenzpflicht an der Schule, um neue Aufgaben, die durch veränderte Berufsbilder entstehen, wahrnehmen zu können.
- Qualifizierungsmaßnahmen für die sich Weiterbildenden.
- Verstärkter Einsatz fachlich orientierter Lehrbeauftragter (zum Beispiel Kfz-Meister).
- Leistungsorientierte Bezahlung.

Doch das ist natürlich nicht genug, Schule muss im Bereich beruflicher Bildung dem hohen Innovationstem-

po der einzelnen Branchen folgen.“ Bezirksvorsitzender Wolfgang Lambi sowie Christoph Lindner, Ansprechpartner der Regierung von Unterfranken im Bereich Kfz, reagierten sofort mit Leserbriefen, die im „autoFachmann“ abgedruckt wurden und offensichtlich auch Wirkung hervorriefen.

Werner Degen reagierte im Leitartikel der folgenden Ausgabe, 8/2003, unter dem Titel „Im Namen der Demografie“ u.a. mit der Aussage: „PISA impliziert die Chance, dieser kurzen, rein betriebswirtschaftlichen Sicht den Garaus zu machen.“ Folgendermaßen will er nun die „Berufsschule stark machen: „Wenn der Staat schwächelt, muss die Wirtschaft helfen ... Warum also keine Innungspatenschaft für die heimische Berufsschule übernehmen?“ Mit diesen beachtenswerten Vorschläge hat er die Zeichen der Zeit erkannt. Denn es ist in Zeiten verschärften Wettbewerbs mit anderen europäischen Modellen auch erklärtes Ziel des DIHT in seinen „Leitlinien Ausbildungsreform“, die Jahrzehnte lang international anerkannte deutsche Variante zu fördern, natürlich unter Berücksichtigung der sich ändernden Berufs- und Ausbildungsbedingungen. Dass hierbei neue und bewährte Ansätze des lebenslangen Lernens integriert werden müssen, ist dem weitsichtigen Berufspädagogen bekannt. Auch das zeitweise und gelegentliche Vorpreschen der einen oder anderen Seite hat nicht nur seine Berechtigung, sondern ist im wohl verstandenen Sinne auf lange Sicht sogar entwicklungsfördernd, denn es verhindert ungesundes Erstarren. Insofern wirkt der hier dokumentierte Prozess, so klein und „unbedeutend“ er zunächst erscheinen mag, als Ermutigung, den Austausch und, wo nötig, auch die Auseinandersetzung in allen Bereichen der dualen Ausbildung zu suchen. So wird Degens „Stein des Anstoßes“ schließlich produktiv für eine möglicherweise paradigmatische Kooperation zwischen einem offiziö-

sen „Organ der betrieblichen Ausbildung“ und der schulischen Seite, vertreten durch den VLB.

Greifen wir seinen Vorschlag auf: „... den Luxus, Arbeitsenergie durch Stress, Streit und Spannung versacken zu lassen, kann sich, weder die Berufsschule noch die ausbildende Wirt-

schaft leisten“. Der Leitartikel und die dadurch ausgelösten Reaktionen könnten hierzu ein Signal sein. Vielleicht lässt sich ja hier im Mainfränkischen und im Kleinen ein Test starten? Interessenten an einem Austausch sollten doch wohl zu finden sein. Eine derartige Perspektive rechtfertigt un-

seres Erachtens die Darstellung der einzelnen Schritte. (siehe nebenstehenden Kommentar). Die ganze Entwicklung steht beispielhaft dafür, welche großen Chancen sich im vertrauensvollen Dialog aller Bereiche des beruflichen Bildungswesens für die Zukunft ergeben. <

„Konsequenzen aus PISA“ – Vom Kfz-Gewerbe recht interessiert vorgestellt

Dass die Befunde der genannten Bildungsstudie nicht ohne Auswirkungen auch auf die beruflichen Schulen bleiben würden, war abzusehen. Liefern sie doch Material für jedes partikulare Interesse, das sich nicht für dieses Desaster verantwortlich wähnt. Und im Zusammenspiel der dualen Partner, das ja auch nicht ganz frei von Konkurrenz verläuft, eröffnet sich somit ein weites Feld zur Revision des status quo zu Gunsten der jeweils eigenen Anliegen. Bevor die berufliche Schulen nun vollends und unwidersprochen ins Kreuzfeuer dieser nicht immer ganz uneigennütigen Aktivitäten geraten, gilt es, Übergriffe als solche zu identifizieren und mit der gebotenen Umsicht abzuwehren.

In den beiden „Offiziellen Ausbildungsjournalen des Deutschen Kfz-Handwerks“ „autoFachmann“ und „autoKaufmann“ hat Chefredakteur Werner Degen festgestellt, „auch die Betriebe sind betroffen“ und messerscharf auf diverse „Konsequenzen aus PISA“ geschlossen.

Einige Vorschläge aus seinem Leitartikel schienen zunächst geeignet, das duale System der Berufsausbildung dezent zu konterkarieren, in letzter Konsequenz möglicherweise zur Disposition zu stellen. Abgesehen davon wird im betreffenden Artikel versucht, die Berufsschulen in einen Schuh zu zwängen, der ihnen – die Basis der PISA-Studie berücksichtigend – nicht passt. Alarm schlage man angeblich, weil „eklatante Mängel im schulischen Grundlagenbereich unmittelbare Auswirkung auf die

Leistungsfähigkeit der Betriebe und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland insgesamt haben“. Logische Folgerung des Handwerkstages: „Der Schlüssel zum Erfolg“ liegt demnach „beim Lehrer und seiner Ausbildung“. Doch hier erlaubt man sich einen – womöglich unbeabsichtigten – Hinweis darauf, dass der duale Partner Berufsschule doch nicht als „Juniorpartner“ anzusehen ist, dem man seine Forderungen (s. o.) nach Gutdünken aufdrückt, ohne die Rahmenbedingungen zu beachten. Denn die Ausbildung in der Schule unterliegt anderen zeitlichen und inhaltlichen Voraussetzungen und Kriterien als die betriebliche. Der Lehrer ist nicht nur „Stundenhalter“ und Stoffvermittler, sondern auch Pädagoge. Das Nötige zu diesem Punkt haben übrigens die Verfasser der beiden Leserbriefe an die Redaktion jeweils unterschiedlich pointiert. Ein Wort darf in diesem Zusammenhang nicht fehlen. Es drängt sich angesichts der Forderung „Schule muss im Bereich beruflicher Bildung dem hohen Innovationstempo der einzelnen Branchen folgen“ geradezu auf. Die Belastbarkeit der Lehrer, die ja nicht nur in je einem Bereich Neuerungen integrieren müssen, denn sie haben die verschiedenen Interessen der Auszubildenden der gesamten Branche zu bedienen, stößt heute schon an ihre Grenzen. Und die zitierten Forderungen verschärfen diesen Zustand, da alle Arten von Qualifizierungsmaßnahmen zusätzlich Engagement und Zeitaufwand verlangen, was durch Ganztagesprä-

senz sicher nicht zu erreichen ist. Denn die nachgewiesenen 40- und mehr-Stundenwochen werden von Kollegen immer noch besser freiwillig, d.h. auch selbstbestimmt organisiert, als unter Zwang bewältigt. Besonders aber ist auch bezüglich der Beteiligung der Kollegen an Kammerprüfungen wieder und noch einmal zu fordern, dass deren Einsatz endlich angemessen honoriert wird, sei es nun zeitlich oder – als zweite Wahl – finanziell. Doch hier scheint das Innovationstempo ein gebremstes zu sein. Sollte das Hauptziel der Kampagne jedoch der Beweis der Überlegenheit multimedialen Lernens im Verbund sein, so wird dieser keinesfalls durch die zugegebenermaßen recht anschauliche Darstellung ausgewählter Lerninhalte im Hochglanzdruck oder per Internet erbracht.

Zu guter Letzt noch eine zukunftsweisende Anmerkung zum Umgang mit Problemen im Handlungsfeld beruflicher Bildung, die in einem früheren Kommentar des Chefredakteurs im „autoKaufmann“ 3/2002 betitelt STRESS-STREIT-SPANNUNG zu finden ist. Probleme offen anzusprechen bringt Nutzen, steht dort geschrieben, und „wenn hier mit offenem Visier gearbeitet wird und die richtige Diskussion ohne persönliche Rivalitäten geführt wird, merkt man bald, dass damit alle Beteiligten besser fahren. Den Luxus, Arbeitsenergie durch Stress, Streit und Spannung versacken zu lassen, kann sich ... weder der Einzelne noch der Betrieb leisten“. Und dies ist – quod erat demonstrandum – nicht nur ein guter Rat für den Auszubildenden und für den eigenen Betrieb. *Herbert Geiger*

Vorstellungsrunde im Berliner DBB-Forum:

Die Potsdamer Studie zur Lehrerbelastung

PETER THIEL

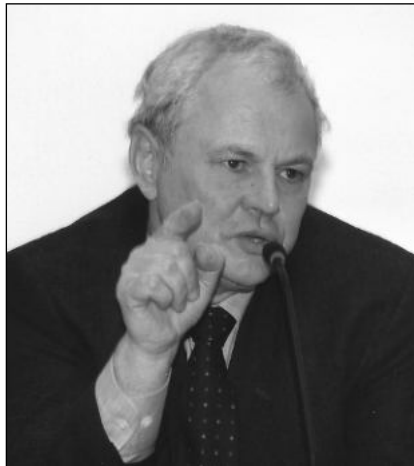
Um den Gesundheitszustand eines beträchtlichen Teils der Lehrerinnen und Lehrer im Lande steht es nicht zum Besten. Das Gefühl ausgebrannt und verbraucht zu sein nimmt bei den Kolleginnen und Kollegen zu, ebenso wie psychisch bedingte organische Erkrankungen. Belastet sind nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch deren Schülerinnen und Schüler, indem das Gegenteil von dem bewirkt wird, was Schule eigentlich will: Freude am Lernen vermitteln. In ernsteren Fällen kommt es zu hohen Fehlzeiten, die durch Vertretungen aufgefangen werden müssen. Dies führt zu weiterer Mehrbelastung; der Teufelskreis ist kaum noch zu durchbrechen. Im Klartext: an Deutschlands Schulen läuten die Alarmglocken.

Die Analysephase ist abgeschlossen

Der Sachverhalt ist nicht neu. Bereits vor zwei Jahren hatte deshalb der Deutsche Beamtenbund zusammen mit fünf Lehrerverbänden – darunter unsere beiden Dachverbände BLBS und VLW – eine wissenschaftliche Untersuchung veranlaßt, die bis 2007 läuft. Übernommen hatte den Auftrag der Potsdamer Psychologieprofessor Dr. Uwe Schaarschmidt. Zwischenergebnisse dieser „Potsdamer Studie zur Lehrerbelastung“ haben inzwischen bereits die Runde gemacht und sind Schullehrer vermutlich nicht mehr ganz unbekannt. Der erste Teil der Untersuchung – die Analyse-Phase – ist jetzt abgeschlossen. Nunmehr werden sich die Wissenschaftler mit den Konsequenzen aus der Analyse zu beschäftigen haben und Vorschläge zur Verbesserung der Lage erarbeiten.

Wirksamer Beitrag zur Prävention

Der DBB und die beteiligten Lehrerverbände sahen den Zeitpunkt ge-



Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt, der „Vater der Potsdamer Studie“.

kommen, mit den bisherigen Ergebnissen an die Öffentlichkeit zu treten. Dazu hatten Sie für Anfang April ins Berliner DBB-Forum eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Ausführungen von Prof. Schaarschmidt, dem geistigen Vater der Studie. „Die Erhebungen wurden bundesweit an einem Personenkreis von mehr als 12 000 durchgeführt“, sagte dieser. Einbezogen waren nicht nur Pädagogen, sondern auch andere Tätigkeitsbereiche mit hohen Belastungsfaktoren (z.B. Sozialarbeiter, Polizisten, Personen im Strafvollzug, Existenzgründer usw.). Freilich galt dem Lehrerberuf die größte Aufmerksamkeit. „Uns interessieren nicht nur Symptome der Belastung, also psychische und körperliche Beschwerden“, erklärte Schaarschmidt. Besonderen Wert lege das Forscherteam darauf, die Betroffenen zur Mitarbeit an der Verbesserung ihrer subjektiven Befindlichkeit anzuregen. Dadurch erwarte man sich einen wirksamen Beitrag zur Früherkennung von Gefährdungen und damit zur Prävention.

Die vier Verhaltensmuster

Merkmale des Arbeitsengagements, der Widerstandsfähigkeit und der ar-

beitsbezogenen Emotionen standen im Mittelpunkt der Befragungen. Daraus ergaben sich vier typische Muster beruflichen Verhaltens und Erlebens. Diese sind:

- Der G-Typ, der bestimmt ist durch hohes, aber nicht überhöhtes Engagement, starke Belastbarkeit und Zufriedenheit.
- Der S-Typ. Sein Engagement ist reduziert; er ist bestimmt von Ruhe, Gelassenheit, relativer Zufriedenheit und der Tendenz zur Selbstschonung.
- Der A-Typ mit der Neigung zur Selbstüberforderung, zu exzessiver Verausgabung und verminderter Erholungsfähigkeit. Belastbarkeit und Zufriedenheit sind eingeschränkt.
- Der B-Typ. Sein Engagement ist deutlich reduziert; er ist bestimmt von geringer Erholungs- und Widerstandsfähigkeit, Unzufriedenheit und Niedergeschlagenheit.

Soweit also die von Schaarschmidt dargestellte Typisierung, die freilich nicht absolut, sondern nach dem Prinzip der höchsten Wahrscheinlichkeit gilt. Gewonnen wurde die Reihe an Untersuchungen von über 7000 Lehrerinnen und Lehrern aus den alten und neuen Bundesländern.

Die Musterverteilung gilt bereits in jungen Jahren

Regionenübergreifend tritt bei Lehrern das G-Muster mit weniger als 20% auf, dafür aber betragen die A- und B-Muster jeweils um die 30%. „In keiner anderen Berufsgruppe als bei den Lehrern fanden wir einen so hohen Anteil der Risikomuster, vor allem das Muster B“, sagte Schaarschmidt.

Deutliche Unterschiede weise die Musterverteilung nochmals zwischen männlichen und weiblichen Lehrkräften auf. „Die schwierige Beanspruchungssituation gilt in erster Linie für Frauen“, meinte der Referent. Die Zugehörigkeit zu einem Muster hänge weniger vom Alter ab, sie gelte bereits in jungen Jahren.

Die belastendsten schulischen Arbeitsbedingungen seien das Verhalten schwieriger Schüler und die Klas-



Den Fragen der „Basis“ stellen sich (von links) Dr. Ulf Kieschke, Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt, Kultusminister Steffen Reiche, Ludwig Eckinger und Dr. Helga Arnold.

senstärke. Darüber hinaus komme auch dem sozialen Klima in der Schule eine starke Bedeutung zu. Je vertrauensvoller die Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Kollegium, desto günstiger die Musterverteilung. Auch der Krankenstand und der Wunsch nach Frühpensionierung seien vom Klima abhängig.

Aspekte zur Veränderung

Bei der Frage nach den Konsequenzen aus der Studie sei zu unterscheiden zwischen bedingungsbezogenen und personenbezogenen Maßnahmen. Beide müssen sich ergänzen. Die Tatsache, dass bei den Lehrern das Muster G relativ gering, das Muster B dagegen sehr stark aufträte, weise auf grundlegenden Veränderungsbedarf hin. Prinzipiell komme es auf Konsequenzen unter vier Aspekten an:

- Generelle Einflussnahme auf die Rahmenbedingungen des Lehrerberufs,
- entsprechende Gestaltung der Arbeitsbedingungen vor Ort (ggf. Supervision),
- personenbezogene Maßnahmen (u.a. emotionale Entspannung) und
- qualifizierte Nachwuchsgewinnung (realistische Berufsorientierung und gezielte Beratung bei der Berufsentscheidung).

Die „gesunde Schule“

Als Koreferenten ergänzten Dr. Ulf Kieschke und Dr. Helga Arold aus dem Mitarbeiterteam von Prof. Schaarschmidt dessen Ausführungen. Dr. Kieschke beschäftigte sich mit der Frage nach der „gesunden Schule“ und verwies dabei nachdrücklich auf die Bedeutung des Betriebsklimas. Dr. Arold stellte die subjektiv erlebte Situation in den Mittelpunkt ihrer Be-

trachtung und verwies darauf, dass die Sensibilisierung für die entsprechende Problemlage bereits bei Einstieg in die Lehreraufbahn, am Besten zu Beginn des Studiums, einsetzen müsse.

Die Konsequenzen ernst nehmen

Als Vizepräsident der KMK betonte Brandenburgs Kultusminister Steffen Reiche zunächst die Eigenverantwortlichkeit der Lehrkräfte. Die Ständige Konferenz der Kultusminister werde dem Thema Lehrergesundheit weiterhin ungeteilte Aufmerksamkeit widmen, die wissenschaftliche Arbeit unterstützen und die angezeigten Konsequenzen ernst nehmen, prüfen und nach Kräften für Verbesserungen sorgen.

Die Situation nicht noch verschlimmern

Stellvertretender DBB-Vorsitzender Peter Heesen drückte die Hoffnung aus, dass angesichts der vorliegenden Forschungsergebnisse das Gerede über „faule Lehrer“ aufhören und die Gesellschaft ihre „Dienstleister an der Jugend“ künftig mehr unterstützen werde. Aus der Sicht des DBB und der fünf Lehrerverbände komme es vor allem darauf an, die bestehende Situation nicht durch neue politische Entscheidungen – u.a. durch weitere Erhöhungen der Unterrichtsdeputate – zu verschlimmern. Die Konsequenz der Finanzministerkonferenz, bei sinkenden Schülerzahlen die Bildungsausgaben analog zu kürzen, sei der falsche Weg, meinte Heesen.

Dringend geboten erscheine es, bei der Gewinnung des Lehrernachwuchses „in sehr offener Weise mit den Betroffenen über die spezifischen Herausforderungen des Berufs zu sprechen und dabei das Persönlichkeits-

profil des Aspiranten mit einzubeziehen“.

„Erschreckendes Zeichen für die Krise des Lehrerdaseins

Dass Schulen und öffentliche Bildung verändert werden müssen, wenn sie ihre Bedeutung für Staat und Gesellschaft erhalten wollen, sehe niemand klarer als die Lehrer. Gerade sie erfahren hautnah, wieviel schwieriger Unterricht und Erziehung geworden sind, erklärte Dr. Ludwig Eckinger, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) und gleichzeitig Chef der Expertengruppe „Lehrerbildung“ im DBB. Die Tatsache, dass rund 90% der Pädagogen vor dem Erreichen der Altersgrenze unfreiwillig aus dem Dienst scheiden, bezeichnete er als das erschreckendste Zeichen für die Krise des Lehrerdaseins.

Das Lehrerbild in der Öffentlichkeit zurechtrücken

Eröffnet hatte die Veranstaltung DBB-Vorsitzender Erhard Geyer. Er wies auf die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Meinung über den Lehrerberuf und der realen Situation an den Schulen hin und kritisierte das von den Medien und z.T. auch von der Politik aufgebautete Klischee vom Job mit langen Ferien und viel Freizeit. „Die Potsdamer Lehrerbelastungsstudie wird dazu beitragen, das Bild vom Lehrer in der Öffentlichkeit zurecht zu rücken“, sagte er. Da die Medien dabei eine Schlüsselrolle spielen, gab es am Rande der Veranstaltung gleich noch eine Pressekonferenz, in der Prof. Schaarschmidt und der DBB die Sachlage darstellten. Eine erstaunlich guter Besuch dieser Runde und zahlreiche Wortmeldungen belegten das nachdrückliche Medieninteresse an der Thematik. Gleichzeitig aber zeigte sich, dass es gar nicht so leicht ist, die Problemlage transparent zu machen und sie differenziert „rüberzubringen“. Verhängnisvoll wäre es, wenn die bei der Veranstaltung dargestellten Anliegen als larvoyante Jammerei eines privilegierten Berufsstandes in die Öffentlichkeit transferiert und somit falsch verstanden würden.

Ausblick

Der DBB und seine Lehrerverbände erwarten vom zweiten Teil der Studie nun konkrete Maßnahmen zur Hilfestellung insbesondere im Hinblick auf die Risikomuster A und B. Die Maß-

nahmen sollten so konzipiert sein, dass sie im politischen Raum auf Verständnis stoßen und die Bereitschaft zur Veränderung der kritischen Lage nach sich ziehen. <

heitsschulen längst die „Lernchancen bedingungslos für alle offen“ und erzielten damit in Bildungstests weitaus bessere Ergebnisse.

In der neuen PISA-Studie haben die Forscher mehrfach die Zergliederung des Schulsystems kritisiert. Die in Deutschland übliche frühe Aufteilung der Kinder nach der vierten Schulklasse auf unterschiedliche Schulformen verschärfe die soziale Selektion bei der Bildung. -dpa-

Bildungsforscher stellen fest:

Schulklima bestimmt Motivation und Leistung

Die Unterrichtskultur und das Klima einer Schule bestimmen wesentlich Motivation und Leistung einzelner Schüler. Auf dieses Ergebnis der dritten PISA-Auswertung in Deutschland hat das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) hingewiesen: Die Schule mit ihrem Klima, ihrer Unterrichtskultur und der Kooperationskultur der Lehrer habe Auswirkungen auf den Einzelnen.

Ein „geordnetes Klima“ und der Eindruck der Schüler, dass ihre Lehrer sie unterstützten und sie als Person wahrnehmen, förderten die Motivation. Klare, strukturierte Vorgehensweisen und anspruchsvolle Aufgaben im Unterricht sowie die enge Zusammenarbeit von Lehrern wirkten sich positiv auf die Leistung aus. Die Autonomie von Schulen hingegen habe nicht automatisch positive Auswirkungen auf Motivation oder Leistung. „Sie ist nur dann erfolgreich, wenn es eine Kontrolle gibt.“

Nach der dritten PISA-Auswertung beklagen die Schüler in allen Bundesländern eine zu geringe Unterstützung durch die Lehrer. In den erfolgreichen PISA-Ländern wie Japan, Finnland und Schweden seien die Schulkultur und die Schüler-Lehrer-Beziehung dagegen durch diesen „Unterstützungsaspekt“ gekennzeichnet.

Die so genannte positive Diskriminierung bei der Notengebung könne die Schüler ebenfalls motivieren. Studien zufolge versuchten Lehrer, mit den Noten Systemproblemen gegenzusteuern und bewerteten etwa Mi-

grantenkinder in der Sprache besser als gleichaltrige deutsche Schüler. Dies habe allerdings nur eine kurzfristige Wirkung auf die Leistung.

Das DIPF hatte im Auftrag des Bundesbildungsministeriums ein Gutachten zu den „Nationalen Bildungsstandards“ vorgelegt, die verbindlich vorschreiben sollen, was ein Kind einer bestimmten Altersstufe mindestens können muss.

„Pessimistisches Menschenbild“ in Schulen beklagt

Bei einer Tagung des hessischen Sozialministeriums über frühe Bildungschancen für Klein- und Grundschulkindern beklagte der Berliner Bildungsforscher Gero Lenhardt ein „pessimistisches Menschenbild in deutschen Schulen“. Die meisten Lehrer gingen von der Vorstellung aus, „junge Leute seien von Natur aus ungleich begabt, bildungsresistent und bildungsfeindlich“, sagte der Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Wer glaube, Bildung müsse erzwungen werden, greife leichter zu „Zwangsmitteln“ wie Sitzenbleiben, schlechten Noten oder früher Auslese.

Die frühe Selektion im mehrgliedrigen deutschen Schulsystem mache die Lehrer zu „Herren über Bildungs- und Lebenschancen der Schüler“. Es sei hier zu Lande schon eine „gesellschaftliche Neurose“, ständig eine frühe Auslese zu fordern. Wenn Macht in der Schule allgegenwärtig sei, müsse das bei Eltern und Schülern „Angst und Misstrauen“ schüren. In anderen europäischen Ländern hielten Ein-

Tun Sie was für Ihre Stimme

Das sprachtherapeutische Beratungs- und Behandlungszentrum in Coburg bietet Intensivtherapien für Lehrer mit Sprach- und Stimmstörungen an. Akute Stimmstörungen kommen bei Lehrern ungewöhnlich häufig vor. Sie belasten den Unterricht und stellen häufig auch die Ursachen für eine frühzeitige Pensionierung der Lehrkräfte dar.

Mit der ca. 14-tägigen Intensivtherapie wird eine besonders erfolgversprechende Therapieform durchgeführt. Allgemeine Erkenntnis ist, dass wöchentliche logopädische Behandlungen bei Patienten mit Stimmstörungen meist nicht zu dem notwendigen langandauernden Erfolg führen. Bei der Intensivtherapie werden in Einzel- und Gruppenmaßnahmen Bereiche der Stimmbildung und der Stimmhygiene, gegebenenfalls auch Rhetorik, mit einbezogen.

Die Behandlungen werden von den Krankenkassen und der Beihilfestelle bezahlt. Es ist eine gesonderte ärztliche Verordnung notwendig und ein Kostenübernahmeantrag bei der Krankenkasse bzw. bei der Beihilfestelle vor Durchführung der Behandlung zu stellen. Auskünfte hierzu: Medau-Schule, 96450 Coburg, Telefon (0 95 61) 23 51-0, Fax (0 95 61) 23 51 34.

Ministerpräsidentenkonferenz:

Leitlinien zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich am 27. März 2003 auf Leitlinien zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung verständigt.

Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich Leitlinien für eine Föderalismusreform gegeben. Sie streben damit an, die Zuständigkeiten bei der Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern auf vielen Rechtsgebieten zu Gunsten der Länder neu zu verteilen, indem das Grundgesetz in Bezug auf die konkurrierende und die Rahmengesetzgebung, z.B. Art. 72, 74, 74 a, 75 GG, geändert werden soll.

Die Ministerpräsidenten fordern für sich auch klare Kompetenzregelungen für eine künftige Europa-Verfassung und drohen sogar damit, ihre Zustimmung dazu zu verweigern, wenn ihre Forderungen vom 27. März 2003 nicht angemessen berücksichtigt werden sollten. Insgesamt streben die Länder Folgendes an:

Rahmengesetzgebung

Nach den Vorstellungen der Länder soll die Rahmengesetzgebung zu Gunsten einer konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes mit Zugriffsrecht der Länder aufgegeben werden.

Davon betroffen wären u.a. die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die bisher im Beamtenrechtsrahmengesetz angesprochen sind.

Auch wären davon u.a. das Hochschulwesen, der Naturschutz und die Landschaftspflege berührt.

Konkurrierende Gesetzgebung

In den Bereichen, in denen der Bund im Wege der konkurrierenden Gesetzgebung entscheidet, soll den Ländern ein eigenständiges Zugriffsrecht eingeräumt werden. Selbst wenn dem Bund ein eigenes Regelungsrecht verbleibt, sollen die Länder künftig die Möglichkeit erhalten, von der Regelungskompetenz des Bundes ganz

oder teilweise abzuweichen. Dies soll selbst für den Fall gelten, dass der Bund nachträglich eigene Gesetze verabschiedet. Damit erhielten die Länder auch die Möglichkeit zu regional begrenzten „Experimenten“, die bei Erfolg auch bundesweit zur Anwendung kommen könnten.

Dies würde eine völlige Umkehrung der bisherigen Rechtslage bedeuten, wonach die Länder im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung nur dann eigenständige Regelungen treffen können, wenn der Bund von seinem Regelungsrecht keinen Gebrauch macht.

Von dieser Änderung sollen u.a. die Bereiche Förderung der wissenschaftlichen Forschung, die Umweltgesetzgebung, die Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung, das Versammlungsrecht, vor allem aber Teile des **Besoldungs- und Versorgungsrechts** umfasst werden.

Letzteres hätte zur Konsequenz, dass künftig die Länder über die bereits vom Bundesrat beschlossenen Öffnungsklauseln bei der jährlichen Sonderzuwendung und beim Urlaubsgeld hinaus, künftig das Bezahlungsrecht im Beamtenbereich eigenständig und ohne Rücksichtnahme auf bundes- und sonstige länderspezifische Gegebenheiten regeln könnten.

Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums

Nach den Vorstellungen der Länder ist offensichtlich auch geplant, die eigenen Handlungsspielräume über Veränderungen bei Art. 33 Abs. 5 GG zu erweitern.

Wenn es den Ländern gelänge, diese beabsichtigten Änderungen gegenüber dem Bund durchzusetzen, würde das – wie der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz Ole von Beust meinte – zur größten Reform des Föderalismus seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland führen.

Der dbb hatte sich im Vorfeld dieser Beschlussfassung an die Ministerpräsidenten der Länder gewandt. Er wird diesen Vorschlägen erbittert Widerstand entgegensetzen, weil die Realisierung dieses Konzepts den Rückfall in den Provinzialismus mit dem Ziel einer völligen Zersplitterung des Besoldungs- und Beamtenrechts bedeutet. Insoweit wird daran erinnert, dass Anfang der 70er Jahre die Länder selbst einen Besoldungswettlauf beendet hatten, der damals zu einem völligen Besoldungschaos geführt hatte. Seit über 30 Jahren hat sich die bundeseinheitliche Besoldung bewährt; sie hat Rechtsklarheit und Transparenz geschaffen und einer Rechtszersplitterung entgegengewirkt. In allen Teilen Deutschlands wird ein funktions- und leistungsfähiger öffentlicher Dienst benötigt. Es wäre mehr als fatal, wenn sich die Gebietskörperschaften nunmehr erneut bezahlungs- und statusmäßig gegenseitig Konkurrenz machen könnten.

Für den Bürger wie auch für die betroffenen Beamten ist es unerlässlich, dass vergleichbare Dienstposten derselben Laufbahn bei gleicher Tätigkeit, gleicher Leistung, gleicher Verantwortung und gleicher Arbeitslast weiter grundsätzlich auch einheitlich besoldet werden. Der von den Ländern jetzt avisierte Weg für den öffentlichen Dienst stellt nicht nur einen Rückschritt für das Berufsbeamtentum dar. Vielmehr wird hier ein Weg eingeschlagen, das Berufsbeamtentum in einer Weise unattraktiv zu machen, dass Dienst- und Treueverhältnis nicht mehr in einem Gegenseitigkeitsverhältnis stehen. Der dbb hat kein Verständnis dafür, dass sich die Länder auf den Weg begeben wollen, durch eine Modifikation des Art. 33 Abs. 5 GG auch das gesamte Berufsbeamtentum aufs Spiel zu setzen. *dbb*

Pressemitteilung des Bayerischen Beamtenbundes, 2. April 2003:
Beamtenbund empört über neue Kürzungspläne – Gleichbehandlung gefordert

Pressemeldungen lassen den Bayerischen Beamtenbund (BBB) erneut an der Haltung der Staatsregierung zum Berufsbeamtentum zweifeln, so BBB-Chef Rolf Habermann zu den Berichten, wonach geplant sei, das Tarifergebnis des öffentlichen Dienstes in Bayern dergestalt umzusetzen, dass die Anpassung um vier Monate verschoben und durch eine Kürzung des Weihnachtsgeldes sowie Streichung des Urlaubbegeldes finanziert werden soll. Das laufe – wenn so beschlossen werde – auf die groteske Situation hinaus, dass Beamte und Versorgungsempfänger die ihnen nach dem Gesetz zustehende Anpassung durch Einkommenseinbußen selbst finanzieren müssten.

Es sei auch mehr als befremdend, so Rolf Habermann, dass die Staatsregierung, die nicht müde werde, ihre Verbundenheit mit dem Berufsbeamtentum zu bekunden, nun erneut tiefe Einschnitte zu Lasten der Beamtenenschaft erwäge, die weit über das hinausgehen, was der Sozialdemokrat Otto Schily beabsichtige. Dieser habe mehrfach die Übertragung des Tarifergebnisses 2003/2004 auf Beamte und Versorgungsempfänger für wün-

schenswert erachtet. Der in seinem Haus vorbereitete Entwurf sehe nur eine zeitliche Verschiebung von zwei Monaten vor. Auch sei von einer weiteren Kürzung der Weihnachtzuwendung und Streichung des Urlaubbegeldes nicht die Rede.

„Die Staatsregierung stößt an die Grenzen ihrer Glaubwürdigkeit“ stellt BBB-Chef Rolf Habermann fest, „wenn sie einerseits bekundet sie halte an der Gleichbehandlung der Beschäftigtengruppen des öffentlichen Dienstes fest, andererseits aber erneut konkret beabsichtige, Beamte deutlich schlechter zu stellen als Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes“. Rolf Habermann erinnert daran, dass die Staatsregierung die erste Landesregierung gewesen sei, die allein den Beamten sowohl eine höhere Wochenarbeitszeit wie auch höhere Lebensarbeitszeit zudiktiert habe. Beim Bund und im Arbeitnehmerbereich gelte noch heute die 38 1/2-Stundenwoche.

Der BBB-Vorsitzende Rolf Habermann bedauert ausdrücklich, dass die Staatsregierung die vom Beamtenbund ausgestreckte Hand ausgeschlagen habe, als es darum ging, eine Lö-

sung der aktuellen Finanzprobleme zu finden. „Was will die Staatsregierung Ihren Beamtinnen und Beamten noch zumuten, nachdem sie erst Ende des vergangenen Jahres massive Kürzungen im Haushaltsgesetz 2003/2004 verankert hat?“, empört sich der BBB-Vorsitzende.

In seiner heutigen Sondersitzung habe der BBB-Vorstand einstimmig beschlossen, im Zuge eines Aktionsplans alle sich bietenden Möglichkeiten, um das geplante Vorhaben zu Fall zu bringen, auszuschöpfen. Er habe ein unverzügliches Spitzengespräch mit dem Finanzminister unter Berufung auf Art. 104 des Bayerischen Beamtengesetzes beantragt. Auch fordere er eine Aussprache mit dem Ministerpräsidenten. Immerhin gehe es um die Wahrung eines gesetzlichen Anspruchs auf Teilhabe, der mit einer solchen Planung gravierend verletzt werde. Auch sei es politisch kurzsichtig, die Beamtenschaft erneut zu desavouieren. Das sei Gift für die Leistungsbereitschaft und schrecke qualifizierte Bewerber ab. „Der BBB appelliert an die Bayerische Staatsregierung, diese Pläne nicht weiter zu verfolgen“, so Rolf Habermann.

Für Nachfragen stehen zur Verfügung: Anette Egle, Tel. (089) 55 25 88-10 und Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes e.V. (0171) 2 31 89 08.

Das Thema in den Tagespressen.



Schreiben des VLB an den Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Herrn Alois Glück, 3. April 2003

„Zukunft der Schule – Schule der Zukunft“

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Glück,

herzlichen Dank für die Übersendung der sehr informativen Broschüre mit dem Beschluss der CSU-Landtagsfraktion zum o.g. Thema vom Januar 2003.

In Punkt 7 fordern unter Sie unter dem Stichwort „mehr Durchlässigkeit und neue Wege zur Hochschulreife“ die Einführung einer 13. Klasse an Fachoberschulen.

Obgleich wir Ihrer Intention, das berufliche Schulwesen durchlässiger zu gestalten zustimmen, müssen wir darauf hinweisen, dass Sie mit der in Punkt 7 geäußerten Absicht eine allseits anerkannte Besonderheit des bayerischen Schulwesens konterkarieren. Unsere Berufsoberschule (BOS) ist durch ihre Berufsbezogenheit bundesweit das einzige Modell mit einem eindeutigen beruflichen Bezug und damit ein sehr erfolgreiches Vorzeigebildungsobjekt nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Wie stark die BOS auch in Bayern mit ihrer fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife anerkannt ist, beweisen die stetig steigenden Schülerzahlen. Waren es zur Zeit der Reform der beruflichen Oberstufe vor ca. sechs Jahren knapp 2000 Schüler/innen, so sind es heute mehr als 12000 mit steigender Tendenz. Als Berufsverband erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass sich insbesondere aus diesem Schülerkreis unser Lehrernachwuchs rekrutiert.

Im Sinne der Durchlässigkeit müssen wir darüber hinaus noch darauf hinweisen, dass auch unsere Fachschulen (Techniker- und Meisterschulen) und Fachakademien den Zugang zur Hochschule ohne große Hürde ermöglichen.

Der in der o.g. Broschüre geforderte Weg, über die 13. Klasse der Fachoberschule zur fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife zu gelangen, birgt die Gefahr, dass er in Form eines „Billig-Abiturs“ die bewährte bayerische Leistungsorientierung verwässert. Darüber hinaus geben wir zu bedenken, dass die bayerischen Fachoberschulen mit ihrer Ausrichtung auf das Studium an der Fachhochschule ein eigenständiges Profil haben.

Der VLB steht dem in der Öffentlichkeit wiederholt geäußerten Vorwurf, Bayern rekrutiere zu wenig Hochschulberechtigte, im Übrigen sehr skeptisch gegenüber. Nicht die reine Anzahl von Abiturienten ist u. E. ein Qualitätszeichen für das Bildungssystem, sondern dessen Differenziertheit und Vielschichtigkeit, mit denen man auf die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft reagiert. Diesbezüglich haben wir in Bayern sicherlich keinen Grund zur Klage.

Sollten Sie dennoch Veränderungsbedarf an der beruflichen Oberstufe sehen, so könnten wir uns folgende Maßnahmen vorstellen:

- *Ausbau der Berufsoberschulen hinsichtlich der Standorte und Ausbildungsrichtungen. Somit würde ein echter beruflicher Bildungsweg gefördert.*
- *Einführung von doppelqualifizierenden Bildungsgängen. Hierzu gehört auch die Überlegung, ob Fachoberschulabsolventen nicht durch ein weiteres praktisches Jahr die Möglichkeit zur Ablegung der Gesellen- oder Facharbeiterprüfung eröffnet wird. Damit wäre eine bessere Abfederung im Falle gewährt, falls die jungen Leute an der Hochschule scheitern.*
- *Einführung von beruflichen Gymnasien. Diese haben sich im Nachbarland Baden-Württemberg stark etabliert und sich als sehr erfolgreich erwiesen. Inzwischen kommen dort über 30 % der Abiturienten eines Jahrgangs über sie.*

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie eine falsche Weichenstellung für Bayern verhindern könnten und wenn bei der beruflichen Oberstufe alle Alternativen vorher ausgiebig erörtert und bewertet würden.

Für weitere Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

*H. Sauerwein, OStD
Landesvorsitzender*

Schreiben des VLB an Staatsministerin Monika Hohlmeier, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 3. April 2003

Personalversorgung an Fachoberschulen und Berufsoberschulen

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hohlmeier,

nach Abschluss der Anmeldungen für das kommende Schuljahr muss festgestellt werden, dass sich die Fachoberschulen und Berufsoberschulen in Bayern weiterhin einer hohen Akzeptanz erfreuen. Zuwachsraten in der 11. Jahrgangsstufe der Fachoberschule von über 20 % und der 12. und 13. Klassen der Berufsoberschule von über 15 % liegen weiter über den prognostizierten Zahlen. Darüber hinaus ist das Übertrittsverhalten in die 13. Jahrgangsstufe der BOS angestiegen.

Soweit das Erfreuliche. Bezogen auf die Lehrerversorgung müssen wir jedoch feststellen, dass das Budgetdefizit des laufenden Schuljahres (ca. 8,6 %) sich, wenn nichts Außergewöhnliches geschieht, im nächsten Jahr wiederum wesentlich erhöhen wird.

Die Lage an der beruflichen Oberstufe ist somit personell sehr angespannt. Kürzungen im Bereich des Pflichtunterrichts waren teilweise nicht zu vermeiden. Das Angebot an Wahl- und Ergänzungsunterricht, der gerade im Hinblick auf die Ziele der inneren Schulentwicklung und wegen der sehr unterschiedlichen schulischen Herkunft der Schüler an der beruflichen Oberstufe besonders wichtig ist, musste auf ein äußerst bescheidenes Maß beschränkt werden. Angesichts der neuen Situation droht eine dramatische Verschlechterung, abgesehen von den teilweise sehr hohen Klassenstärken.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir bitten insbesondere für die beruflichen Schulen – als Nahtstelle zwischen Schul- und Beschäftigungssystem – einigermaßen vergleichbare Verhältnisse mit anderen Schularten Bayerns zu schaffen. Es besteht sicherlich allgemeiner Konsens, dass die Ausbildungsbedingungen und damit die Lernchancen der jungen Menschen in der beruflichen Oberstufe aufgrund jahrelanger falscher Prognosen nicht beeinträchtigt werden dürfen. Auch im Sinne der Gleichwertigkeit des beruflichen und des allgemeinbildenden Bildungsweges muss hier gehandelt werden.

Um dem zu erwartenden Schüleransturm des kommenden Schuljahres in der beruflichen Oberstufe gerecht zu werden, benötigen wir zusätzlich 150 Stellen. Damit könnte die größte Not abgewendet und vergleichbare Lern- und Bildungschancen zwischen den Schularten hergestellt werden.

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen appelliert mit Nachdruck an Sie, alles Notwendige in die Wege zu leiten, um die Situation spürbar und nachhaltig zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

H. Sauerwein, OStD
Landesvorsitzender

Schreiben des VLB an Staatsministerin Monika Hohlmeier, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 3. April 2003

Unterrichtspflichtzeit für Fachlehrer beim Einsatz in Lernfeldern

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hohlmeier,

die bayerischen Lehrpläne für die beruflichen Schulen sind zunehmend nach Lernfeldern strukturiert. Dabei ergibt sich – abhängig von der Lehrerversorgung der einzelnen Schule – ein verstärkter Einsatz der Fachlehrer in ungeteilten Klassen.

Seit längerem sind wir mit der Abteilung VII Ihres Hauses im Gespräch darüber, dass der Einsatz des Fachlehrers von z. B. 8 UStd./Woche in der gesamten Klasse eine spürbare Höherbelastung darstellt und somit eine Reduzierung des Pflichtstundenmaßes um mindestens 1 UStd./Woche rechtfertigt.

Eine vergleichbare Regelung besteht bereits für Lehrer im höheren Dienst in umgekehrter Richtung. Ein Lehrer, der z. B. 6 WStd. Sport unterrichtet wird mit einer UStd./Woche mehr belastet.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir bitten diese eklatante Ungleichbehandlung abzustellen, um das Arbeitsklima und den Betriebsfrieden in den beruflichen Schulen nicht noch weiter zu belasten.

Wir hoffen auf eine positive Entscheidung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

*H. Sauerwein, OStD
Landesvorsitzender*

Schreiben des VLB an Staatsministerin Monika Hohlmeier, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 3. April 2003

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hohlmeier,

wie wir erfahren haben, beabsichtigen Sie, die einvernehmlich durch die Sozialpartner beschlossene Neuordnung der Ausbildungsberufe Bäcker und Konditoren ab Herbst 2003 in Bayern nicht umzusetzen.

Wir halten diesen Schritt für ungerechtfertigt, weil damit

- *den Jugendlichen in diesen Berufen ein Teil der im Rahmenlehrplan zugrunde gelegten Unterrichtszeit und damit Teilgebiete des Lehrstoffes vorenthalten werden,*
- *die Vergabe des mittleren Schulabschlusses durch die Berufsschule dann für diesen Personenkreis nicht möglich wäre (laut KMK-Beschluss sind hierfür 12 WStd./Jahr über die gesamte Ausbildungszeit erforderlich),*
- *ein Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip vorläge, zumal der genannte Personenkreis erfahrungsgemäß zum leistungsschwächeren Teil der Jugend im Beruf gehört.*

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir appellieren an Sie, den Forderungen des Handwerks nicht nachzugeben und diesen Jugendlichen die gleichen Bildungschancen wie allen anderen zu ermöglichen.

Wir könnten uns durchaus vorstellen, mit flexiblen Organisationsmodellen über die gesamte Ausbildungszeit hinweg dem Handwerk entgegenzukommen.

Mit freundlichen Grüßen

*H. Sauerwein, OStD
Landesvorsitzender*

Reform der Ausbildungsordnung für Bäcker und Konditoren

Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Herrn MR Dr. Vorleuter, 10. März 2003

Sehr geehrter Herr Dr. Voleuter,

die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl) sieht durch die Veränderungen im Bereich der Mehrarbeitsvergütung eine nicht erforderliche Verschlechterung der bestehenden Arbeitsbedingungen und – in Zeiten erheblichen Lehrermangels – ein falsches Signal bei Anwerbeversuchen von Lehrkräften.

Die Verlängerung der Ausgleichszeit für geleistete Mehrarbeit von bisher drei Monaten auf ein Jahr für staatliche Schulen widerspricht dem Grundsatz des zeitnahen Ausgleichs und ist zudem für Schulen verwaltungstechnisch kaum umsetzbar. Das liegt vor allem daran, dass sich die Verteilung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte am Schuljahr orientiert und nicht – wie in allen anderen Bereichen der Verwaltung – am Kalenderjahr.

Mehrarbeitsvergütung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen

In diesem Zusammenhang sind auch die Aussagen aus Abschnitt 3 einzubeziehen, in dem davon die Rede ist, „dass künftig ein Freizeitausgleich die Regel sein wird und die Vergütung der Mehrarbeit die Ausnahme“. In Schulen erzeugt Freizeitausgleich in der Regel Unterrichtsausfall, der wiederum von Seiten des Staatsministeriums nicht gewollt ist.

In Bereichen der inneren Verwaltung sind vergleichbare Rahmenbedingungen im Arbeitsablauf nicht vorhanden. Es ist deshalb wünschenswert, wenn für staatliche Schulen eine praktikable und für die Beschäftigten akzeptable Lösung gefunden werden kann, die vor allem die Komponenten Zeitnähe und Versteuerung im Blick haben. Eine eventuell erforderliche gebündelte Nachzahlung bringt für einige Betroffene eine Steuerprogression mit sich, die sich bei den sowieso sehr geringen Sätzen der Mehrarbeitsvergütung doppelt nachteilig auswirkt.

Unklar erscheint in diesem Zusammenhang auch die abschließende Formulierung im Absatz 3 des Schreibens vom 18. 12. 2002. Wer – so stellt sich die Frage – stellt wie und wann fest, dass es im laufenden Jahr keine Möglichkeit zum Freizeitausgleich gibt und deshalb die Zahlung einer Mehrarbeitsvergütung zu veranlassen ist? Wenn diese Zahlung „nachträglich zum jeweiligen Quartalsanfang in die Wege geleitet werden“ soll, so müsste z.B. ein Schulleiter bereits im Februar d. l. J. feststellen, dass bis zum Dezember d. l. J. ein Freizeitausgleich nicht möglich ist. Dies ist faktisch nicht möglich und stünde zudem in erheblichem Widerspruch zur bereits erwähnten Aussage, „dass künftig ein Freizeitausgleich die Regel“ sein soll.

Zusätzlich sieht die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl) folgende zwei Punkte, die der derzeitigen Regelung im Bereich der Mehrarbeit entgegenstehen:

Bereits bei der Einführung des Arbeitszeitkontos wurde mit der Streckung des Umsetzungszeitraumes eine erhebliche Verunsicherung bei den Beschäftigten ausgelöst, die sich bis heute nicht abbauen ließ. Die emotionale Frage der Glaubwürdigkeit spielt in diesem Zusammenhang immer noch eine große Rolle. Es besteht die Gefahr, dass die jetzige Form der Mehrarbeitsvergütung ein weiterer Faktor der Verunsicherung wird. Und es ist besonders hervorzuheben, dass zunehmend die bisher so engagierten Kolleginn und Kollegen verunsichert werden.

Mit großer Regelmäßigkeit geht der Blick in die so „freie Wirtschaft“. Dies kann nicht nur mit dem Ziel der Mehrbelastung gelten. Die dort möglichen „Vergütungsfaktoren“ sollen an dieser Stelle nicht erwähnt werden – wobei hier schon auch der Grundsatz „die Guten stärken“ erwähnt sein muss. Es ist aber doch zu bedenken, dass es gerade in der „freien Wirtschaft“ strikte Regelungen zum Abbau der Mehrarbeit, sprich Überstunden gibt. Im überwiegenden Teil der Betriebe gilt eine enge Monatsregelung, die nur mit Genehmigung des Personalstellenleiters um einen weiteren Monat ausgedehnt werden darf. Der zeitnahe Ausgleich in Hinblick auf eine möglichst regelmäßige Arbeitszeitverteilung wird hier immer wieder als Argument angeführt. Dies sollte auch und gerade für Lehrkräfte gelten.

Die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl) bittet deshalb dringend darum, die bisherige Drei-Monats-Regelung für den Bereich der staatlichen Schulen beizubehalten und zudem deutlich zu machen, dass der vom Staatsministerium favorisierte Weg über den Freizeitausgleich auch mit Unterrichtsausfall verbunden sein kann.

Mit freundlichen Grüßen

*Bernhard Buckenleib
Sprecher der abl*

Für jeden Schüler einen Laptop:

„i lern“ – die Laptop- initiative der Stiftung Bildungs- pakt Bayern



KLEMENS M. BROSIG

„In bayerischen Klassenzimmern kann jetzt ein neues Laptop-Zeitalter beginnen...“, so eröffnete Kultusministerin Monika Hohlmeier auf der Bildungsmesse in Nürnberg eine neue Initiative der Stiftung Bildungspakt Bayern. Diese stellt in Kooperation mit fünf führenden Herstellern (Apple, Fujitsu Siemens Computers, HewlettPackard, IBM und Toshiba) bayerischen Schulklassen einen hochmodernen Laptop in einer standardisierten Konfiguration zu einem Sonderpreis von 1000,- Euro pro Stück zur Verfügung. Die Laptops sollen von den SchülerInnen selbst, bzw. von den Eltern erworben werden. Sie sind also nicht mehr das Eigentum der Schule, sondern jeder Schüler, jede Schülerin bekommt einen eigenen Laptop. Das Angebot richtet sich an komplette Klassen oder Kurse sowie deren Lehrkräfte. Die Regelungen für den Support können mit den Anbietern individuell vereinbart werden. Nicht nur schulische Vollzeitklassen sollen davon profitieren, auch im Teilzeitunterricht der Berufsschule ist ein Einsatz denkbar.

Die Initiative mit dem Namen „i lern“ (hier lässt ein wenig die Lederhose grüßen ...) soll an das E-learning erinnern und heißt auf bayerisch ein-

fach „ich lerne“. „Der Einsatz neuer Medien ist natürlich kein Allheilmittel für einen guten Unterricht...“, betonte Kultusministerin Hohlmeier bei der Vorstellung des Projektes in Nürnberg.

Das Angebot der Stiftung, das selbstverständlich auch für Lehrkräfte gilt, ist freiwillig und kann ab sofort geordert werden. Voraussetzung ist, dass sich eine ganze Klasse mit dieser neuen Art von Unterricht beschäftigen möchte und auch die notwendige Computer-Erfahrung hat. „Die Initiative „i lern“ ist ein Modell für alle, die mit Laptops im Unterricht arbeiten möchten“, sagte Hohlmeier. Die Stiftung achte besonders darauf, dass auch solche Schülerinnen und Schüler am Projekt teilnehmen könnten, für deren Eltern es aus finanziellen Gründen unmöglich sei, ein Laptop zu kaufen, es ist ausdrücklich kein Modell für Besserverdienende. Das Gerät als Eigentum des jeweiligen Nutzers bietet zudem die Gewähr für einen sorgsam Umgang und reduziert Missbrauch wie z.B. mutwillige Beschädigung auf ein Minimum.

Für die Beschaffung der Laptops sind verschiedene Modelle denkbar wie Barkauf, kreditfinanzierter Kauf, Ansparen über mehrere Jahre oder Leasing. Die Finanzierung sollte in Absprache mit regionalen Partnern (Kreditinstitute, Förderverein, weitere externe Partner) gestaltet werden. Erfolgreiche Finanzierungsmodelle werden interessierten Schulen zur Verfügung gestellt. Für soziale Härtefälle hat die Stiftung in Zusammenarbeit mit den Hardwarepartnern einen eigenen Pool eingerichtet und hilft bei der Finanzierung.

Es handelt sich hierbei nicht um eine einmalige Initiative der Stiftung Bildungspakt Bayern, „sondern um

ein auf Dauer angelegtes Angebot...“, erläuterte die Geschäftsführerin der Stiftung, Ministerialrätin Regina Pötke anlässlich der Präsentation dieser „Laptop-Initiative“ vor den Vertretern der Lehrerverbände.

„Der Laptop als persönliches „Lernwerkzeug“, das an verschiedenen Lernorten zur Verfügung steht und sie synergetisch miteinander verknüpft, ist sicher eine der interessantesten Zukunftsperspektiven individuellen Lernens“, so Pötke. Allerdings soll der Gebrauch des Laptops in keinem Fall traditionelles Lernen verdrängen, sondern ergänzen. Daher ist es durchaus von Vorteil, wenn die SchülerInnen auch eine kritische Auseinandersetzung durch Lehrkräfte in der Anwendung dieses Mediums erfahren. Etwa ein Drittel des Unterrichts sollte aber ein DV-orientierter Einsatz sein.

Unterrichtsmodelle für Laptop-Klassen stehen in vielfältiger Form und gut dokumentiert zur Verfügung, dennoch sollten Lehrkräfte, die Klassen betreuen, über Vorerfahrungen mit dem Einsatz von Computern im Unterricht verfügen. Zusätzlich wird die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen praxisorientierte Fortbildungsmodulare für die teilnehmenden Schulen anbieten.

Der Einsatz von Computern im Unterricht hat sich stets am pädagogischen und fachlichen Mehrwert zu orientieren. Ein mobiler Rechner ist keineswegs die Lösung aller unterrichtlichen und erzieherischen Probleme. Mobil vernetztes Lernen bietet aber – neben der erweiterten medialen Kompetenz – die viel versprechende Chance individuell zugeschnittener Lernkonzepte und damit eine Weiterentwicklung traditioneller Unterrichtsmodelle.

Aus zahlreichen einschlägigen Modellversuchen sind die Effekte des Lernens mit Laptops bereits recht gut bekannt:

- Unterricht und häusliches Lernen können gezielter auf den individuellen Lerntyp zugeschnitten und miteinander verknüpft werden;
- das Lernverhalten der Schüler verändert sich hin zu mehr Eigeninitiative und Selbststeuerung;
- Kommunikationsmöglichkeiten, die den meisten Schülerinnen und Schülern bereits aus dem privaten Bereich bekannt sind, können sinnvoll für den Unterricht genutzt werden; die Kompetenz in der Verwendung des Computers als Werkzeug wird gefördert;
- die häufig zu beobachtenden Unterschiede im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnik zwischen Jungen und Mädchen gleichen sich aus.

Diese positiven Effekte können optimal genutzt werden, wenn eine komplette Klasse und ihre Lehrkräfte mit dem Laptop als selbstverständlichem Werkzeug ausgerüstet sind. Dabei sollten sich die Klassen und Kurse jeweils gemeinsam für das gleiche Fabrikat aus der zur Verfügung stehenden Auswahl entscheiden.

Natürlich bedarf es bestimmter Rahmenbedingungen, um den sinnvollen Einsatz der Laptops im Unterricht zu gewährleisten. Für den Einsatz der Laptops in der Schule sollten die folgenden technischen Bedingungen erfüllt sein (in jedem Fall muss das Einvernehmen mit den Sachaufwandsträger hergestellt werden):

- vernetzte Klassen- bzw. Fachräume LAN mit Server und Clients (100MBit/s) oder Wireless LAN mit Access-Points;
- 1 MBit-ADSL-Leitung;
- Netzanbindung der Laptops in der Schule (Intra- und Internet);
- Möglichkeit zur sicheren Aufbewahrung der Laptops in der Schule, wenn sie nicht im Einsatz sind;
- Möglichkeit zum Laden der Akkus bzw. zum Anschluss an das Stromnetz;
- Beamer zur Projektion im Klassenraum.

Für den Einsatz zu Hause sowie für die Lernortverknüpfung ist ein privater Internetzugang (mind. ISDN oder besser DSL mit Flatrate) einzurichten, der natürlich weitere Kosten verursachen kann.

Klassen und Lehrer, die das Angebot wahrnehmen möchten, können sich seit 1. April 2003 über die Homepage der Stiftung www.bildungspakt-bayern.de anmelden. Dort gibt es auch nähere Informationen zu dieser begrüßenswerten Initiative. Für die ersten zehn Klassen, die sich zu dem

Projekt anmelden, wurde ein Überraschungspaket geschnürt. So gibt es für die Schule kostenlos ein „Intelli-Board“, eine Art elektronische Wandtafel, und verschiedene Softwarepakete.

Am Projekt „i lern“ teilnehmende Schulen müssen bereit sein, in einem gemeinsamen Netzwerk Erfahrungen auszutauschen und gelungene Modelle zu dokumentieren. Das Netzwerk sowie regelmäßige Treffen der Schulen werden von der Stiftung Bildungspakt Bayern organisiert. <

Akademie will Reform der Rechtschreibreform

Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung hat auf der Leipziger Buchmesse einen Kompromissvorschlag zur Reform der Rechtschreibreform vorgestellt. „Wir wollen damit ein schlimmes Kapitel deutscher Kulturpolitik beenden“, so Aussagen seitens der Akademie. Mit den Vorschlägen soll die Einheit der deutschen Rechtschreibung wiederhergestellt werden. Das rund 140 Seiten umfassende Buch wurde von der Rechtschreibkommission der Akademie erarbeitet und soll das Beste von alter und neuer Rechtschreibung verbinden.

„Die neue Rechtschreibung hat mehr Probleme geschaffen, als sie behoben hat.“ Zum ersten Mal sei mit der Rechtschreibreform obrigkeitsstaatlich festgelegt worden, wie zu schreiben sei. Vorher sei die deutsche Rechtschreibung immer sanft geändert worden, ohne Radikalkur.

Der Kompromissvorschlag geht von der neuen Rechtschreibung aus. „Wir übernehmen nicht nur was sinnvoll, sondern auch was ohne nennenswerten Schaden hinnehmbar ist.“ Andererseits bezeichne der Kompromiss aber das, was nicht akzeptiert werden könne. Beispiele seien Merkwürdigkeiten bei der Groß- und Kleinschreibung sowie der Getrennt- und Zusammenschreibung. Nach Einschätzung der Akademie werden alle

gravierenden Einwände gegen die Neuregelung gegenstandslos. Große Kosten für Schulbuchverlage und Steuerzahler entstünden dadurch nicht,

Die Akademie selbst sieht aber nur eine kleine Chance, dass der Kompromiss umgesetzt wird. „Im Moment ist die Diskussion um die Rechtschreibung tot“. So hofft man, dass nach Ende der Übergangszeit 2005 die Rechtschreibreform noch einmal auf die Tagungsordnung der Kultusministerkonferenz kommt.

Zu guter Letzt

In Großbritannien hat ein im SMS-Stil verfasster Schul-Aufsatz für Wirbel gesorgt: Lehrer sehen die Rechtschreib- und Grammatik-Fähigkeiten britischer Schüler auf Grund des SMS-Wahns in Gefahr. „Ich konnte nicht glauben, was ich da sah“, zitierte der „Daily Telegraph“ einen Lehrer. Dieser hatte von einem 13-jährigen Schüler einen Aufsatz im Stil von Handy-Kurzmitteilungen erhalten. „Die Seite war voll mit Hieroglyphen, von denen ich viele schlichtweg nicht übersetzen konnte.“ Der Schüler hatte seinen Aufsatz nahezu vollständig mit Abkürzungen begonnen. Der Aufsatz enthielt auch Buchstabenkombinationen wie „ILNY“ für „I love New York“. *Gefunden von Helmut Stephan in DIE WELT, 4.3.2003* <

Kultusministerin Monika Hohlmeier im Dialog mit Berufsschule Weiden und Unternehmen:

Einblick in Ausbildungskonzept und Bildungsangebot

MICHAEL BÄUMLER

Staatsministerin Monika Hohlmeier stattete der Berufsschule Weiden und ihrem Leiter Heribert Mohr und seinem Kollegium einen Besuch ab und war von dem überschriebenen „normalen Schultag“ an der Bildungsstätte mehr als überrascht. Letztendlich zeigte sich Kultusministerin Hohlmeier aber bestätigt in ihrer Entscheidung der Teilnahme der Berufsschule am ausgewählten Teilnehmerkreis von insgesamt nur 22 Schulen in Bayern am Modellversuch Modus 21. Hierzu wollte man im Rahmen des Besuches einen ersten Zwischenbericht liefern.

Schulleiter Mohr stellte heraus, dass ihn der Schulbesuch sehr freue und für sein Kollegium auch eine besondere Anerkennung darstelle. Zahlreiche Gäste waren unter den Teilnehmern vertreten, so die Vertreter der IHK/IHG und HWK mit Kreishandwerksmeister als auch viele namhafte Unternehmensinhaber und Geschäftsführer.

Die berufliche Ausbildung mit der betrieblichen Realität in Einklang zu bringen und zugleich als innovativer Dienstleister aufzutreten, dies zeichne die Berufsschule aus. Die Ministerin merkte aber auch an, dass Sie die wachsende Spezialisierung der Berufsbilder störe und berufsfeldübergreifende Ausbildung mehr Bedeutung bekommen muss. Dies ist ein Thema, dem sich Wirtschaft und Gewerkschaften widmen müssen, um für Flexibilität am Arbeitsmarkt zu sorgen.

Nach der umfassenden Information der Staatsministerin am Info-Marktplatz mit vielfältigen Themen wie Teileengineering über „Jugend forscht“ bis hin zu Schulpartnerschaften und Betriebskooperationen und Public Relations Team, Mech@troniker und Laptop-Klasse der Bauzeichner, wurden dann in der abschließenden Podi-

Kultusministerin Monika Hohlmeier im Kreise der Schüler, Lehrkräfte sowie Mandatsträgern der Politik (z. B. rechts OB Hans Schröpf)



umsdiskussion – Moderator Thomas Neumann – auch fünf exemplarische Anliegen diskutiert. Themen waren die neuen Rahmenlehrpläne und Lernfelder, die zu starke Differenzierung in verschiedene Berufe, die Versorgung der zunehmenden Zahl von jugendlichen Schulabgängern ohne Ausbildungsverhältnis/-chancen, die freie Klassenbildung innerhalb der Stundenbudgets und die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes im Rahmen der Vereinfachung von Statistiken und Erhebungen.

Herausgegriffen wurde besonders die Problematik fehlender Ausbildungsplätze (etwa 500 Jugendliche in der Region laut Prognosen des Arbeitsamtes Weiden) und die Diskrepanz zwischen Erfüllung des originären Angebots an Fachunterricht für Jugendliche mit Ausbildungsverhältnis gegenüber der Beschulung arbeitsloser junger Menschen mit bestehender Berufsschulpflicht.

Diese Thematik, damit auch verbunden die zukünftig ausfallenden Möglichkeiten der Finanzierung von entsprechenden Maßnahmen durch das Arbeitsamt, erkannte Kultusministerin Hohlmeier als dringlich an. Jedoch bemerkte sie auch, dass vielfach zu negative Prognosen vorab in die öffentliche Diskussion gestellt werden. Ferner verwies Monika Hohlmeier auch darauf, dass hinsichtlich der Finanzierung von Arbeitsmaßnahmen

einmal mehr Konsequenzen zu erkennen sind, die auf die seit 2000 betriebene Steuerpolitik der Bundesregierung zurückzuführen seien. Es könne auch nicht sein, dass sich der Bund auf Kosten des Freistaats und seiner Kommunen entlaste. Die Staatsministerin will

aber in ihrem Hause prüfen lassen, welche Möglichkeiten trotz eingeschränkten Finanzspielraums möglich seien (Einrichtung von einjährigen Berufsfachschulen) oder ob nicht Ersatzfinanzierungen über den Arbeitsmarktfonds oder andere europäische Fördermittel und Programme in Anspruch genommen werden können.

Beim Thema neue Rahmenlehrpläne und Lernfelder war sich Staatsministerin Hohlmeier mit den Lehrkräften sehr schnell einig, dass in der einführenden Jahrgangsstufe 10 an Berufsschulen weiterhin ein Festhalten an der Fachsystematik zweckmäßig erscheine und erst anschließend ein Überleiten in Lernfelder sinnvoll ist. „Diese Möglichkeit, einzelne Lernfelder auch fachsystematisch zu strukturieren, ist aus gutem Grund auch in den KMK-Richtlinien zur Erarbeitung von Lehrplänen vorgesehen, wird aber leider nicht genutzt!“, fügte StD Thomas Neumann an. Die Ministerin versprach sich diesem Anliegen anzunehmen und eine Lösung herbeizuführen.

Abschließend dankte Staatsministerin Hohlmeier dem Team der Berufsschule für Ihr Engagement und sprach ihre Anerkennung aus, für den Mut der Schule, sich an dem neuen Modellversuch „Modus 21“ und auf den Weg in ein neues Bildungszeitalter zu beteiligen und damit harte Pionierarbeit zu leisten. <

Dateien und Programme aus dem Netz:

So gelingt jeder Download

In Zusammenarbeit mit Computer easy

MARGIT HOFGÄRTNER

Der neueste Trend heißt Download: Immer mehr Programme können Sie kostenlos oder als Testversion aus dem Internet herunterladen. Wenn Sie folgendes beachten, handeln Sie sich dabei keinen Ärger mit langsamen Verbindungen, abgebrochenen Downloads oder böswilligen Zeitgenossen ein:

Download-Manger: Ambitionierte PC-Anwender verwenden Download-Manger (siehe unten). Die cleveren Tools sind mit einer Vielzahl von nützlichen Funktionen ausgestattet: Sie nehmen abgebrochene Downloads wieder auf oder laden große Dateien in mehreren Päckchen herunter. Per Zeitsteuerung können Sie auch Ihren PC anweisen, die Dateien nachts herunterzuladen.

DSL: Besonders mühelos gelingen Downloads mit einer schnellen Internet-Verbindung wie DSL. Wer häufig Daten herunterlädt, sollte den Wechsel in Betracht ziehen. Eine Übersicht günstiger Tarife finden Sie unter www.teltarif.de.

FTP: Immer häufiger werden FTP-Downloads (File Transfer Protokoll) angeboten. Die schnellen Server werden nur für die Datenübertragung eingerichtet.

Virenschutz: Egal, ob Sie Tools, Treiber oder Musik herunterladen – Viren lauern überall. Ein Virenschoner wie Antivirenschutz 12 (www.gdata.de) ist also Pflicht. Manche zweifelhafte Download-Anbieter versuchen auch, ihren Besuchern teure 0900-Dialer unterzububeln. Lesen Sie alle Beschreibungen und Pop-up-Fenster sorgfältig durch und klicken Sie im Zweifelsfall auf „Abbrechen“.

Top-Adressen im Netz

Um sich regelmäßig aktuelle Treiber und Shareware-Programme zum Ausprobieren zu besorgen, sollten Sie die richtigen Anlaufstellen im Internet kennen:

Eine der beliebtesten deutschen Download-Seiten ist die Homepage von Chip (www.chip.de). Hier finden Sie nicht nur die aktuellsten Programme, sondern auch informative Beschreibungen, handfeste Tipps und jede Menge Praxis-Kurse.

Eine weitere ergiebige Anlaufstelle ist die amerikanische Seite Tucows (www.tucows.com). Alle Downloads werden auf deutschen Seiten gespiegelt – schnelles Herunterladen ist also garantiert.

Wenn Sie auf der Suche nach aktuellen Treiber-Dateien sind, liegen Sie mit www.treiber.de richtig. Hier finden Sie – übersichtlich nach Marke und Gerätetyp geordnet – direkte Links zu den Download- und Support-Bereichen der Hersteller.



Getright: Manager ohne Spion

Getright ist ein pfiffiger Download-Manager mit vielen Extras. Das Tool findet Spiegelserver, setzt abgebrochene Downloads fort und bietet eine Zeitsteuerung. Auf Spionagekomponenten wird ganz verzichtet. Die Shareware kostet 25 Euro. www.getright.com



Flashget: Schneller geht es nicht

Flashget erledigt den Download von größeren Dateien blitzschnell: Das Tool zerlegt die Dateien einfach in kleinere Päckchen und lädt sie gleichzeitig herunter. Nachteil: Die integrierte Spyware lässt sich nicht deaktivieren. Flashget kostet 15 Euro bei Registrierung. www.amazesoft.com



Leechget: Gratis-Tool für Downloads

Das noch relativ unbekannt Tool hat einige Vorteile: Es ist kostenlos und verzichtet trotzdem auf Spionagekomponenten. Es lässt sich sehr einfach bedienen und ist deshalb vor allem für Einsteiger geeignet. Assistenten helfen bei der Planung von Downloads. www.leechget.de

Ja, ich möchte Computer easy regelmäßig beziehen! Zusätzlich erhalte ich eine Gratis-CD meiner Wahl im Wert von 24,99 Euro.

Vorname/Name Geburtsdatum

Straße/Nr. PLZ/Ort

E-Mail Telefon

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

Bequem und bargeldlos per Bankeinzug Geldinstitut

Konto-Nr. BLZ

per Rechnung

Einfach bestellen: per Telefon 0781/639 45 31
per Fax 0781/639 45 27
per E-Mail computer-easy@burdadirect.de
per Post Computer easy Aboservice
Postfach 227 • 77649 Offenburg

Ich möchte Computer easy regelmäßig zum Preis von Euro 2,30 pro Ausgabe für mindestens ein Jahr beziehen. Danach kann ich jederzeit beim Computer easy-Aboservice (Postfach 225, D-777649 Offenburg) kündigen. Mit Geld-zurück-Garantie für bereits bezahlte, aber noch nicht gelieferte Ausgaben. Die Auslieferung der Gratis-CD-ROM erfolgt sofort nach Zahlungseingang.

Datum Unterschrift 40647VLBPL



Exklusiv für VLB-Mitglieder:

VLB-Mitglieder erhalten bei Bestellung eines Computer easy-Jahresabos gratis eine CD-ROM ihrer Wahl im Wert von 24,99 Euro:

- Digitale Arbeitsblätter Word (0078)
 Digitale Arbeitsblätter Excel (0079)
 Digitale Arbeitsblätter Windows (0080)

- Kompakt, aktuell, unterrichtsnah
- Alle 14 Tage das Wichtigste für PC-Anwender!
- 32 Seiten Workshops zum Sammeln
- 16 Seiten vollgepackt mit Tipps & Tricks
- Schritt für Schritt-Anleitungen mit großen Abbildungen
- Alle wichtigen Begriffe erklärt
- Vergleichstests aktueller Hard- und Software
- Das Neueste aus der Online-Welt

DIGITALE ARBEITSBLÄTTER



Vorlagen für den Unterricht

**Microsoft Word
30 Workshops
Bestellnummer 66 13 629; 24,99 Euro**

KURSE FÜR WINDOWS, WORD UND EXCEL

Jede CD enthält 30 Workshops im PDF-Format. Die Dateien sind nicht schreibgeschützt, Sie können die Seiten also mit Adobe Acrobat nach Wunsch an Ihren Unterricht anpassen.



**Microsoft Windows
30 Workshops
Bestellnummer
66 13 612
24,99 Euro**



**Microsoft Excel
30 Workshops
Bestellnummer
66 13 636
24,99 Euro**

SCHRITT FÜR SCHRITT ZUM ERFOLG: Mit den praxisnahen Workshops von *Computer easy* lernen Tausende Leser den PC kennen – und das ganz mühelos.

Ab sofort gibt es eine Sammlung der besten Kurse zu Word, Excel und Windows auf CD-ROM. Die Schulungsmaterialien für den lösungsorientierten Unterricht können Sie einfach ausdrucken, am PC präsentieren oder auf Wunsch sogar verändern. Eine flexible Vorlage für alle, die PC-Wissen professionell vermitteln.

PER E-MAIL: CE-Service@styxpost.de
PER FAX: 0 89-9 03 07 48
PER TEL: 0 89-9 03 06 40
PER POST: Computer easy-Service;
c/o STYX Marketing GmbH
Friedenstr. 9; 85609 Aschheim
*Versandkostenanteil: 3,10 Euro
Bei einer Bestellung ab 25 Euro
entfallen die Versandkosten

Landesverband

8. Bayerischer Wirtschaftsschultag:

„Der Weg zum Erfolg“

BERNHARD ZELLER / MARTIN RUF

Am 5. April fand in Nürnberg der mittlerweile traditionelle Wirtschaftsschultag statt. Als Veranstalter fungierte die ARGE Bayerische Wirtschaftsschule, ein Zusammenschluss von VLB (Verband der Lehrer an beruflichen Schulen), DBW (Direktorenvereinigung), LEV (Landeselternvereinigung) und VDP (Verband Deutscher Privatschulen).

Der Vormittag

Grußworte

Die Festveranstaltung konnte in feierlichem Rahmen im Historischen Rathausaal durchgeführt werden. Friedrich Böhmer, Leiter der städtischen Wirtschaftsschule Nürnberg, der mit seinen Lehrkräften den Tag in vorbildlicher Weise plante und betreute, konnte in seiner Eröffnungsansprache alle Vorsitzenden der ARGE Bayerische Wirtschaftsschule – Hermann

Sauerwein (VLB), Elmar Tittes (DBW), Christiane Rieger (LEV) und Gustav Huber (VDP) – so wie eine große Anzahl weiterer Gäste begrüßen. Der Schulreferent der Stadt Nürnberg, Dr. Dieter Wolz, „outete“ sich ebenso wie der 1. Bürgermeister, Horst Förther, als Freund der Wirtschaftsschule. Während Dr. Wolz als ehemaliger Lehrer der Wirtschaftsschule Nürnberg und als Leiter der Wirtschaftsschule Erlangen die Anforderungen an eine gute Schule an den Wirtschaftsschulen voll erfüllt sah, wies Förther auf die Tradition der städtischen Handels- bzw. Wirtschaftsschule in Nürnberg hin, die seit 1873 besteht. Beide Gastredner führten in ihren Grußworten das gute Schulklima an, das ihnen aus eigenem Erleben oder durch Erfahrungen von Familienmitgliedern in dieser Schule bekannt ist.

Für den Bundesverband VLW überbrachte der Vorsitzende Manfred Weichhold Grüße. Er merkte an, dass andere Bundesländer doch häufig mit großem Interesse auf das bayerische Schulsystem blicken und oft überlegt werde, Ansätze daraus zu entnehmen.

Lebenslanges Lernen gefordert

Den Festvortrag hielt Staatssekretär Karl Freller, der schon oft durch seine Anwesenheit bei Wirtschaftsschulveranstaltungen bewies, dass ihm diese Schulart am Herzen liegt. Der Grund dafür liege u.a. in der hohen Akzeptanz der Wirtschaftsschulabsolventen bei der Wirtschaft und der Tatsache, dass ehemalige Wirtschaftsschüler sehr selten Ausbildungsverhältnisse abbrechen. In Zeiten, in denen die Lehrstellen zur Mangelware werden, brauche man Schulen, die gute, verlässliche Arbeit leisten und so Schüler auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereiten. Er führte weiter aus, dass die Chance, eine Lehrstelle zu bekommen, sehr stark mit den vorzuweisenden Qualifikationen zusammenhängt. Im Weiteren ging er auf die Frage ein, welche Qualifikationen der Mensch im 21. Jahrhundert brauche und welche Bedingungen für einen guten Unterricht zählten.

Neben den Fachkenntnissen benötige man zukünftig viel stärker auch personale Fähigkeiten, wie soziales Engagement, „altmodische“ Tugenden wie Fleiß, Tüchtigkeit, Disziplin und Selbstverantwortung, diese vor allem für einen lebenslangen Lernprozess. Die Aneignung von Kenntnissen solle nicht nach dem „Bulimiekonzept“ erfolgen (viel aufnehmen und bei der nächsten Schulaufgabe alles wieder abgeben) sondern als lebendiges, anwendbares Lernen. Zur Evaluation der Lernleistungen würden dabei z. B. Leistungsstests, wie der Jahrgangsstufentest Deutsch oder die PISA-Studie, dienen. Am nächsten PISA-Test werde auch erstmalig eine Wirtschaftsschule, allerdings nur mit ihren M-Zug-Klassen, teilnehmen. Die Ergebnisse einzelner Schulen würden nur der jeweiligen Schule zur Verfügung gestellt und lediglich in anonymisierter Form allgemein veröffentlicht.



Legte ein eindeutiges Bekenntnis zur Wirtschaftsschule ab – Staatssekretär Karl Freller bei seinem Festvortrag.

Freller bezeichnete die Wirtschaftsschule als einen sehr innovativen Schultyp, der nunmehr durch die Änderungen der Englischabschlussprüfung ebenfalls eine moderne Form einer Fremdsprachenprüfung erhalten werde. Dies stelle einen weiteren Schritt zur Qualitätssicherung dar. Die Wirtschaftsschulen seien Garanten für erfolgreiche Schulbildung. Er versprach, dass das Ministerium alles tun werde, diese Schulart zu sichern.

Weiter betonte er die Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit für den Erziehungsprozess: „Bildung stärken, heißt Lehrer stärken!“ Er forderte auf, am Image der Lehrer in der deutschen Gesellschaft zu arbeiten. Dass Lehrer an allen bayerischen Schulen ihren Auftrag wahrnehmen, zeige auch die Tatsache, dass sie im letzten Jahr 300 000 Fortbildungstage ableisteten. Allerdings kann Erziehung nur gelingen, so Freller, wenn die Eltern die

Blick auf die Ehrengäste im dicht besetzten Rathaussaal der Stadt Nürnberg.



Bemühungen der Schulen unterstützen. Ein weiterer Punkt für guten Unterricht sei die Notwendigkeit der größeren Eigenverantwortung der Schulen. Ausdrücklich dankte er am Schluss seiner Rede dem stellvertretenden Vorsitzenden des VLB, Armin Ulbrich für sein Engagement im Bereich der beruflichen Bildung.

Wir nehmen Wirtschaftsschulabsolventen mit Freuden auf

Von Seiten der Wirtschaft zollte der Vizepräsident der IHK für Nürnberg und Mittelfranken, Harald Schmauß, den Wirtschaftsschülern hohes Lob. „Wir nehmen Absolventen mit Freuden auf.“ Er betonte mit Blick auf Nordrhein-Westfalen, dass sich die Qualität eines Schulsystems nicht am Prozentsatz der Abiturientenquoten zeige. Große Probleme sah er hinsichtlich des Lehrstellenmarktes. In Nürnberg sei der Prozentsatz der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im letzten Jahr um 10 % zurückgegangen. Dabei bereite vor allem die Tatsache Sorge, dass auf dem Lehrstellenmarkt in Nürnberg zur Zeit 870 Jugendliche sind, die aufgrund ihrer schlechten Qualifikationen nicht ausbildbar seien. Im Weiteren ging er auf die Frage ein, was denn die Wirtschaft von Schulabgängern erwarte. Im Einzelnen führte er auf:

- Basiskenntnisse der deutschen Sprache, grundlegende Rechenfertigkeiten, Grundkenntnisse in Naturwissenschaften und in der englischen Sprache sowie im IT-Bereich.
- Personelle Qualifikationen wie z. B. Kooperationsbereitschaft, Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Toleranz.



Bernhard Zeller, VLB-Wirtschaftsschulreferent, dankte zusammen mit Armin Ulbrich (links) Friedrich Böhmer (rechts) für die hervorragende Organisation des Tages.

- Eigenschaften wie Zuverlässigkeit, Durchhaltevermögen, Konzentrationsfähigkeit, Kritikfähigkeit, Flexibilität und Fortbildungsbereitschaft.

Die Wirtschaftsschulen sah er dabei gut positioniert, vor allem gegenüber der 6-stufigen Realschule durch ihren fächerübergreifenden und handlungsorientierten Ansatz. Allerdings wertete er die Anrechnungsverordnung als einen Hemmschuh für noch bessere Chancen der Wirtschaftsschüler am Lehrstellenmarkt an. Er forderte für Schulen stärkere Autonomie, eine intensive und praxisnahe Lehrerfortbildung sowie eine stärkere Verzahnung der betrieblichen und schulischen Ausbildung.

Wirtschaftsschulpreis

Ein fester Bestandteil der Wirtschaftsschultage ist die Verleihung des Wirtschaftsschulpreises durch die Landeselternvereinigung der öffentlichen Wirtschaftsschulen eV. (LEV). Am diesjährigen Wettbewerb beteiligten sich 12 Wirtschaftsschulen. Der erste Preis ging dieses Jahr an die städtische Wirtschaftsschule Ansbach, die durch eine Vielzahl von Aktivitäten von der Jury ausgezeichnet wurde. Christiane Rieger würdigte, als zweite Vorsitzende der LEV, bei der Übergabe des mit 500 Euro dotierten Preises an den Schulleiter, Dr. Helmut Lang, die Vielzahl der belohnenswerten Aktivitäten. So wurde die Schule z.B. als Umweltschule in Europa ausgezeichnet, gewann einen Videowettbewerb, war sehr engagiert in dem Projekt „Zivilcourage gegen Rechts“ und richtete in Ansbach ein Musikfest aus. Zwei

Anerkennungspreise im Werte von je 250 Euro erhielten die staatlichen Wirtschaftsschulen in Passau und Waldmünchen.

Zum Schluss der Vormittagsveranstaltung zog Armin Ulbrich ein kurzes Resumé: Er freue sich über das klare Bekenntnis zur Wirtschaftsschule von Staatssekretär Karl Freller und sicherte zu, dass der VLB immer ein verlässlicher Ansprechpartner sein wird, wenn es um die Belange der Wirtschaftsschulen geht. Daneben spannte er den Bogen zu den Fachlehrern, die gerade an den Wirtschaftsschulen im Fach Textverarbeitung nach wie vor dringend gebraucht werden.

Abschließend dankte er nochmals zusammen mit Bernhard Zeller Friedrich Böhmer und seinem Team für die perfekte Ausrichtung des 8. Tages der Bayerischen Wirtschaftsschulen.

Der Nachmittag – Arbeitskreise

Groß war der Andrang in den Arbeitskreisen. Teilnehmerzahlen bis zu 140 zeigten, dass die in den Arbeitskreisen angebotenen Themen von den



Christiane Rieger (LEV) gratuliert dem Schulleiter der Siegerschule Ansbach, Dr. Helmut Lang.

Lehrkräften an Wirtschaftsschulen gut angenommen wurden. So musste in die Turnhalle oder auf den Flur der Städtischen Wirtschaftsschule ausgewichen werden, um den Teilnehmerzahlen Herr zu werden. Klassenzimmer waren mit bis zu 90 Lehrkräften drei- bis viermal überbelegt – dass keiner ohnmächtig wurde, muss wohl an der inhaltlichen Ausgestaltung und der Kompetenz der ReferentenInnen der Arbeitskreise gelegen haben.

16 Arbeitskreise wurden in zwei Schichten am Nachmittag angeboten. Der Bogen spannte sich zum einen über den ganzen Fächerkanon der Wirtschaftsschule sowie einige übergeordnete Arbeitskreise wie Schulleiter, Beratungslehrer und innere Schulentwicklung. Inhaltlich war allen Arbeitskreisen gemeinsam, dass sie den Teilnehmern konkrete Hilfestellungen für ihre tägliche Unterrichtsarbeit anbieten konnten. Hier spannte sich der Bogen von der inhaltlichen Ausgestaltung von neuen Unterrichtsfächern wie Projektarbeit, den neuen Prüfungsanforderungen z. B. in Textverarbeitung oder Englisch bis hin zu Neuerungen in einzelnen Unterrichtsfächern wie Betriebswirtschaft oder Rechnungswesen. Großes Interesse bei den Besuchern fanden die Arbeitskreise, in denen die Datenverarbeitung Schwerpunkt war (Übungsfirmenarbeit, EDV, Multimedia und Interneteinsatz).

Die „Vorstellung von gelungenem Unterricht muss sich ändern“ war das Credo von Prof. Dr. Frederking von der Universität Erlangen-Nürnberg im Arbeitskreis Deutsch, als er vor 75 Zuhörern zum Thema Deutschunterricht nach PISA referierte. Wie in anderen Arbeitskreisen auch, blieb es aber nicht nur bei Referaten sondern es gab konkrete Hilfestellungen, wie das Erfahrene in der täglichen Unterrichtsarbeit umgesetzt werden kann. So wurden im Arbeitskreis Mathematik u. a. Wege aufgezeigt, wie mathematische Lerninhalte auch in das Fach Projektarbeit integriert werden können.

Interessante Hintergrundinformationen konnten die Teilnehmer des Arbeitskreises Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde über das Dokumen-

tationszentrum Reichsparteitagsgelände mit nach Hause nehmen.

Das Thema Innere Schulentwicklung macht natürlich auch vor der Wirtschaftsschule nicht halt. Aus der Praxis für die Praxis erfuhren die Teilnehmer hier, wie ein Qualitätsmanagementsystem in Zusammenarbeit zwischen Kollegium und Schulleitung aufgebaut werden kann oder wie die eine interne und externe Evaluation am Beispiel des Deutschjahrgangstestes zur Qualitätsentwicklung eines Unterrichtsfaches beiträgt. Praktische Hilfen gab es auch im Arbeitskreis Beratungslehrer.

„Dicke Luft“ gab es im Arbeitskreis Schulleiter, aber nicht, weil sich die Gemüter in der Diskussion mit den Vertretern des Kultusministeriums, Hans-Wilhelm Thomé und Dr. Horst Güttler, erhitzten, sondern wegen der Enge des Raumes. Dies wiederum belegt, dass die Schulleiter an einem konstruktiven Miteinander mit der Schulverwaltung interessiert sind. So wurde z. B. seitens des Kultusministeriums bestätigt, dass Erstseminare von Diplom-Handeslehrern weiterhin an Wirtschaftsschulen bleiben. Wie wichtig das Gespräch mit der Schulverwaltung war, belegt die Tatsache, dass der Zeitrahmen des Arbeitskreises gesprengt wurde, um auf alle Fragen auch Antworten zu bekommen.

Fazit

„Aus der Praxis für die Praxis“, so könnten die Ergebnisse der Arbeitskreise zusammengefasst werden. Von teilnehmenden KollegenInnen war zu hören, dass sie einen solchen Nachmittag sehr zu schätzen wissen und sich schon auf die nächste Veranstaltung freuen.

Die ausführlichen Zusammenfassungen der Arbeitskreise finden Sie auf der Homepage des VLB unter: www.vlb-bayern.de/wirtschaftsschultag

Am Rande notiert

Bereits an anderer Stelle wurde dem Organisationsteam des Wirtschaftsschultages für die hervorragende Ausrichtung gedankt. Nicht unerwähnt sollen aber die beeindruckenden Auf-

tritte von Schülerinnen der Städt. Wirtschaftsschule Nürnberg mit ihrem Lehrer Gerhard Riedel zur künstlerischen Umrahmung des Vormittages bleiben. Neben einer Tanzvorführung zu Hipp-Hopp Musik bleibt vielen Teilnehmern des 8. Wirtschaftsschultags das zu Beginn der Veranstaltung vorgetragene „Oh happy day“ in Erinnerung. Dank ist auch all den anderen

Schülern und Schülerinnen gesagt, die am Nachmittag dafür Sorge getragen haben, dass sich keiner im Schulhaus verlaufen hat. Dass an der Wirtschaftsschule ein ganz anderes, durchaus positives Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus besteht, zeigte sich daran, dass der Elternbeirat der Schule professionell für das leibliche Wohl der Teilnehmer sorgte. <

Bezirks- und Kreisverbände

BV Mittelfranken

Voller Erfolg – Drittes Treffen der Kontaktlehrer Mittelfrankens

Der Einladung des Bezirksvorsitzenden Horst Lochner zum Treffen der Kontaktlehrer folgten viele Kollegen Mittelfrankens. Das große Interesse zeigt die Notwendigkeit und auch Dankbarkeit der Teilnehmer, Verbandsinformationen aus fachkompetenter Hand zu erhalten, damit sie ihre Arbeit vor Ort weiterhin zur Zufriedenheit aller wahrnehmen können.

So referierte VLB-Dienstrechtsexperte Manfred Greubel über die erschütternden Änderungen im Dienstrecht, die aufgrund der Einsparmaßnahmen des Staates vorgenommen werden. Zudem berichtete Greubel über den aktuellen Stand der Überlegungen des neuen Beurteilungssystems.

Armin Ulbrich informierte die KontaktkollegenInnen über das Neueste aus dem Verbandsleben.



Damit diese Nachrichten besser „verdaut“ werden konnten, lud der Verband zu einem hervorragenden Mittagessen ein; gleichzeitig fand ein angeregter Erfahrungsaustausch unter den Kollegen statt.

Anschließend informierte Armin Ulbrich, stellvertretender Landesvorsitzender, über die bevorstehende Bildungsmesse in Nürnberg und die gegenwärtigen Aktivitäten des Verbandes.

In der engagiert geführten Diskussion wurden Vorschläge für Fortbildungsveranstaltungen seitens des Verbandes gesammelt und die Kontaktlehrer äußerten ihre Wünsche und Anregungen.

Insgesamt war der Tag für alle sehr informativ und aufschlussreich. Das nächste Treffen ist für das Frühjahr 2004 vorgesehen – schließlich sind weitere tiefgreifende Reformen im Berufsschulbereich in den kommenden Jahren zu erwarten.

Maria Middendorf

BV Unterfranken

Regionale Schulungsveranstaltung für Personalräte der beruflichen Schulen

Auf der regionalen Schulungsveranstaltung für Personalräte der beruflichen Schulen im Regierungsbezirk Unterfranken in den Räumen der Regierung von Unterfranken fanden sich weit über 50 Personalräte auf Einladung des Bezirkspersonalrats Wolfgang Lambl zusammen.

Die positive Teilnehmerresonanz spiegelte das große Interesse an den inhaltlich sehr unterschiedlichen Themenbereichen der Veranstaltung wieder.

Eingeläutet wurde der Tag durch Informationen zum Reisekostenrecht von RA Elisabeth Kober, der Leiterin des Sachgebietes Reisekostenrecht. Eingehend wurde nicht nur der Abrechnungsmodus und die für die Kostenstelle wichtigen Informationen erläutert, vielmehr wurde auch an das Verständnis der Kolleginnen und Kollegen appelliert, kostengünstige Reisesmöglichkeiten zu wählen sowie Fahrgemeinschaften zu bilden, da nur ein gewisser Etat im Reisekostentopf zur Verfügung steht. Ist dieser ausgeschöpft, trifft die Großzügigkeit der Reisenden in der ersten Zeit des Kalenderjahres die Kollegen zum Ende des Jahres, da diese unter Umständen aus leeren Kassen nichts mehr bekommen können.

Abteilungsleiter Jürgen Röhling versuchte im Anschluss dem brisanten Thema Kompetenzzentrum aus dem Weg zu gehen. Der Unmut über das Informationsdefizit an den Schulen

und ein aktueller Bericht der Main-Post am gleichen Tag erregte jedoch die Teilnehmer sichtlich. Röhling wies die Verordnung eines Maulkorbes an die Schulleiter von sich und ließ sich anschließend abringen, dass die örtlichen Personalräte Ende April 2003 die gleiche Information über die Kompetenzzentren bekommen, die auch den Schulleitern zugeht.

Sein eigentliches Referat über die „Professionalität des Lehrers“ musste auf Grund der bewegten Diskussion der Kompetenzzentren zeitlich stark eingeschränkt werden. Personale, soziale und fachliche Kompetenz gepaart mit Innovationskraft, beruflicher Identifikation, Flexibilität und Konfliktkompetenz wurden rhetorisch geschickt vorgetragen und mit Anglizismen unterlegt. Das Auditorium unterhaltend wurden die weiteren Ziele Evaluationskompetenz, Solidarbewusstsein (Verbandsanbindung) und Organisationskompetenz sowie stetige Fortbildung näher gebracht. Lehrer müssten ihre Kompetenzkraft wieder finden, denn „was pädagogisch vernünftig ist, kann rechtlich nicht falsch sein“.

Nach der Mittagspause referierte Christine Starz als stellvertretende Vorsitzende des Bezirkspersonalrates für die Gruppe der Angestellten über das Tarifrecht. Deutlich wurde neben der Auflistung der Tätigkeitsmerkmale (Stand 1986 und heute noch gültig) auch die tarifliche Einstufung und die personalratstätigen Einflussmöglichkeiten in den Bereichen Mitwirkung und Mitbestimmung, die aus dem Personalvertretungsgesetz für Angestellte und Beamte gleichermaßen hervorgehen.

Mit Ingrid Heckner, unserer VLB-Hauptpersonalrätin, die die Veranstaltung während des ganzen Tages begleitete, fand sich zum Ende eine kompetente Ansprechpartnerin in Sachen aktueller Fragen, bei denen wieder das Thema Ermittlung der Unterrichtspflichtzeit diskutiert wurde sowie weitere organisationstechnische Probleme angesprochen bzw. gelöst wurden.

Am späten Nachmittag fuhren dann die gewählten örtlichen Personalräte gen Heimat, um die neuesten Erkenntnisse des Tages zu diskutieren, zu beurteilen, weiterzugeben, zu beleuchten und vielleicht zu versuchen Wogen im eigenen Haus etwas zu glätten. *Jochen Karrlein*

KV Oberpfalz-Nord

Positive Mitgliederbilanz – zunehmende Belastungen im Lehrerberuf

Zur Jahreshauptversammlung hatte der Kreisvorsitzende für Oberpfalz-Nord, Michael Bäumler, seine Mitglieder eingeladen. Neben dem Bericht des Vorsitzenden standen aktuelle Informationen durch den Bezirksvorsitzenden Michael Birner sowie ein Referat des KZ Grab- und Gedenkstättenleiters von Flossenbürg, Jörg Skriebeleit, auf der Tagesordnung.

VLB-Kreisvorsitzender Bäumler gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr und die zahlreichen Aktivitäten des Kreisverbandes. So konnte der Kreisverband Oberpfalz-Nord im Jahre 2002 den Mitgliedern gesellschaftliche, aber auch fachliche Informationsveranstaltungen anbieten, wie z.B. das InfoForum Wirtschaftsschule für alle Oberpfälzer Wirtschaftsschulen oder Unternehmensbesichtigungen und Fortbildungsveranstaltungen. Je nach Sachlage und Anlass wurden auch viele Gespräche mit Politikern geführt, um auf die entsprechenden Anliegen und Probleme im beruflichen Schulwesen hinzuweisen sowie um Unterstützung und Abhilfe zu bitten. Dabei stellte Bäumler klar die Vorteile einer

Stand den Unterfranken Rede und Antwort, Ingrid Heckner, VLB-Hauptpersonalrätin.



Gedenkstättenleiter Jörg Skriebeleit (stehend, rechts) bei seinem Vortrag für die Lehrkräfte des VLB Oberpfalz-Nord. Mit auf dem Bild Bezirksvorsitzender Michael Birner (sitzend, links).



Mitgliedschaft in der Solidargemeinschaft VLB heraus. Die Mitgliederentwicklung sei im Kreisverband durch viele Neuaufnahmen sehr positiv und man habe nunmehr 212 Mitglieder.

Der eingeladene Bezirksvorsitzende Michael Birner ging in seinen Ausführungen dann auf die aktuelle Verbandspolitik ein. Leider gab es wenig Erfreuliches zu berichten. So musste man die rückwirkende Einschränkung der Altersteilzeit hinnehmen, die Aussetzung der Leistungsstufenvergabe, die Streichung der Jubiläumszuwendung und es werden immer neue Sparmaßnahmen zu Lasten der Beamten beabsichtigt. Auch eine neue Regelung einer späteren Altersermäßigung führt nicht zur zusätzlichen Motivation.

Die Beihilfesätze haben sich geändert, so dass mit Zuzahlungen zu rechnen ist. Auch die Mehrarbeitsabrechnung findet in einem anderen Modus statt und hinsichtlich der Sonderzuwendung und dem Urlaubsgeld gibt es Überlegungen einer Änderung aufgrund eines Vorschlages der Beamtensyndikats. Die schulischen Reformen kennen kein Ende und das Ergebnis bei der Entwicklung sogenannter schulischer Kompetenzzentren bleibt mit Spannung abzuwarten.

Im Rahmen dieser Diskussion stellte der anwesende Hausherr Heribert Mohr heraus, dass seitens des Verbandes durch neue Diskussionen und Modelle (z.B. durch die vertikalen Kompetenzzentren) keine zusätzlichen Missverständnisse und Unruhe in Kollegien geschaffen werden sollen. Die Mitglieder des Kreisverbandes signalisierten insgesamt eher Ablehnung zu derartigen Überlegungen.

Jörg Skriebeleit berichtete in seinem Referat über die Entwicklung der KZ-Grab- und Gedenkstätte Flossenbürg und gab viele Informationen und Hinweise zu Besuchen mit Schulklassen. Nicht informierte Gruppen hätten häufig Probleme, sich vor Ort die Besonderheiten zu erschließen. Das inhaltliche Konzept besteht daher auch darin, sich den „Weg der Häftlinge“ zu erschließen. Flossenbürg sieht sich daher nicht nur als Gedenkstätte, sondern auch Lernort. Skriebeleit stellte anhand historischer Aufnahmen in einer Präsentation die Lagercharakteristik mit entsprechenden Örtlichkeiten dar und gab dabei einen historischen Abriss. Es zeigte sich, dass die durch ihn im Jahre 1996 begonnene wissenschaftliche Arbeit beachtliche Erfolge hervorgebracht hat, welche sicherlich zu der Bedeutung gegenüber anderen Konzentrationslagern beigetragen haben.

Michael Bäumler

BV Oberfranken

Oberfränkisches Volleyballturnier in Kulmbach

Trotz des ungünstigen Termins am 8. März führte der BV Oberfranken sein Volleyballturnier durch. Bedingt durch die problematische Termingebung meldeten allerdings nur 5 Mannschaften, wobei die BS Forchheim noch am Freitag absagen musste.

Im ersten Spiel trafen die Mannschaften von der Johann-Vießmann-Schule Hof I gegen die Mannschaft der Berufsschule Bayreuth I aufeinander. Die junge Mannschaft der BS Bay-

reuth wehrte sich tapfer gegen den Favoriten aus Hof, verlor aber mit 2 : 0 Sätzen.

Das zweite Spiel konnte zur Überraschung aller die Mannschaft der Johann-Vießmann-Schule Hof II gegen die stark eingeschätzten Kulmbacher mit 2 : 1 Sätzen gewinnen.

In den weiteren Spielen setzte sich Hof I mit jeweils 2 knappen Satzgewinnen gegen die BS Kulmbach durch, ebenso schlugen sie die Mannschaft Hof II klar mit 2 : 0 Sätzen. Hof II gewann gegen Bayreuth mit 2 : 0 Sätzen und Kulmbach siegte ebenfalls mit 2 : 0 Sätzen gegen Bayreuth. Daraus ergab sich folgende Platzierung: 1. BS Hof I 6 : 0 Punkte (damit qualifiziert für die bayrische Meisterschaft). 2. BS Hof II 4 : 2 Punkte. 3. BS Kulmbach 2 : 4 Punkte. 4. BS Bayreuth 10 : 6 Punkte

Als besonders erfreulich wurde registriert, dass sich in Bayreuth eine junge Mannschaft mit viel Spielwitz aufgebaut hat.

Bei der Siegerehrung durch den Sportbeauftragten des Bezirks Oberfranken Alfred Ernst konnte dankenswerterweise auf Spenden der Firma Raps und der Firma Lutz, beide im Lebensmittelsektor angesiedelt, zurückgegriffen werden. Der reibungslose Ablauf wurde durch Burkhard Schneider von der BS Kulmbach und dem Ehrenmitglied der Volleyballtruppe Kulmbach Erwin Felber sicher gestellt.

Für die Spenden und die ausgezeichnete Organisation wird den Vorgenannten besonderer Dank gezollt.

Für das Turnier im nächsten Jahr freuen wir uns Gast in der Berufsschule Bayreuth zu sein.

Willi Merkel



Die Siegermannschaft Hof I.

Referendare

Fränkische Bezirksvorstände im Gespräch mit den Referendaren: VLB hat offenes Ohr für Referendare

Schon seit vielen Jahren sind die Gesprächsrunden mit den Referendaren im ersten Ausbildungsjahr ein fester Bestandteil der fränkischen Bezirksvorstände. Jeweils im Anschluss an eine Hauptseminarveranstaltung findet bei einer kleinen Brotzeit ein Gedankenaustausch statt und der VLB kann sich und seine Ziele präsentieren.

Aufgrund der hohen Zahl an Referendaren in Nordbayern – hervorgerufen auch durch die große Anzahl von Teilnehmern der Sondermaßnahme speziell im kaufmännischen Bereich – waren in diesem Jahr fünf Termine nötig. Für die Referendare im gewerblichen Bereich fanden die zwei Termine an der Berufsschule in Erlangen statt, die drei Veranstaltungen für den kaufmännischen Bereich wurden an der B 14 in Nürnberg durchgeführt.

Eines viel allen Teilnehmern auf: Die Referendare sind natürlich mit ihrer finanziellen Situation unzufrieden, aber es wird keineswegs gejammert. Mit viel Realitätssinn und dem Willen ihren Weg zu machen wurden die Bezirksvorstände intensiv befragt. Wichtige Themen waren dabei:

- die Einstellungssituation,
- die Zukunft von Sondermaßnahmen und Trainee-Maßnahme,



Dr. Rehm im Gespräch mit Referendaren in Nürnberg.

- die Situation bei den kommunalen Schulträgern und
- die Vorstellungen des VLB zur Referendarsausbildung.

Natürlich waren auch etliche Fragen zum Verband und insbesondere zu den Versicherungen zu beantworten.

Zusammenfassend waren es interessante und hoffentlich für beide Seiten informative Gespräche. Von vielen Referendaren wurde der Wunsch geäußert, dass das jährliche Referendarstreifen, für das wir bei der Gelegenheit natürlich geworben haben, bereits vor der Lehrprobenzeit stattfinden sollte.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei den beiden Seminarvorständen Dr. Wilfried Franz und Günther Goldhagen sowie den beiden Schulleitern Dietrich v. Heckel und Manfred Müller für die Unterstützung.

Horst Lochner



Gesprächsrunde in Erlangen mit Dr. Angelika Rehm, Wolfgang Lambel und dem Schulleiter Manfred Müller.

Senioren

Auch vermeintlich ausbleibende Abzüge verunsichern

Nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 beginnt 2003 die schrittweise Absenkung des Ruhegehaltssatzes um jährlich 0,542 Prozent (= Anpassungsfaktor 2003: 0,99458); bis 2010 ist dann die beabsichtigte Absenkung von 4,33 Prozent erreicht. ($0,542 \times 8 = 4,336$)

Mancher Pessimist „vermisst“ bis heute (Mitte März 2003) diese „negative“ Anpassung. Das hat aber seine Richtigkeit und ist keine unverhoffte Wohltat des Dienstherrn: die Absenkung setzt bei den „jährlichen Anpassungen“ (Erhöhungen) der Dienst- und Versorgungsbezüge an die allgemeine Einkommensentwicklung an. Diese ist aber bis heute für die Beamten noch nicht rechtsverbindlich beschlossen und dementsprechend auch noch nicht vollzogen.

- Angestellte und Arbeiter erhalten rückwirkend ab 01. Januar 2003 eine Erhöhung der Gehälter und Löhne um 2,4 %
- ab 01. Januar 2004 und ab 01. März 2004 um je 1,0 % und
- im Monat März 2003 eine Einmalzahlung in Höhe von 1,5 % der monatlichen Vergütung.

Auf die Beamten soll – so das zuständige Bundesinnenministerium für die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung – dieser Tarifabschluß (außer Berlin, das aus dem Tarifverbund ausgestiegen ist) zeit- und inhaltsgleich übertragen werden.

Zur Zeit hakt die Übernahme aber noch: Am 12. Februar hatte die CDU/CSU-Fraktion das Thema im Innenausschuß des Deutschen Bundestages eingebracht. Danach sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf zur zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifabschlusses vorzulegen. Die FDP unterstützte den Antrag. Die Regierungsparteien waren für eine wir-

Ein unverbindliches Berechnungsbeispiel für die 1. Erhöhung in Euro:

Ruhegehaltsfähige Dienstbezüge	5 000,00
ungekürzter Ruhegehaltssatz 75 % ergibt ungekürztes Ruhegehalt	3 750,00
Gehaltserhöhung 2,4 %	90,00
ungekürztes erhöhtes Ruhegehalt	3840,00
gekürztes erhöhtes Ruhegehalt 2003: $3.840 \times 0,99458 =$	3 819,19
Differenz pro Monat	20,81
= Minderung im 1. Anpassungsjahr (voraussichtlich 10 Monate)	208,10

Unberücksichtigt bleibt hier die Einmalzahlung von 7,5 %, die wahrscheinlich noch als Kürzung hinzukommen wird.

kungsgleiche, nun nicht mehr aber eine zeitgleiche Übertragung; darüber hinaus sollten die Länderwünsche berücksichtigt werden. Der CDU/CSU-Antrag wurde deshalb abgelehnt! Die am 14. Februar erwartete Vorlage der Bundesländer blieb aus. Schily äußerte zuletzt, dass er nun einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der die im Tarifbereich enthaltenen Kompensationsmaßnahmen berücksichtigen werde. Eine zweimonatige Verschiebung der Bezügeanpassung könnte dem genügen. Darüber hinaus sickerte durch, dass die Einmalzahlung analog dem Tarifbereich nur für Aktive gezahlt werden soll und die Länder die Möglichkeit erhalten sollen, die Anpassung noch über die vom Bund vorgesehenen zwei Monate hinauszuschieben.

Ab dem „Übertragungszeitpunkt“ erreichen auch uns die Anpassungen nach unten! *Berthold Schulter*

Wichtig für Versorgungsempfänger bis einschließlich Besoldungsgruppe A 11, die im Jahr 2000 bereits im Ruhestand waren

Wir erinnern uns: Artikel 3 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsgesetz 2000 brachte für aktive Beamte in den Besoldungsgruppen A 1 – A 11 für die Monate September bis Dezember 2000 eine einmalige Zahlung von 400,00 DM. Die Versorgungsempfänger derselben Besoldungsgruppen gingen leer aus (wie

auch alle – Aktive und Versorgungsempfänger – ab Besoldungsgruppe A 12).

Der BRH führt – für BRH-Mitglieder – gegen diese offensichtliche Benachteiligung der Versorgungsempfänger eine Reihe von Musterprozessen. Das Verwaltungsgericht Hamburg hat nun in einem dieser Prozesse die Sache – (Ausschluss der Versorgungsempfänger – A 11) dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung der Verfassungsmäßigkeit bzw. Verfassungswidrigkeit vorgelegt. Wichtig dabei: ein solcher „Vorlagebeschluss“ darf nur gefasst werden, wenn das Gericht die Verfassungswidrigkeit bejaht, die Verfassungsmäßigkeit also verneint!

Aus der Begründung des Verwaltungsgerichts Hamburg:

„Die Nichtgewährung der Einmalzahlung an die Versorgungsempfänger stellt einen Verstoß gegen die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums i. S. d. Art. 33 (5) GG dar. Der Ausschluss der Versorgungsempfänger beachtet nicht die grundlegenden Verpflichtungen des Bundesbesoldungsgesetzgebers aus der Zusammenschau von Lebenszeitgrundsatz, Alimentationsprinzip und Leistungsprinzip. Diese gehören zum Kernbestand von Strukturprinzipien, die allgemein oder ganz überwiegend und während eines längeren traditionsbildenden Zeitraumes mindestens schon unter der Reichsverfassung von Weimar als verbindlich anerkannt und gewährt worden sind.

Der Gesetzgeber hat durch den Ausschluss der Versorgungsempfänger von der Einmalzahlung das Gebot der amtsangemessenen Alimentation verletzt. Von diesem Grundsatz ist auch die Gewährung eines amtsangemessenen Ruhegehalts umfasst.

Für Versorgungsempfänger hätte – ebenso wie für aktive Beamte – eine Anpassung der Versorgungsleistung an die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse für den Zeitraum September bis Dezember 2000 erfolgen müssen.

Die Gewährung der Einmalzahlung erfolgte – so die Begründung der Bundesregierung – aus sozialen Belangen. Dies kann nach Ansicht des VG Hamburg keine andere Bedeutung haben als die notwendige Erfüllung der Verpflichtung des Gesetzgebers zur Gewährung eines amtsangemessenen Lebensunterhalts, der dem Dienstrang, der Verantwortung des Amtes, der Bedeutung des Berufsbeamtentums, den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen sowie dem allgemeinen Lebensstandard entspricht. Die Nichtberücksichtigung der danach notwendigen Anpassung der Bezüge von Versorgungsempfängern der unteren Besoldungsgruppen stelle einen Verstoß gegen der Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation dar.

Ferner liegt nach Auffassung des Gerichts in der Nichtgewährung der Einmalzahlung auch ein Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG.

Aktive Beamte der unteren Besoldungsgruppen haben – im Gegensatz zu Versorgungsempfängern derselben Besoldungsgruppen und entsprechend der tariflichen Regelung – neben der Erhöhung ihrer Bezüge eine Einmalzahlung i. H. v. 400,- DM für den Zeitraum von September bis Dezember 2000 erhalten. Für die Folgezeiträume (2001/2002) wurden die Bezüge der aktiven Beamten und Versorgungsempfänger übereinstimmend prozentual angepasst.

Nach Ansicht des Gerichts ist es sachwidrig, Versorgungsempfängern als geschlossene Gruppe einen gegenüber den aktiven Beamten zusätzlichen Verzicht aufzuerlegen.

Unabhängig davon, dass es durchaus sachgerecht erscheinen kann aktiven Beamten und Versorgungsempfängern höherer Besoldungsgruppen einen begrenzten Sparbeitrag abzuverlangen, soweit sie von einer allgemeinen Teuerung jedenfalls teilweise weniger stark betroffen sind, ist es jedoch nach Auffassung des Gerichts nicht sachgerecht, aktive Beamte und Versorgungsempfänger derselben Besoldungsgruppe ungleich zu behandeln.“

Sollte das Bundesverfassungsgericht im Sinne der Versorgungsempfänger entscheiden, erhalten der/die Kläger den eingeklagten Betrag nachgezahlt.

Nicht klagende Benachteiligte sollen (empfiehlt der Deutsche Beamtenbund) zur Wahrung ihrer Rechte bei der zuständigen Besoldungsstelle „Antrag auf Gewährung der Einmalzahlung gem. Art. 3 des BBV Anp. G. 2000“ stellen.

Ein Entwurf (Formblatt) eines solchen Anspruchsschreibens kann in der VLB-Geschäftsstelle, Dachauer Straße 4, 80335 München, Tel. (089) 59 52 70, Fax (089) 5 50 44 43, E-mail: info@vlb-bayern.de angefordert werden.

Berthold Schulter

Gemeinsam Reisen mit Lothar Fischer

Im Januarheft von VLBAkzente hatte ich darauf verwiesen, dass ich von der Verbandsspitze gebeten worden sei, speziell für uns Pensionisten Vorschläge für gemeinsame Reisen auszuarbeiten. Dazu hatte ich die Reiselustigen unter den Ruheständlern gebeten, willkürlich von mir vorgeschlagene Reisebeispiele zu bewerten oder selbst zu sagen, wohin der Sinn steht, damit erkennbar wird, was in der Gunst der Mehrheit vorne liegt und als mögliche Reiseziele favorisiert werden sollte. Das Ergebnis war sehr bescheiden. Von unseren weit über tausend Pensionisten antworteten kaum mehr als 30.

Natürlich sind jetzt Zweifel berechtigt, ob aus so geringer Resonanz eine andere Antwort gewonnen werden kann außer der, dass für gemeinsam or-

Flusskreuzfahrt von Moskau nach St. Petersburg

Termin: 23. bis 30. September 2003.

Das Programm in Kürze:

- 23.09.: Flug von München nach Moskau, Transfer und Einschiffung
- 24.09.: Stadtrundfahrt mit Besichtigung des Kreml. Captain's Cocktail.
- 25.09.: Fahrt auf der Oberen Wolga nach Uglitsch; Stadtbesichtigung mit Dimitrij-Blut-Kirche
- 26.09.: Weiterfahrt auf der Wolga und durchs Baltische Kanalsystem nach Goritsy: Busfahrt Kirillow-Kloster (mit Besichtigung des Ikonenmuseums)
- 27.09.: Besichtigung eines Freilichtmuseums auf der malerischen Insel Kischi – Kreuzfahrt auf dem Onega-See
- 28.09.: Fahrt durch den karelischen Fluss Swir in Richtung Ladoga-See und nach Nadrogy (mit Schaschlik-Party im Grünen)
- 29.09.: St. Petersburg mit Stadtrundfahrt und Besichtigung einer Sommerresidenz des Zaren
- 30.09.: Ausschiffung und Transfer zum Flugplatz zum Rückflug nach München

Preis: 850 bzw. 950 Euro (in Zweibett-Außenkabinen auf Haupt- oder Mitteldeck; Einzelkabinen plus 200.– Euro, soweit erhältlich)

Leistungen: Flüge mit Aerolloyd (= deutscher Ferienflieger mit sicherer Luftflotte). Kreuzfahrt in gebuchter Außenkabine mit Vollpension (Abendessen Anreisetag bis Frühstück Abreisetag). Transfer Flugplatz Schiff und umgekehrt. Alle Ausflüge im Wert von 149.– Euro incl. Gruppenvisum und Flughäfen-Sicherheitszuschlag (vorbehaltlich Änderung)

Nicht im Preis: Anreise zum Flughafen München, Getränke, Trinkgelder.

Anmeldung: BFW-VLB, Dachauer Str. 4, 80335 München

Zahlung: HYPO-Vereinsbank München, BLZ 700 202 70, KtoNr.: 36 44 06 35

Kennwort: Kreuzfahrt

Anmeldeschluss: Sofort!

Bitte beachten: Es sind vorerst nur 30 Kabinenplätze in Option! Wenn aus der Fahrt etwas werden soll, müssen Interessenten sehr schnell reagieren, da ich Ende Mai verbindlich zu- oder absagen muss. Um Zeit zu sparen bzw. sofort eingreifen zu können, bitte ich, in diesem Fall mich zusätzlich zur Anmeldung in München sofort zu verständigen.

ganisiertes Reisen offenbar kaum Interesse besteht. Und so könnte ich mich eigentlich entlastet zurücklehnen. Weil aber unter den Antworten ausgerechnet jene fehlen, die von früheren Reisen begeistert waren und mich wiederholt zu weiteren Aktivitäten drängen, vermute ich hinter der bescheidenen Resonanz eher die leidige Lethargie als wirkliches Desinteresse an der Sache und wage trotz allem einen Versuch, fürs erste mit zwei Vorschlägen: einer Flusskreuzfahrt von Moskau nach St. Petersburg im September und

eine kürzeren (und deutlich billigeren) Studententour nach Thüringen Ende August (Details siehe die einzelnen Angebote auf dieser und der folgenden Seite). Warum gerade diese?

Unter den Rückmeldungen waren zum einen überproportional viele, die an der Schiffspassage mit Hurtigrouten ans Nordkap interessiert waren. (Dies lässt sich erst im nächsten Jahr verwirklichen. Dazu mehr demnächst.) Ähnliches Interesse offenbarten Anfragen nach meinem Hinweis auf die Atlantiküberquerung in Ak-

zente- Heft 02/03. Beides und die Tatsache, dass Schiffsreisen, obwohl nicht gerade billig, sehr beliebt, da sehr bequem sind (Vollservice und ein Hotelbett, das ständig mitfährt) und deshalb von Älteren trotz mancher Wehwechen gern angenommen werden, gaben für die Wahl der russischen Flusskreuzfahrt den Ausschlag.

Daneben wurde gehäuftes Interesse der Idee „Lerne Deutschland kennen!“ entgegengebracht. Daher werde ich unter diesem Motto 2 bis 3 mal im Jahr in variablen Abständen Ziele in Deutschland oder der unmittelbaren Nachbarschaft vorschlagen, die wir unter sachkundiger Führung in Kurzreisen, wenn möglich ohne Hotelwechsel kennen lernen wollen. Wenn später erst einmal der Erreger der gefährlichen Lungenentzündung SARS dingfest gemacht ist, sollen – so dies gewünscht wird – Ziele in Europa, Asien oder Übersee hinzukommen.

Abwicklung der Reisen

Grundsätzlich agiere ich im Auftrag des Bildungs- und Förderungswerkes des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V., kurz BFW-VLB.

Ich verhandle mit den jeweiligen Reiseanbietern (wobei erzielbare Preisvorteile voll an die Reisetilnehmer weitergegeben werden), erstelle die Ausschreibung, wickle alles Organisatorische ab und begleite die Reisen. Teilnehmer melden sich bei der VLB – Geschäftsstelle an (Frau Götzke) und überweisen fällige Zahlungen auf das Konto des BFW-VLB unter dem jeweiligen Kennwort.

Flugreisen beginnen und enden stets am vorgesehenen Flughafen, der immer auf eigene Faust angefahren wird (lässt sich per Bayern- oder Wochenendticket sehr billig verwirklichen, vor allem, wenn sich Leute aus der gleichen Region zusammuntun (5 Personen für nur 22 bzw. 28 Euro !!)

Busreisen beginnen und enden an einem zentralen Ort, der endgültig erst festgelegt wird, wenn die Teilnehmer bekannt sind. In jedem Fall ist die gute Erreichbarkeit garantiert, auch per Bahn. Auch hier sollten Bahnvorteile genutzt werden. Dabei werde ich

„Lerne Deutschland kennen!“ – Busreise nach Thüringen

(Thüringer Wald – Eisenach – Erfurt – Weimar – Gotha – Jena – Naumburg)
Termin: 26. – 30. August 2003

Programm (Änderungen noch möglich):

1. Tag: Busanreise ab Nürnberg (10:00 Uhr): Fahrt durch den Thüringer Wald zur Wartburg und nach Eisenach (jeweils mit geführter Besichtigung); dann zum Hotel nach Erfurt Apfelstädt (4 Nächte!).
2. Tag: vormittags: Besichtigung des 1250 Jahre alten Erfurt mit der berühmten Krämerbrücke. Am Nachmittag erwartet uns die Führung in Weimar (Ort, Museen von Goethe und Schiller, deren letzte Ruhestätte in der Fürstengruft).
3. Tag: Fahrt nach Naumburg (Stadt- und Dombesichtigung) und Besuch der Dornburger Schlösser im Saaletal.
4. Tag: Fahrt nach Gotha (Schlossbesichtigung) und anschließende Rundfahrt durch den Thüringer Wald
5. Tag: Fahrt in die alte Universitätsstadt Jena (Stadtbesichtigung) und Rückreise entlang der Saale Stauseen über Burgk (kurze Besichtigung der gleichnamigen Burg) und Heimfahrt nach Nürnberg. Ankunft gegen 18 Uhr)

Preis: 260,- Euro (bei mind. 40 Teilnehmern, Einzelzimmer plus 90,- Euro)

Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus ab/bis Nürnberg; 4 x Übernachtung mit Halbpension im ruhig gelegenen Hotel Country Inn in Erfurt-Apfelstädt; je 2-stündig geführte Stadtrundgänge in Eisenach, Weimar, Erfurt, Jena; 1,5 Stunden in Naumburg; Führung auf der Wartburg und in den Dornburgschlössern.

Anmeldung: BFW-VLB, Dachauer Str. 4, 80335 München

Zahlung: HYPO-Vereinsbank München, BLZ 700 202 70, KtoNr.: 36 44 06 35,

Kennwort: Thüringen.

Anmeldeschluss: 15. Juni 2003

Hinweise geben, wenn Teilnehmer gemeinsam anreisen könnten, voneinander aber nichts wissen.

Eines soll nicht verschwiegen werden: Es ist recht schwierig, über Planungen frühzeitig und ausführlich zu informieren, da der Weg immer ausschließlich über VLB-akzente läuft. Zimmerkontingente müssen reserviert und Preise kalkuliert werden, ohne dass bekannt ist, ob bzw. wie die Reisen angenommen werden. Hier bitte ich um Verständnis, wenn bei geringer Beteiligung Preisänderungen oder Stornierungen erforderlich werden bzw. geringe Kontingente rasch ausverkauft sind. Interessenten müssen also sofort in Akzente nachlesen (was hoffentlich ohnedies geschieht) und schnell reagieren (Siehe Flusskreuzfahrt, wo ich übersehen habe,

dass im April kein Heft erscheint. Deshalb eilt es hier ganz besonders.)

Alle Angemeldeten erhalten später noch detailliertere Informationen.

Bleibt also zu hoffen, dass wir trotz solcher Schwierigkeiten zueinander finden und viel Freude erleben bei gemeinsamen Erlebnissen. Natürlich stehe ich per Post, Fax, E-mail oder Anrufbeantworter bei Nachfragen gerne zur Verfügung unter nachstehenden Adressen:

Lothar Fischer, Zum Burgstall 13, 92673 Weiden, Tel. (09 61) 4 63 88, Fax (09 61) 4 63 68 (dabei muss aber vorher angerufen werden, da der Computer eingeschaltet werden muss), E-mail : fischer-weiden@t-online.de

Personalien



Rotraud Schönberger – Würdigung einer engagierten Schulleiterin

Als Schulleiterin des Staatlichen Berufsbildungszentrums und als Arbeitskreisleiterin „Fachakademie für Hauswirtschaft“ im VLB setzte sie Zeichen, verschaffte sie sich Gehör; doch ihr Abschied vom aktiven Dienst verlief eher lautlos. Seit August 2002 ist Rotraud Schönberger in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Schon einige Jahre zuvor legte sie die AK-Leitung in jüngere Hände. Der „endgültige“ Abschied von „ihrer“ Schule verlief eher abrupt, kurz und schmerzlos, denn er war gekennzeichnet von einer (fast) preußischen Arbeitshaltung bis zum letzten Tag.

Die „Liebe“ der aktiven Schulleiterin galt den Schülern. Den Lehrkräften war sie ein Motor, ständig bemüht, das Kollegium auf die neuen Herausforderungen der Zeit einzuschwören, die an das berufliche Schulwesen herangetragen wurden.

Die hauswirtschaftlichen Ausbildungsmöglichkeiten zukunftsorientiert umzugestalten und ihre Vorzüge als moderne Dienstleistungsberufe in der Öffentlichkeit bewusst zu machen, war ihr ein ständiges Anliegen. Gerne hätte sie den Begriff „Hauswirtschaft“ durch eine zeitgemäßere Bezeichnung ersetzt gesehen.

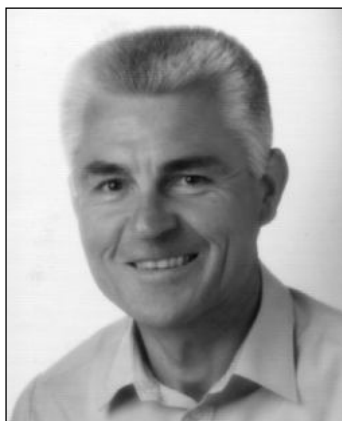
In der zweiten Hälfte ihrer Dienstzeit als Schulleiterin engagierte sie sich besonders für den Erhalt der Fachakademien für Hauswirtschaft in

Bayern sowie für das Verbleiben der Berufsoberschule am Staatlichen BBZ Miesbach.

Da es Rotraud Schönberger immer vermieden hat, ihre Person in den Mittelpunkt zu stellen, soll auch bei dieser Würdigung nicht gesondert darauf eingegangen werden. Nur so viel: Sie war innovativ dort, wo immer es ihr nötig erschien. Sie lebte für „ihre“ Schule“. Sie gab ihr Bestes, den guten Ruf der Schule zu erhalten, zu verbessern und zu verbreiten und dafür dankt ihr die gesamte Schulfamilie. Alles in allem hat sie viel erreicht. Der liebste Dank wäre ihr aber vermutlich, wenn sich das Staatliche Berufsbildungszentrum in Miesbach weiterhin seine Unabhängigkeit bewahren könnte und sich mit der bisher gezeigten Dynamik an der Bildungsentwicklung beteiligen würde.

Wenn Rotraud Schönberger dasselbe Engagement darauf verwendet, ihre Freistellungsphase und ihre spätere Pension zu gestalten, müssen diese traumhaft sein und bleiben.

Marianne Grimm



Hans Dobner im Vorruhestand: Ordnungssinn – ein Dienstleben lang

Wir akzeptieren den ausdrücklichen Wunsch von Ltd. RSchD Hans Dobner, von seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zum 1. April kein Aufsehen zu initiieren. Mit Hans Dobner geht in Oberbayern der letzte Schulaufsichtsbeamte mit alter Ausbildung in den Vorruhestand, eine Ära ist damit abgeschlossen. Vor allem im ge-

werblich-technischen Bereich haben die BPI-ler, soweit sie über eine fundierte Berufs- und Ingenieurausbildung verfügten, entschieden mitgeholfen, das fachliche Image der beruflichen Bildung aufzubauen.

Hans Dobner ist graduerter Elektro-Ingenieur. 1965 hat er als Berufsschullehrer an der Berufsschule Dachau angefangen, er wechselte 1980 zur Regierung von Oberbayern und ist dabei dem Sachgebiet immer treu geblieben. Ab 1988 war er Sachgebietsleiter und Stellvertreter des Abteilungsleiters. Wir wünschen Hans Dobner für die Freistellungsphase und den dann folgenden Ruhestand alles Gute und noch viele Jahre in Gesundheit und Wohlergehen. *Klaus Schickan*

Gerhard Egerer erhält von Kultusministerin Monika Hohlmeier Bayerischen Staatspreis für Unterricht und Kultus

Die zehn Persönlichkeiten, die heuer mit dem Staatspreis für Unterricht und Kultus ausgezeichnet werden, haben sich über Jahre hinweg in hervorragender Weise für Erziehung und Bildung eingesetzt. „Stets war es ihr Bestreben, die Schule dort zu verankern, wo sie sein sollte: am Puls der Zeit, im Bewusstsein der Menschen, in der Mitte der Gesellschaft“, unterstrich die Ministerin das Engagement der Geehrten.

Aus dem Bereich der beruflichen Schulen wurde Sonderschulrektor Gerhard Egerer, Leiter der Privaten Berufsschule zu individuellen Lernförderung des St. Michaels-Werks Grafenwöhr geehrt. Er hat sich herausragende Verdienste um die berufliche Bildung von Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf erworben. Unter seiner eindrucksvollen Leitung hat sich die Private Berufsschule des St.-Michaels-Werks in Klassenstärke und Schülerzahl auf nahezu das Zehnfache vergrößert. Aufgrund der bemerkenswerten Lernerfolge, die in den erzielten Berufsabschlüssen dokumentiert werden, ge-



nießt die Schule überregional höchstes Ansehen.

„Der Staatspreis für Unterricht und Kultus erfüllt eine dreifache Funktion. Er ist Anerkennung des Staates für herausragendes Wirken im Dienste der Bildung junger Menschen; er ist gleichzeitig Anreiz für Kollegen, es den Geehrten gleichzutun. Er soll aber auch die große Bedeutung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern – bzw. der Schule generell – für unsere Gesellschaft und die Zukunft unseres Landes würdigen“, erklärte Kultusministerin Monika Hohlmeier anlässlich der zweiten Verleihung des Bayerischen Staatspreises für Unterricht und Kultus in der Münchner Residenz. *KM*

Große Verdienste um die Berufsschulen in Bamberg und Oberfranken

Am 31. Mai vollendet Otmar Pregler sein 90. Lebensjahr. Nach der ersten Lehramtsprüfung für den Volksschuldienst 1933 war er von 1935 bis zum Kriegsende Soldat. Nach fünf Jahren in russischer Kriegsgefangenschaft beendete er mit der II. Lehramtsprüfung seine Laufbahn im Volksschuldienst und wechselte an das BPI in München. 1953 trat er als Gewebelehrer für das Metall- und Elektrogewerbe in den Dienst der Stadt Bamberg. Schon 1959 wurde er zum Leiter des Seminars für gewerbliche und hauswirtschaftliche Berufsschullehrer in Oberfranken bestellt. In dieser Funktion hat er bis 1968 sehr vielen Referendaren bei ihren ersten Schritten in der beruflichen Praxis begleitet und durch seine na-



türliche Autorität und sein Vorbild geprägt.

1967 übernahm er die Leitung der damals größten Berufsschule in Bayern mit mehr als 7000 Schülern. Seinem unermüdlichen Einsatz und seinem Verhandlungsgeschick ist es zu verdanken, dass die Städt. Berufsschule 1972 geteilt werden konnte in eine gewerbliche BS I und eine Kaufmännisch-Hauswirtschaftliche BS II, jeweils mit angeschlossener Berufsaufbauschule.

Neben seiner Tätigkeit als Schulleiter fand er immer noch Zeit und Kraft für vielfältige Aufgaben, die weit über den Rahmen der Schule hinauswirkten. Lehrpläne für Elektrotechnik, für Sozialkunde, für das BGJ tragen seine Handschrift, am Ethiklehrplan hat er noch nach seinem Ruhestand bis 1981 mitgearbeitet. Auch an der Akademie in Dillingen hat Otmar Pregler an Grund- und Aufbaukursen für Schulmanagement mitgewirkt.

Ganz besonders zu danken haben ihm die nun drei Bamberger Berufsschulen für die Erarbeitung der Raumprogramme, welche eine wichtige Grundlage bildeten für die Neuorganisation und schließlich für den Neubau der Staatlichen Berufsschule I an der Ohmstraße. Diese äußerst schwierige und umfangreiche Arbeit hat er im Auftrag der Stadt Bamberg nach seinem Eintritt in den Ruhestand geleistet.

Den Anliegen des VLB war er stets verpflichtet und die Arbeit des Verbandes hat er immer gefördert und unterstützt. Noch heute nimmt er regelmäßig an den Kreisversammlungen

teil. Im vorigen Jahr wurde er für die 50-jährige Mitgliedschaft geehrt. Wir wünschen ihm, dass seine Lebenskraft weiterhin so ungebrochen bleibt und bewundern seine Selbstdisziplin, die ihn seine seit zehn Jahren unaufhaltsam fortschreitende Erblindung ertragen lässt. *Berthold Schramm*

Wir gratulieren im Juni

... zum 85. Geburtstag

Klingeis, Elisabeth, 03.06.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

... zum 80. Geburtstag

Pechtold, Werner, 29.06.
96215 Lichtenfels, KV Ofr.-Nordwest
Reizammer, Hans, 24.06.
91448 Emskirchen, KV Mfr.-Nord
Stuber, Josef, 05.06.
87700 Memmingen, KV Allgäu

... zum 75. Geburtstag

Fehle, Herbert, 17.06.
93059 Regensburg, KV Regensburg
Lichtblau, Roland, 28.06.
84347 Pfarrkirchen, KV Ndb.-Ost
Noichl, Julianne, 04.06.
83250 Marquartstein, KV Traunstein-BGL
Zehe, Leo, 14.06.
97478 Knetzgau, KV Main-Rhön

... zum 70. Geburtstag

Dörfler, Egon, 07.06
94469 Deggendorf, KV Donau Wald

... zum 65. Geburtstag

Lutzmann, Wolfgang, 07.06.
89423 Gundelfingen, KV Nordschwaben
Mirwald, Arnold, 24.06.
92676 Eschenbach, KV Opf.-Nord
Müller, Ann-Margret, 06.06.
90451 Nürnberg, KV Nürnberg
Scheibner, Bernd Rüdiger, 17.06.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost
Schenk, Horst, 28.06.
86529 Schrobenhausen, KV München
Bühler, Rudolf, 22.06.
91189 Rohr, KV Nürnberg
Gloßner, Dieter, 30.06.
91790 Nennslingen, KV Mfr.-Süd
Herdle, Ernst, 8.06.
86381 Krumbach-Billenhaus,
KV Nordschwaben

Klauser, Paul, 23.06.
89407 Dillingen, KV Nordschwaben
Lerch, Bernd, 17.06.
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben
Münchmeier, Max, 07.06.
92648 Vohenstrauß, KV Opf.-Nord
Pietsch, Dietmar, 16.06.
82549 Königsdorf, KV Obb.-Südwest
Röhlmann, Heinrich, 08.06.
95445 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Sixt, Klaus, 01.06.
83677 Reichersbeuern, KV Obb.-Südwest
Weidinger, Dorothea, 07.06.
81927 München, KV Donau-Wald
Winter, Heimtraud, 20.06.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön

In den Ruhestand sind gegangen ...

Besimüller, Rainer, BV München
Bogner, Ingeborg, BV München
Ertle, Gerda, KV Augsburg
Fuchs, Georg, KV Landshut
Fuß, Hans-Jürgen, KV Nürnberg
Grüner, Hermann, KV Obb.-Südwest
Helm, Reiner, KV Mfr.-Nord
Kaminsky, Wilhelm, KV Obb.-Südwest
Lehnfeld, Peter, KV Schwandorf

Wir trauern um ...

Gossling Franz, KV Obb.-Südwest (83)
Liebich, Joachim, KV Ofr.-Nordwest (88)

Termine

Unterrichtsmethoden zum „Anfassen“

Termin: Freitag 23.5. und 6.6.2003, ab 9.30 Uhr,
Ort: Lothstraße 17, TUM, Raum 112
Anmeldung: bis 15.5. am Lehrstuhl für Pädagogik bei Dr. Alfred Riedl (089-28 92 43 55) oder per Mail an kathleen.sollmann@stud.tum.de

Ziel des Seminars ist die Planung eigener Unterrichts- bzw. Seminarsequenzen unter Einsatz der erarbeiteten Methoden: Anhand eines Leittext-

tes werden im Team verschiedene Makro- und Mikromethoden erarbeitet.

Suggestopädische und kinesiologische Methoden sorgen dabei für eine

angenehme Entspannung. Das Seminar bietet zugleich eine sehr gute Vorbereitung auf das Pädagogik- oder Didaktik-Staatsexamen.

Für die

Studienreise nach Luxemburg, Brüssel und Maastricht

vom 31. 8. bis 4. 9. 2003 sind noch Plätze frei. Bitte entnehmen Sie die Einzelheiten der Veröffentlichung auf Seite 24 in Heft 3/4 von VLB akzente und melden Sie sich baldmöglichst, wenn Sie teilnehmen möchten.

Bayerische Fußballmeisterschaft der beruflichen Schulen 2003

Auch in diesem Jahr – es ist bereits das 19. Mal – soll eine Bayerische Fußballmeisterschaft der beruflichen Schulen ausgetragen werden.

Deshalb müssen in den einzelnen VLB-Bezirken Spielrunden durchgeführt werden, deren Gewinner an der Bayerischen Meisterschaft teilnehmen können.

Die Organisation dieser Bezirksturniere liegt bei den Bezirksverbänden. Sie sollten in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten durchgeführt werden. Terminplanung für die Bayerische Meisterschaft:

Meldeschluss: Mittwoch 04. Juni 2003

Auslosung: Donnerstag 05. Juni 2003 in Würzburg an der Franz-Oberthür-Schule (BBZ I)

Durchführung der Spiele bis spätestens 19. Juli 2003.

Anfragen und Meldungen richten Sie bitte an den BV Unterfranken:

Städt. BBZ I, Zwerchgraben 2, 97074 Würzburg, (09 31) 7 95 31 03, Walter Wagner (0 93 67) 9 93 69 oder Karl-Heinz Dotzler (09 31) 2 29 91

Autorenverzeichnis:

Bäumler, Michael

WS, Sebastianstr. 22,
92637 Weiden,
Tel.: (09 61) 39 16 20

Brosig, Klemens M.

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
BS, Ringstr. 1,
89231 Neu-Ulm,
Tel.: (07 31) 98 58 40

Geiger, Herbert

BS, Stettiner Str. 1,
97072 Würzburg,
Tel.: (09 31) 79 08-100

Hofgärtner, Margit

computer-easy,
80336 München,
Tel.: (0 89) 7 46 42-343

Lochner, Horst

VLB-Bezirksvorsitzender
Mittelfranken
Bussardstr. 8,
90556 Seukendorf,
Tel.: (09 11) 75 26 09

Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter
Weitlstr. 66,
80935 München,
Tel.: (0 89) 38 58 40 84

Zeller, Bernhard

VLB-Referent für Wirtschaftsschulen
Ws, Alter Postweg 86a,
86159 Augsburg,
Tel.: (08 21) 32 41 82 02

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Kompetenz und Erfahrung Versicherungs Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419

z.B. Krankenversicherungen

für Beihilfeempfänger
Angestellte und Selbständige
Mitglieder Gesetzl. Krankenkassen

Kooperationen u.a. mit

- DBV-Winterthur (Partner des VLB)
- dbb Vorsorgewerk (für die Mitglieder des dbb und Ihren Angehörigen)
- BSA Versorgungswerk (Berufs- u. Sozialwerk für Angehörige des öffentlichen Dienstes)

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4
80335 München

B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt

**Dieses Plakat
sollte übrigens
nicht nur in
allen Berufs-
oberschulen
und Gym-
nasien aus-
hängen!**



Fordern Sie diese
Unterlagen in unserer
Geschäftsstelle an, wenn Sie über das
Lehramt an beruflichen Schulen informieren wollen.

**Dazu gehört
auch ein
entsprechender
Flyer!**